

Antrag : WAS DAS LAND JETZT BRAUCHT - Programm der FDP Schleswig-Holstein zur Landtagwahl 2022

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	Landesvorstand (Landesvorstand)
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Leitantrag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Parteitag möge beschließen:

1 I. Beste Bildung

2 Bildungswege chancengerecht gestalten und Potenziale entwickeln

3 Bildungswege und Bildungschancen der heranwachsenden Generation zu gestalten ist eine
4 verantwortungsvolle gesellschaftliche Aufgabe. Dabei dürfen weder Herkunft,
5 finanzielle Gründe, Religion oder Geschlecht über die Bildungschancen im Leben
6 entscheiden. Die FDP Schleswig-Holstein will ein Bildungssystem,

- 7 • das allen Menschen einen gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht – unabhängig ob
8 über eine Berufsausbildung oder eine akademische Ausbildung.
- 9 • in dem Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft gefördert und gefordert
10 werden.
- 11 • das individuelle Stärken, Neigungen und Fähigkeiten erkennt und fördert und
12 Hilfen bietet, wo Unterstützung benötigt wird und so Bildungsabbrüche
13 verhindert.

14 Im Mittelpunkt steht für uns deshalb die freie Entfaltung einer Persönlichkeit, die
15 ein ethisch begründetes Verantwortungs- und Leistungsbewusstsein entwickelt. Nach
16 unserer Überzeugung kann beste Bildung nur durch überzeugende pädagogische Konzepte
17 der Schulen und deren Umsetzung durch fachlich und pädagogisch gut ausgebildete
18 Lehrkräfte in einem Lernumfeld erreicht werden, das unter pädagogischen
19 Gesichtspunkten gestaltet ist und allen Beteiligten gleichermaßen Zugang zu den
20 notwendigen Technologien ermöglicht.

21 Wir wollen die Bildungswege vor allem in folgenden Punkten chancengerecht gestalten:

- 22 1. Bessere Rahmenbedingungen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
23 für den Unterricht und das Lernen, insbesondere für das Lernen in einer durch
24 digitale Technologien geprägten Welt. Dabei wollen wir die Ziele einer Bildung
25 für nachhaltige Entwicklung aufgreifen sowie den Gründer- und Forschergeist
26 (Entrepreneurship Education) stärken.
- 27 2. Das Bewusstsein dafür schärfen, dass es viele Bildungswege und Abschlüsse sowie
28 Angebote für ein lebenslanges Lernen gibt, insbesondere über den Weg der

29 beruflichen Bildung.

30 3. Mehr junge Menschen für den Lehrerberuf gewinnen.

31 **Die Qualität des Unterrichts muss im Mittelpunkt stehen**

32 Wir wollen, dass Bildung allen Menschen einen Weg zum Aufstieg eröffnet. Das
33 erfordert neben dem enormen Einsatz unserer Lehrkräfte an unseren allgemeinbildenden
34 und berufsbildenden Schulen vor allem eine Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen
35 einschließlich einer modernen Ausstattung, um die jungen Menschen auf die
36 Anforderungen einer digitalisierten Welt vorzubereiten, den Forscher- und
37 Gründergeist zu wecken sowie eine Lehrerversorgung, die Unterrichtsausfall vermeidet.

38 Deshalb werden wir

- 39 • den individuellen Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler mehr Gewicht
40 verschaffen und einschränkende Faktoren beseitigen.
- 41 • den Bildungsauftrag der Lehrkräfte auf einen exzellenten Unterricht
42 konzentrieren, also einen fachlich fundierten und pädagogisch an der Lerngruppe
43 orientierten Unterricht als Kernaufgabe des Lehrerberufs in den Mittelpunkt
44 allen Handelns stellen. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass der
45 Unterricht einschließlich Vor- und Nachbereitung und die Beratung die zentrale
46 Aufgabe darstellt. Lehrkräfte müssen ein geeignetes Umfeld vorfinden, um den
47 reibungslosen Ablauf dieser Kernaufgaben leisten zu können.
- 48 • eine Lehrerversorgung an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
49 sicherstellen, die den notwendigen Vertretungsunterricht berücksichtigt, ohne
50 dass Kolleginnen und Kollegen langfristig Mehrarbeit zu leisten haben. Wir
51 werden Rahmenbedingungen schaffen, dass Unterricht verlässlich erteilt werden
52 kann, so z.B. durch die Bereitstellung von zusätzlichen Stellen, die auch als
53 Pool für Schulen in einer Region zur Verfügung stehen können. Dafür ist eine
54 Unterrichtsversorgung von über 100% erforderlich.
- 55 • die Angebote der Schulsozialarbeit an allen allgemeinbildenden und
56 berufsbildenden Schularten erweitern. Zunehmende Herausforderungen z.B. bei
57 Inklusion und Migration sowie bei Absentismus haben den sozialpädagogischen
58 Betreuungsbedarf erhöht, ohne dass die Anzahl der sozialpädagogischen Fachkräfte
59 an den Schulen erhöht wurde.
- 60 • die Möglichkeiten für einen inklusiven Unterricht dort unterstützen, wenn die
61 erforderlichen Rahmenbedingungen stimmen. Eine Erhöhung der Inklusionsquote auf
62 dem Rücken der Lehrkräfte darf es nicht geben. Inklusion ist aus unserer Sicht
63 nur dann erfolgreich möglich, wenn die dafür notwendigen Ressourcen zur
64 Verfügung stehen. Dies wollen wir gewährleisten.
- 65 • die unterschiedlichen Unterstützungssysteme Schulbegleitung, Schulassistenz und
66 Schulsozialarbeit im Interesse eines effizienteren Ressourceneinsatzes neu
67 ordnen und sinnvoll zusammenführen, um damit das Arbeiten in
68 multiprofessionellen Teams zu ermöglichen. Dabei können regionale Poolösungen
69 entwickelt werden.

- 70 • eine an den Bedarfen der Schulen und Lehrkräfte orientierte Fort- und
71 Weiterbildung fordern. Die gegenwärtig überwiegend angebotsorientierten Formate
72 müssen überdacht und bedarfsgerecht ausgerichtet werden. Wir wollen ein Recht
73 aller Lehrkräfte auf Fortbildungen, die kostenfrei und bedarfsgerecht angeboten
74 werden müssen.
- 75 • dafür sorgen, dass sich alle Lehrkräfte noch mehr als bisher dem Unterricht
76 widmen können und sie von Verwaltungsaufgaben entlasten.
- 77 • die bisherigen Vorgaben zu den Klassengrößen verringern, um so eine
78 individuellere Betreuung der Schülerinnen und Schüler in ihren Lernprozessen zu
79 gewährleisten.
- 80 • allen Schulen einen eigenen auskömmlichen Etat zur Verfügung stellen, damit
81 spezifische, an den Gegebenheiten der Schule orientierte Fortbildungsmaßnahmen
82 finanziert werden können.
- 83 • Möglichkeiten schaffen, durch geeignete Unterrichtsformen (Projektunterricht,
84 Kooperationen mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen, Planspiele etc.) den
85 Forscher- und Gründergeist (Entrepreneurship Education) zu wecken und Begabungen
86 zu fördern.
- 87 • die Ziele einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fördern. Wir wollen,
88 dass die Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung auch an Schulen als
89 Querschnittsaufgabe für alle Fächer in allen Schulen Beachtung findet.
- 90 • weitere Schulen dabei unterstützen, bilingualen Unterricht, d.h. Fachunterricht
91 in einer modernen Fremdsprache, einzurichten. Die globalen Verflechtungen der
92 Lebens- und Berufswelt unserer Schülerinnen und Schüler erfordern zunehmend
93 deren Diskursfähigkeit auf sachlichem Hintergrund auch in einer Fremdsprache.
- 94 • alle Schularten verpflichten, die Leistungen in Rechtschreibung und Grammatik zu
95 steigern, um damit die Studier- und Ausbildungsfähigkeit zu unterstützen.

96 **Stärkung digitaler Kompetenzen als Bildungsauftrag aller Schulen**

97 Wir alle leben in einer Welt, die wesentlich durch Arbeiten mit digitalen
98 Technologien und Medien im Alltag als auch im Arbeits- und Produktionsprozess
99 bestimmt wird. Wir erkennen deutlich, dass diese Entwicklung inzwischen in alle
100 Lebensbereiche vorgedrungen ist und somit dringend auch im schulischen
101 Bildungsprozess einen höheren Stellenwert einnehmen muss. Auch wenn der
102 Präsenzunterricht nach wie vor die höchste Priorität haben muss, so hat doch der
103 Distanzunterricht als Folge der Pandemie eine andere Bedeutsamkeit erlangt. Um die
104 gewonnenen Kompetenzen zu sichern und fortzuentwickeln fordert die FDP Schleswig-
105 Holstein, dass der Bund die Mittelzuweisungen zur Digitalisierung der Schulen
106 verstetigt und die Antragstellung für die Schulen erleichtert und beschleunigt.

107 Wir werden deshalb

- 108 • für eine zeitgemäße technische Ausstattung aller Schulen sowie für einen
109 kontinuierlichen professionellen Technik-Support durch externe IT-Experten
110 sorgen. Aus unserer Sicht ist die Bereitstellung einer modernen IT-Infrastruktur

- 111 inkl. Internetzugang und eines stabilen WLANs sowie deren permanente Wartung von
112 IT-Experten die wichtigste sächliche Voraussetzung für die Etablierung digitaler
113 Kompetenz.
- 114 • die vorhandenen Datenschutzbestimmungen dahingehend prüfen und gegebenenfalls
115 ändern, dass ihre Anwendung ermöglichend und nicht verhindernd wirken.
 - 116 • den Stundenumfang für das Fach Informatik weiter erhöhen. Informatik als
117 Pflichtfach zum Schuljahr 2022/23 in der Sekundarstufe I, Klasse 7/8,
118 einzuführen ist ein erster Schritt. Doch das kann nur ein Anfang sein, denn vier
119 Jahreswochenstunden während der gesamten Mittelstufe sind aus unserer Sicht zu
120 wenig. Wir wollen diesen Stundenumfang sukzessiv erhöhen und das Fach in der
121 Sekundarstufe II weiterhin anbieten.
 - 122 • uns dafür einsetzen, dass an allen Schulen die Lehrkräfte jederzeit auf die
123 notwendige Hardware zugreifen können. Alle Lehrkräfte sind mit digitalen
124 Endgeräten auszustatten, die sinnvoll in die Medienkonzepte,
125 Schulverwaltungsprozesse und digitale Ausstattung der Schulen integriert werden
126 können. Das Land muss dauerhaft für jede Lehrkraft außerdem eine Dienst-Mail-
127 Adresse, sichere und dauerhaft funktionsfähige Plattformen,
128 Lernmanagementsysteme und Video-Konferenztools zur Verfügung stellen. Dabei soll
129 das zuständige Ministerium eine koordinierende und steuernde Funktion in
130 Abstimmung mit den Schulträgern übernehmen, um so landesweit einheitliche
131 professionelle Lösungen sicherzustellen.
 - 132 • Regelungen dafür schaffen, dass Lernen mit digitalen Medien rechtssicher und
133 datenschutzkonform ist und als mögliche Unterrichtsform auch außerhalb der
134 Pandemie festgeschrieben wird. Viele Schulen sind inzwischen in der Lage, auch
135 über digitale Medien Regelunterricht sicherzustellen und wollen diesen Standard
136 weiterhin halten und ausbauen.
 - 137 • dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler Endgeräte erhalten, um somit
138 auch Schulbücher, wo es sinnvoll ist, sukzessiv durch digitale Medien zu
139 ersetzen. Aus unserer Sicht gehört dies zur Lernmittelfreiheit.

140 **Die Basis der schulischen Bildung legt die Grundschule**

141 In der Grundschule werden grundlegende Bildungsinhalte wie Lesen, Schreiben und
142 Rechnen vermittelt, aber auch die in einer Gemeinschaft so dringend erforderliche
143 Sozialkompetenz. Nur auf Grundlage der sicheren Beherrschung dieser Fähigkeiten kann
144 der weitere Bildungsweg zum Erfolg führen. Studien zum Leistungsstand zeigen, dass
145 Schleswig-Holstein hier im Vergleich zu anderen Bundesländern leider immer noch
146 schlechter abschneidet. Deshalb hat die FDP Schleswig-Holstein bereits in den letzten
147 Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, dass zunächst in den ersten beiden Schuljahren
148 an der Grundschule die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Woche um jeweils eine Stunde
149 auf 94 Wochenstunden verteilt auf vier Grundschuljahre angehoben wurde. Doch dies ist
150 auch im Vergleich zu anderen Bundesländern noch nicht ausreichend.

151 Wir wollen daher

- 152 • die Wochenstundenzahl an den Grundschulen in den kommenden Jahren sukzessiv

- 153 weiter anheben und an die deutlich höhere Stundenanzahl anderer Bundesländer
154 angleichen.
- 155 • die Qualität der schulischen Bildung weiter verbessern: Grundlage für einen
156 erfolgreichen Bildungsgang sind die Basisfertigkeiten Lesen, Schreiben und
157 Rechnen. Daher muss auch für Schleswig-Holstein ein verbindlicher
158 Grundwortschatz als Mindestanforderung entwickelt werden und das mindestens auf
159 dem Niveau der anderen Bundesländer. Dabei muss die korrekte Rechtschreibung
160 gemäß den bundeseinheitlichen Rechtschreibregeln gelernt und eingeübt werden.
 - 161 • die für den Übergang von der Grundschule an eine weiterführende Schule
162 notwendige Schulartempfehlung stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die
163 Information der Eltern über die Angebote und den Bildungsauftrag der allgemein-
164 und berufsbildenden Schulen verlässlich bereits am Ende des dritten Schuljahres
165 erfolgt.
 - 166 • Unterricht von fachfremden Lehrkräften an den Grundschulen vermeiden, denn dies
167 hat besonders in den Basisfächern Deutsch und Mathematik negative Auswirkungen.
168 Daher fordern wir für das Lehramt an Grundschulen die Einführung einer
169 verbindlichen Studienordnung (Bachelor- und Masterstudiengang umfassend) mit den
170 verpflichtenden Fächern Deutsch, Mathematik und einem dritten Fach der Wahl.
 - 171 • sicherstellen, dass die bei der Anmeldung der Kinder notwendige amtsärztliche
172 Untersuchung zum Schulstart an allen Schulen und für Schülerinnen und Schüler
173 aus anderen Ländern bei ihrer Anmeldung auch im laufenden Schuljahr durchgeführt
174 wird.

175 **Gemeinschaftsschulen ermöglichen Flexibilität**

176 In der Gemeinschaftsschule können Abschlüsse der Sekundarstufe I in
177 binnendifferenzierter Unterrichtsform oder ab Jahrgangsstufe 7 in einzelnen Fächern
178 nach Leistungsfähigkeit und Neigung differenzierten Lerngruppen erreicht werden.
179 Unter bestimmten Voraussetzungen können Gemeinschaftsschulen auch eine Oberstufe
180 haben, deren Einrichtung jedoch an qualitative und quantitative Voraussetzungen
181 gebunden ist. Die Individualität der Lernprozesse von Schülerinnen und Schülern
182 begründet aus unserer Sicht eine stärkere Differenzierung nach Neigung und
183 Leistungsfähigkeit. Nur so kann der hohe Anteil von Schülerinnen und Schülern, die
184 eine Schule ohne Abschluss verlassen, reduziert werden. Wir sind davon überzeugt,
185 dass ein binnendifferenzierter Unterricht nicht alle Möglichkeiten einer
186 Unterstützung für Schülerinnen und Schülern auf ihren individuellen Leistungsniveaus
187 gewähren kann. Aufwändige Maßnahmen wie Flex-Klassen setzen zu spät ein und sind
188 wenig erfolgreich, da die Schülerinnen und Schüler für schulisches Lernen oft nicht
189 mehr zu motivieren sind.

190 Deshalb werden wir

- 191 • den Gemeinschaftsschulen früh die Möglichkeit eröffnen, in den zuständigen
192 Gremien selbst zu entscheiden, abschlussbezogene Klassen einzurichten.
- 193 • den Berufs- und Studienwahlunterricht an den Schulen als verbindlichen Teil der
194 Stundentafel stärken. Ziel muss sein, dass nach dem Motto „kein Abschluss ohne

- 195 Anschluss“ für jede Schülerin und jeden Schüler am Ende des Bildungsgangs ein
196 Anschluss gesichert ist. Hierbei erfüllen die Jugendberufsagenturen eine
197 besonders wichtige Aufgabe, die wir unterstützen wollen.
- 198 • die Qualität und das Interesse am Unterricht in den MINT-Fächern erhöhen. Dies
199 wollen wir durch einen differenzierten Fachunterricht in den Fächern Physik,
200 Chemie und Biologie anstelle des Faches NaWi erreichen. Wir wollen damit die
201 Anschlussfähigkeit für den Übergang in eine gymnasiale Oberstufe, in eine
202 berufliche Ausbildung oder später in ein naturwissenschaftliches oder
203 technisches Studium sichern.
 - 204 • ein Programm entwickeln, wie wir junge Mädchen stärker als bisher für MINT-
205 Fächer begeistern können. Dieses Programm muss bereits in der Grundschule
206 beginnen und in der Sekundarstufe fortgesetzt werden.
 - 207 • das Fach „Weltkunde“ in der Sekundarstufe I in die beiden Fächer Geschichte und
208 Geographie differenzieren. Den inhaltlichen Verknüpfungen dieser Fächer kann
209 über eine Neugestaltung der Lehrpläne/Fachanforderungen entsprochen werden.
 - 210 • Anträge auf Errichtung weiterer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen kritisch
211 prüfen, um eine ausreichende Möglichkeit zur Auswahl der geforderten Profile zu
212 garantieren und um den Bestand allgemeinbildender Gymnasien und Beruflicher
213 Gymnasien in der Region nicht zu gefährden.
 - 214 • die fachliche und pädagogische Zusammenarbeit von Gemeinschaftsschulen ohne
215 Oberstufe mit allgemeinbildenden Gymnasien und Beruflichen Gymnasien fördern, um
216 den Schülerinnen und Schülern schon bei Schuleintritt die Perspektive des
217 möglichen Abiturerwerbs aufzuzeigen.
 - 218 • evaluieren, ob die bisherige Mindestgröße von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen
219 ein hinreichend qualitatives Unterrichtsangebot sichert.

220 **Gymnasien ermöglichen Vorbereitung auf Studium und Berufsausbildung**

221 Das Gymnasium vermittelt nach Begabung und Leistung geeigneten Schülerinnen und
222 Schülern im Anschluss an die Grundschule eine allgemeine Bildung, die den
223 Anforderungen für die Aufnahme eines Hochschulstudiums bzw. einer vergleichbaren
224 Berufsausbildung entspricht. Wir wollen die Kernkompetenz des Gymnasiums, einen
225 sowohl pädagogisch als auch fachlich qualitativ hochwertigen Unterricht, ausbauen.

226 Wir werden

- 227 • uns ganz klar zum Konzept des Fachunterrichts bekennen: Grundlage dafür ist eine
228 qualitativ hochwertige fachwissenschaftliche und schulartorientierte
229 Lehrerausbildung.
- 230 • uns dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für Abschlussprüfungen bundesweit
231 vergleichbar zu gestalten, um objektiv beurteilbare Leistungsanforderungen zu
232 schaffen. Die Noten im Abiturzeugnis stellen die Entscheidungsgrundlage für
233 einen Studienplatz, für Ausbildungsverträge und weitere Bildungsmöglichkeiten
234 dar. Daher müssen auch bundesweit einheitlichere Rahmenbedingungen für den
235 Unterricht und die Prüfungen gelten.

- 236 • die Studier- und Ausbildungsfähigkeit verbessern, indem wir vernetztes und
237 problemlösendes Denken sowie selbststrukturiertes Lernen noch stärker Teil des
238 täglichen Unterrichts werden lassen.
- 239 • den Trend, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler der Oberstufen sich für
240 das naturwissenschaftliche Profil entscheiden, stoppen, indem wir bereits in den
241 Mittelstufen die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer stärken und
242 attraktiver gestalten.
- 243 • in Unternehmensplanspielen und anderen Formen des Projektunterrichts im Rahmen
244 der Berufsorientierung die Bereitschaft fördern, eigene innovative
245 Geschäftsideen zu entwickeln und somit den Gründergeist zu stärken
246 (Entrepreneurship Education).
- 247 • die oberste Schulaufsicht der Gymnasien stärken, damit sie stärker als bisher
248 Schulentwicklungsprozesse anstoßen, moderieren und begleiten kann.

249 **Förderzentren stärken**

250 In Schleswig-Holstein erteilen die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen Unterricht
251 in einem Förderzentrum und im Rahmen einer inklusiven Beschulung an den
252 allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Wir wollen, dass Eltern eines Kindes
253 mit sonderpädagogischem Förderbedarf selbst entscheiden können, wie ihr Kind
254 unterrichtet werden soll. Das begründet neben dem Unterricht einen hohen Zeitaufwand
255 der Lehrkräfte für Beratungen von Eltern und Lehrkräften der weiterführenden Schulen.
256 Gleiches gilt für Diagnostik und Prävention in unseren Kindertagesstätten, um
257 sonderpädagogischen Förderbedarf rechtzeitig zu erkennen. Diese Diagnostik und frühe
258 Prävention wurden aus unserer Sicht bisher nicht im notwendigen Umfang
259 berücksichtigt, auch weil es einen gravierenden Mangel an Sonderpädagoginnen und
260 Sonderpädagogen gibt.

261 Deshalb werden wir

- 262 • Diagnostik und Prävention bei Kindern in den Kindertagesstätten als wesentliches
263 Element des Tätigkeitsfeldes der Lehrkräfte der Sonderpädagogik stärken und das
264 dafür notwendige Zeitbudget zur Verfügung stellen.
- 265 • nicht eine Schule ohne Schülerinnen und Schüler anstreben, sondern die richtige
266 Schule für jede Einzelne und jeden Einzelnen. Wir wollen deshalb das bisherige
267 Konzept der inklusiven Beschulung hinsichtlich seiner Wirksamkeit evaluieren, um
268 so Kriterien für eine zukunftsfähige und qualitätssichernde Lösung zu finden.
- 269 • die Rahmenbedingungen für inklusive Bildungswege durch pädagogische Teams an den
270 Schulen stärken und damit die Chancen auf einen Schulabschluss verbessern.
- 271 • den Beruf der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen attraktiver gestalten und
272 die Ausbildungskapazitäten und die personelle sowie finanzielle Ausstattung der
273 Europa-Universität Flensburg erweitern. Damit verbinden wollen wir eine
274 inhaltliche Verbesserung und Qualitätssteigerung des Studiengangs.

275 **Weiterentwicklung von Ganztagschulen**

276 Sowohl der offene als auch der gebundene Ganztagsunterricht ist dazu geeignet, einen
277 unterschiedlichen Bildungsstand der Schülerinnen und Schüler auszugleichen. Dazu
278 wollen wir die Qualität der Ganztagschulen deutlich verbessern und z.B. den bis 2025
279 vorgesehenen bundesweiten Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung an Grundschulen so
280 schnell wie möglich umsetzen. Aus unserer Sicht muss der Bund seine finanzielle
281 Beteiligung stärken, um so gleichwertige Bildungschancen in allen Regionen zu
282 sichern. Neben den geplanten vom Bund finanziell unterstützten baulichen
283 Investitionen sind deshalb auch die laufenden Betriebskosten einzubeziehen, denn für
284 uns sind auch qualitative Aspekte von Bedeutung. Weiterhin wollen wir die bisherige
285 Zweiteilung des Schultages sukzessiv abbauen und durch komplementäre schulische
286 Ganztagsangebote ergänzen.

287 Deshalb werden wir

- 288 • die finanzielle Ausstattung der Ganztagschulen verbessern, damit verstärkt
289 Kooperationen mit Musikschulen, Künstlern und freien Kunstakademien,
290 Sportvereinen, Unternehmen und anderen Organisationen in der Region geschlossen
291 werden können.
- 292 • den Schulen mehr Gestaltungspielraum in der Umsetzung einer verlässlichen
293 Ganztagsbetreuung gewähren, um so ein vielfältigeres Bildungsangebot und eine
294 verlässliche Betreuung entsprechend den Wünschen der Eltern zu gewährleisten.
- 295 • mittelfristig eine Ausweitung der Ganztagsangebote auch auf andere Schularten,
296 beginnend mit den Klassen 5 bis 10, vornehmen. Dies bietet u.a. Möglichkeiten,
297 die Berufsinformationen einzubinden und zu stärken.
- 298 • die Ganztagsangebote so gestalten, dass ein inhaltlicher Zusammenhang zu dem
299 Unterricht am Vormittag ermöglicht wird. Wir wollen sicherstellen, dass
300 Unterricht und die weiteren schulischen Veranstaltungen zu einer pädagogischen
301 Einheit verbunden werden.
- 302 • an den Ganztagschulen den Ausbau von Jugend- und Schulsozialarbeit
303 bedarfsgerecht weiter vorantreiben.

304 **Verantwortungsvolle Schulen durch mehr Eigenständigkeit**

305 Jede Organisation kann nur dann Verantwortung über die Prozesse übernehmen, wenn sie
306 auch über die entsprechenden Freiheitsgrade verfügt. Die im Schulgesetz verankerte
307 Selbstverwaltung aller Schulen sowie die zunehmende Diversität der Schüler- und
308 Elternschaft erfordert aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein von den Schulleitungen
309 vermehrt Entscheidungen in finanziellen, rechtlichen und personellen Fragen.
310 Schulleiterinnen und Schulleiter übernehmen damit eine äußerst anspruchsvolle,
311 komplexe und zeitlich aufwändige Leitungsfunktion. Gleichzeitig müssen die Schulen
312 den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden und ihre Schulprogramme
313 entsprechend weiterentwickeln.

314 Deshalb werden wir

- 315 • den Schulen mehr Eigenständigkeit bei der Verwendung der zugewiesenen
316 finanziellen Mittel, z.B. für Lehr- und Lernmittel, zubilligen. Dabei ist sowohl

- 317 die Deckungsfähigkeit als auch die Übertragung in das nächste Haushaltsjahr
318 sicherzustellen.
- 319 • die Schulleitungen durch verstärkte Fortbildungen auf ihre Führungsaufgabe
320 vorbereiten und während ihrer Tätigkeit begleiten.
 - 321 • eine Steuerung der Schulen durch Zielvereinbarungen zwischen Schulaufsicht,
322 Schulträger und Schule einführen. Dabei sind Handlungsfelder zu analysieren und
323 daraus Qualitätskriterien abzuleiten und zu definieren, die zwischen Schule und
324 Schulaufsicht vereinbart- und durch eine effiziente Schulaufsicht evaluiert
325 werden.
 - 326 • ein gezieltes Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zur Motivation und
327 Vorbereitung, Leitungsaufgaben zu übernehmen, einführen.
 - 328 • für alle Schulen den Stundenausgleich für Organisation, Verwaltung und
329 Schulentwicklung weiter erhöhen. Dabei sind Lehrkräfte mit besonders
330 zeitaufwändigen pädagogischen Belastungen wie z.B. die Durchführung von
331 Projekten oder mit hohem Zeitaufwand verbundenen Unterrichtsfächern durch
332 Ausgleichsstunden zu entlasten.
 - 333 • dafür sorgen, dass Teamsitzungen und Beratungsgespräche bei der
334 Arbeitszeitberechnung der Lehrkräfte einen höheren Stellenwert erhalten.
 - 335 • den zur Verfügung stehenden Fortbildungsetat der Schulen erhöhen, über den sie
336 schulbezogene Fortbildungsbedarfe – ggf. auch im Verbund mit anderen Schulen –
337 finanzieren können.

338 **Qualitätsstandards und Ausstattungsrichtlinien für Bau und Ausstattung** 339 **von Schulen**

340 Noch immer müssen wir feststellen, dass die Ausstattung der Schulen und ihre
341 Anbindung an das Internet sehr unterschiedlich sind. Qualitätsstandards, wie sie z.B.
342 bei den Kindertagesstätten gelten, müssen auch für Schulen definiert werden. Dies
343 halten wir unter dem Gesichtspunkt einer Chancengerechtigkeit aller Schülerinnen und
344 Schüler für unabdingbar und wir werden uns für einheitliche Qualitätsstandards zur
345 Ausstattung und zum Bau von Schulen einsetzen. Weiterhin muss auch berücksichtigt
346 werden, dass sich das Berufsbild der Lehrkräfte enorm verändert hat. Gefordert wird
347 eine Lehrkraft, die nicht als Einzelkämpfer arbeitet, sondern in einem Kollegium
348 einen Bildungsauftrag in Abstimmung mit den Organen der Schulen in einem - oftmals
349 multiprofessionellen - Team erfüllt. Arbeiten im Team erfordert Absprachen und
350 Planung. Dafür müssen sowohl ein entsprechendes Zeitkontingent als auch geeignete
351 Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

352 Wir werden

- 353 • in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden eine Neufassung der
354 Schulbaurichtlinie erarbeiten, um so die zunehmende Einbindung digitaler Medien
355 und die damit verbundene technische Ausstattung in das tägliche
356 Unterrichtsgeschehen zu berücksichtigen. Dabei sind Gruppenräume in die Planung
357 einzubeziehen, die eine sinnvolle Differenzierung ermöglichen. Hierzu wollen wir

- 358 einen „Schulraum der Zukunft“ gestalten, der als Standard für zukünftige
359 Schulbauten und Sanierungen dienen soll.
- 360 • den Einbau von Be- und Entlüftungsanlagen in den Räumen, die nicht oder nur
361 beschränkt durch Fenster gelüftet werden können, in die Richtlinien einbeziehen.
 - 362 • ein von Bund und Land getragenes Sonderprogramm Schulbau fordern, um die
363 Schulgebäude in einen den heutigen Anforderungen entsprechenden Zustand zu
364 versetzen.
 - 365 • uns für eine allgemeine Ausstattungsrichtlinie einsetzen, die eine nach
366 ergonomischen Gesichtspunkten orientierte Ausstattung sicherstellt.
 - 367 • moderne, den Bedürfnissen der Schulart angepasste Toiletten in den Richtlinien
368 fordern.
 - 369 • uns für Barrierefreiheit an allen Schulen einsetzen.

370 **Politische und ökonomische Bildung stärken**

371 Wir beobachten mit großer Besorgnis, dass zunehmend Menschen aller Altersgruppen den
372 Parolen von Parteien und Organisationen, die demokratische Grundrechte, die
373 Legitimität staatlicher Institutionen und den Rechtsstaat negieren, folgen.
374 Verschwörungserzähler, Extremismus auf dem Linken und Rechten politischen Spektrum,
375 Rassismus und Antisemitismus nehmen beängstigend zu. Auch die ökonomische Bildung
376 muss integraler Bestandteil einer zeitgemäßen schulischen als auch außerschulischen
377 Bildung sein. Dabei sind alle Menschen auf ihre Rolle als Konsumenten, Arbeitnehmer,
378 Arbeitgeber und als Teilnehmer einer komplexen Finanzwirtschaft zu mündigen
379 Bürgerinnen und Bürgern in ökonomischen und politischen Kontexten vorzubereiten.
380 Nicht zuletzt wollen wir auch den Gründergeist insbesondere der jungen Menschen
381 unterstützen und so Innovationen und die Bereitschaft zur Selbstständigkeit fördern.

382 Wir werden

- 383 • sicherstellen, dass das Fach WiPo in der Mittelstufe gestärkt wird. Die
384 bisherigen Wochenstunden sind nicht ausreichend, eine sukzessive Aufstockung im
385 Verlauf der Sekundarstufe I ist dringend geboten.
- 386 • die bisherige Funktion des Landesbeauftragten für politische Bildung stärken.
387 Neben der bisherigen engen Ausrichtung auf „politische Bildung“ müssen auch
388 ökonomische Themen stärker berücksichtigt werden. Aus unserer Sicht kann eine
389 Umwandlung in eine eigenständige, nur der Legislative verpflichtende
390 Landeszentrale, die personell besser ausgestattet werden muss, die bisherigen
391 politischen Handlungsfelder als auch ökonomischen Fragestellungen in Kooperation
392 mit allen Akteuren der politischen und ökonomischen Bildung erfolgreicher
393 erfüllen.
- 394 • die zukünftige „Landeszentrale für politische und ökonomische Bildung“ enger an
395 die Lehrerbildung anbinden, um eine Plattform für eine umfassende Fort- und
396 Weiterbildung der Lehrkräfte im Fach Wirtschaft/Politik zu schaffen.
- 397 • die Angebote der zukünftigen Landeszentrale zielgenauer auch in der
398 Erwachsenenbildung auf politische und ökonomische Fragestellungen orientieren.

399 **Berufliche Bildung als gleichwertiger Bildungsweg**

400 **Vielfalt und Durchlässigkeit sichern Qualität und Leistung**

401 Schülerinnen und Schüler sollen aus einer Vielfalt von Bildungsangeboten den für sie
402 passenden Weg nach der Grundschule oder nach einem Abschluss einer allgemeinbildenden
403 Schule einschlagen können. Bei dieser Entscheidung sollen die Schülerinnen und
404 Schüler sowie ihre Eltern nicht alleine gelassen werden, sie müssen auf ein
405 qualifiziertes Beratungsangebot zurückgreifen können. Wir wissen, dass sowohl ein
406 Hochschulstudium als auch eine Berufsausbildung zu Erfolg und sozialem Aufstieg
407 führt.

408 Deshalb werden wir

- 409 • die Berufliche Bildung und ihre Chancen als eigenständiger und gleichwertiger
410 Bildungsweg stärker in das Bewusstsein der Eltern und Schülerinnen und Schüler
411 rücken, auch um so den drohenden Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein zu
412 verhindern.
- 413 • die Gleichwertigkeit allgemeiner und Beruflicher Bildung, sowohl der beruflichen
414 Erstausbildung als auch die Fort- und Weiterbildung, stärken.
- 415 • Bildungsangebote unterstützen, die sicherstellen, dass neben einem
416 Berufsabschluss parallel auch ein akademischer Abschluss an einer Beruflichen
417 Hochschule vermittelt wird. Durch die curricular abgestimmte Ausbildung an den
418 Lernorten Betrieb, Berufsschule und Hochschule kann durch solche Angebote der
419 Fachkräftebedarf insbesondere auch auf mittlerer Führungsebene gedeckt werden.
- 420 • das Beratungsangebot an jedem Übergang in eine andere Schulart ausbauen.
421 Insbesondere die Berufs- und Studienwahlorientierung soll verbindlich frühzeitig
422 den Schulabgängern einen Weg in eine Berufsausbildung oder ein Studium
423 aufzeigen. Dabei sollen die Jugendberufsagenturen eine wichtige Rolle
424 übernehmen.

425 **Berufliche Bildung – Garant für die Ausbildung von Fachkräften und**

426 **Durchlässigkeit des Bildungssystems**

427 Die Berufliche Bildung umfasst Bildungsgänge von der dualen Berufsausbildung über
428 vollzeitschulische Ausbildung bis zur Fort- und Weiterbildung. Wir haben die
429 Zuständigkeit für diese vielfältigen Bildungsgänge im SHIBB (Schleswig-Holsteinisches
430 Institut für Berufliche Bildung) gebündelt, um die Berufliche Bildung auf allen
431 Ebenen zu stärken und sichtbarer zu machen. Dies ist uns mit der Gründung des SHIBB
432 in vollem Umfang gelungen. Mit der Zuständigkeit der Beruflichen Bildung im
433 Wirtschaftsministerium wollen wir weitere Bereiche der Beruflichen Bildung, z.B. die
434 Fort- und Weiterbildung, in das SHIBB verlagern, um weitere Synergien zu gewinnen.
435 Die Bildungsgänge der Beruflichen Bildung tragen dazu bei, dass einerseits dringend
436 benötigte Fachkräfte für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein zur Verfügung
437 stehen und junge Menschen andererseits Bildungsabschlüsse außerhalb der
438 allgemeinbildenden Schulen erreichen können. Die Berufliche Bildung ist somit ein
439 unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungswesens, sie sichert die Durchlässigkeit

440 im Bildungssystem und bietet vielfältige Aufstiegschancen während des Berufslebens.
441 Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, benötigen diese Schulen neben hochqualifizierten
442 Lehrkräften moderne Ausstattungen, um die weitgehend digitalisierten Geschäfts- und
443 Produktionsprozesse abbilden zu können. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung
444 eine zügige Umsetzung der „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ und des
445 „Digitalpakt 2“ für die Berufsbildenden Schulen

446 **Duale Berufsausbildung**

447 Die duale Berufsausbildung, die Kombination aus betrieblicher und schulischer
448 Ausbildung, sichert sowohl eine praxisnahe und den Anforderungen des Arbeitsmarktes
449 entsprechende Ausbildung als auch eine erweiterte allgemeine Bildung. Die
450 Bereitstellung von Ausbildungsplätzen liegt in der Verantwortung der
451 Ausbildungsbetriebe und sichert damit die Nähe zum Arbeitsmarkt und sorgt für eine im
452 internationalen Vergleich sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Grundlage dieses
453 Systems sind an der Arbeitswelt orientierte bundesweit anerkannte Berufsbilder. Diese
454 stellen in einer sich insbesondere durch die Digitalisierung stark wandelnden
455 Arbeitswelt die Versorgung der Wirtschaft mit umfassend ausgebildeten und somit
456 flexiblen Fachkräften sicher.

457 Deshalb werden wir

- 458 • das Jobticket auch für Azubis noch attraktiver machen.
- 459 • die von der Enquete-Kommission Berufliche Bildung als dringend erforderlich
460 erachtete Exzellenzinitiative Berufliche Bildung unverzüglich einfordern, auch
461 um den zunehmenden Fachkräftebedarf in Schleswig-Holstein abdecken zu können.
- 462 • die Gleichwertigkeit der Beruflichen Bildung im Verhältnis zur akademischen
463 Bildung stärken und die Attraktivität der dualen Ausbildung steigern, um einen
464 offenen Wettbewerb der Bildungswege zu fördern. Zu viele junge Menschen, die
465 sich auf das Abitur und ein Studium fokussieren, finden oft zu spät heraus, dass
466 sie erfolgreicher und zufriedener über den Weg einer dualen Ausbildung in ihre
467 berufliche Karriere gestartet wären. Dazu ist es erforderlich, auch die Qualität
468 und Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu entwickeln.
- 469 • die Gründung einer Beruflichen Hochschule fordern, die in anspruchsvollen
470 Berufen neben einem dualen Berufsabschluss zusätzlich ein wissenschaftliches
471 Studium bis zum Bachelor anbietet.
- 472 • die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen und -institutionen der Beruflichen
473 Bildung durch Lernortkooperationen weiter stärken.
- 474 • gemeinsam mit Schulträgern und Schulaufsichtsbehörden ein schlüssiges Konzept
475 für den technischen Support vor Ort entwickeln, um die digitale Ausstattung in
476 den Berufsbildenden Schulen/Regionalen Berufsbildungszentren mit höchster
477 Verfügbarkeit bereitstellen zu können, ohne dass dies zu Lasten der
478 Unterrichtsversorgung geht.
- 479 • ein Konzept für die duale berufliche Ausbildung in Schleswig-Holstein
480 entwickeln, das die Ausbildung möglichst vieler Berufe in der Fläche ermöglicht,

- 481 aber gleichzeitig den Anforderungen der technischen Entwicklung und der
482 Veränderung von Arbeitsprozessen Rechnung trägt. Die Fachkräfteversorgung auch
483 im ländlichen Raum hat für uns eine hohe Priorität.
- 484 • Auszubildende stärker finanziell unterstützen, wenn sie eine Landesberufsschule
485 oder eine Bezirksfachklasse besuchen müssen, deren Erreichbarkeit mit erhöhten
486 Fahrtkosten und unter Umständen auch mit einer Internatsunterbringung verbunden
487 ist.
 - 488 • die Attraktivität der dualen Berufsausbildung durch flexible Möglichkeiten des
489 ausbildungsbegleitenden Erwerbs höherer Schulabschlüsse, vom Ersten Allgemeinen
490 Bildungsabschluss über den Mittleren Bildungsabschluss bis hin zur
491 Fachhochschulreife und der Allgemeinen Hochschulreife, steigern.

492 **Schulische Berufsausbildung**

493 Auch wenn die Mehrheit der Ausbildung in staatlich anerkannten Berufen über die duale
494 Ausbildung erfolgt, so ist die Bedeutung schulischer Ausbildungsgänge in staatlichen
495 und staatlich anerkannten Schulen enorm gewachsen. Neben den staatlich anerkannten
496 Berufsabschluss vermittelnden Berufsfachschulen sind es vor allen Dingen die
497 Fachschulen, die vorwiegend in den Fachbereichen Technik, Wirtschaft, Sozialwesen und
498 Gestaltung sowie in den Gesundheitsberufen dringend benötigte qualifizierte
499 Fachkräfte aus- bzw. weiterbilden. Da dieser Weg in eine berufliche Tätigkeit immer
500 bedeutsamer wird, wollen wir diese Schulen weiter stärken und mit modernen Lehr- und
501 Lernmitteln ausstatten.

502 Deshalb werden wir

- 503 • diese Schularten der Beruflichen Bildung weiter ausbauen und sie so ausstatten,
504 dass sie ihren Bildungsauftrag zeitgemäß erfüllen können.
- 505 • insbesondere für die Ausbildung im Beruf der Erzieherinnen und Erzieher sowie
506 den Pflegeberufen werben, denn hier herrscht ein hoher Fachkräftemangel.
- 507 • den Zugang zu diesen Berufen attraktiver gestalten: Häufig erhalten die
508 Schülerinnen und Schüler – anders als in der dualen Berufsausbildung – während
509 ihrer Ausbildung keine Ausbildungsvergütung. Dies wollen wir z.B. durch eine
510 verbesserte Ausbildungsförderung ändern.

511 **Vollzeitschulische Bildungsgänge**

512 Die vollzeitschulischen Bildungsgänge an den Berufsbildenden Schulen/Regionalen
513 Berufsbildungszentren sichern seit Jahrzehnten die Durchlässigkeit des
514 Bildungssystems nach Abschluss der allgemeinen Schulpflicht. Sie ermöglichen so in
515 jeder Lebensphase eine an den sich wandelnden Anforderungen orientierte weitere
516 Bildung in einem Berufsfeld und vermitteln weiterführende schulische Abschlüsse bis
517 zum Abitur. Die Anzahl Jugendlicher, die die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss
518 verlassen, ist weiterhin viel zu hoch. Hier bieten Bildungsgänge mit Berufsbezug, die
519 sowohl einen höheren Schulabschluss als auch berufliche Orientierung und Grundbildung
520 ermöglichen, neue Anreize und Herausforderungen, um Auswege aus der oftmals
521 ursächlichen Schulmüdigkeit zu ermöglichen.

522 Deshalb werden wir

- 523 • die Berufsbildenden Schulen/Regionalen Berufsbildungszentren in allen sechs
524 Schularten stärken und noch intensiver über die sich an ihnen bietenden Chancen
525 informieren.
- 526 • die Information über Chancen der Beruflichen Bildung, im Rahmen einer
527 beruflichen Ausbildung allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erreichen,
528 verpflichtend in die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen aufnehmen.
- 529 • die Zusammenarbeit berufsbildender und allgemeinbildender Schulen am Übergang
530 Schule - Beruf verbessern.
- 531 • die Gleichwertigkeit beruflicher und schulischer/akademischer Bildung stärken
532 und die gegenseitige Anrechenbarkeit von Ausbildungsinhalten weiter entwickeln.
- 533 • die Attraktivität des Lehramtes an beruflichen Schulen konsequent steigern und
534 aktiv für den Beruf der Lehrkraft an Berufsbildenden Schulen/Regionalen
535 Berufsbildungszentren werben.

536 **Wege für ein lebenslanges Lernen attraktiver gestalten**

537 Die Bildung der Menschen endet nicht mit einem schulischen, beruflichen oder
538 akademischen Abschluss. Menschen lernen ihr Leben lang. Weiterbildung eröffnet ein
539 Leben lang Entfaltungschancen und sichert beruflichen Aufstieg. Sie ermöglicht in
540 Deutschland das Erreichen eines beruflichen Qualifikationsniveaus, welches in den
541 meisten anderen Ländern nur über den Besuch einer Hochschule realisierbar ist. So
542 stehen die Meisterin und der Meister im Handwerk und der Abschluss einer Fachschule
543 auf der gleichen Stufe des europaweit anerkannten Qualifikationsrahmens für
544 Berufliche Qualifikationen (DQR), wie der Bachelorabschluss einer Universität oder
545 Fachhochschule (DQR 6). Die jüngste Anpassung des Berufsbildungsgesetzes ermöglicht
546 darüber hinaus berufliche Weiterbildungen bis zum Level 7 dieses
547 Qualifikationsrahmens, der mit dem Master Abschluss einer Hochschule vergleichbar
548 ist.

549 Die berufliche Fort- und Weiterbildung ist deshalb in vielfacher Hinsicht eine
550 wichtige Voraussetzung für die Fachkräftesicherung des Landes. Mit ihrer Hilfe soll
551 einerseits der digitale Wandel in den Geschäfts- und Produktionsprozessen bewältigt
552 werden, andererseits ist die berufliche Fort- und Weiterbildung auch ein Garant für
553 die Attraktivität der Fachkräfteausbildung in allen Branchen, denn junge Menschen
554 wollen Perspektiven und Aufstiegschancen haben, wenn sie sich für eine
555 Berufsausbildung entscheiden. Wir unterstützen deshalb individuelle Anstrengungen zur
556 Bildung in jedem Alter, z.B. durch steuerliche Anreize, Bildungsgutscheine und
557 erweiterte Fördermöglichkeiten. Auch Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die
558 Schule verlassen haben, sowie Menschen mit gebrochenen Bildungsbiografien und
559 diejenigen, die sich aus persönlichen oder durch den Arbeitsmarkt veranlassten
560 Gründen umorientieren wollen oder müssen, benötigen entsprechende Angebote. Ebenso
561 muss Analphabetismus enttabuisiert und mit entsprechenden Angeboten begegnet werden.

562 Deshalb werden wir

- 563 • über den Weg der Beruflichen Bildung informieren und dafür werben. Dabei gilt
564 es, gemeinsam mit der Wirtschaft und den Anbietern beruflicher Weiterbildung
565 zügig geeignete Angebote zu entwickeln, um somit die Attraktivität der dualen
566 und schulischen Berufsausbildung weiter zu steigern. Wir setzen uns dafür ein,
567 den Weg der beruflichen Qualifikation auch in finanzieller Hinsicht der
568 akademischen Ausbildung gleichzustellen und finanziell zu fördern. Mittelfristig
569 muss es unser Ziel sein, diese Bildungsgänge wie auch ein Studium kostenfrei
570 anzubieten. Dabei ist auch zu prüfen, ob die bisherige maximale Freistellung der
571 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Weiterbildungsgesetz ausreichend
572 ist.
- 573 • die gegenwärtige, teilweise unübersichtliche Struktur der Weiterbildungsanbieter
574 und deren Angebote überprüfen, transparenter gestalten und die bestehenden
575 Beratungsangebote ausbauen. Dabei sind insbesondere auch Angebote der
576 öffentlichen Fachschulen nach dem Schulgesetz sowie der Volkshochschulen
577 einzubeziehen.
- 578 • für erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen von Weiterbildungsmaßnahmen den
579 Übergang zu einem Hochschulstudium erleichtern.
- 580 • niedrigschwellige Möglichkeiten schaffen, um Schulabschlüsse auch außerhalb der
581 allgemeinbildenden Schulen zu erwerben und Angebote schaffen, um Analphabeten
582 den Erwerb des Lesens und Schreibens zu ermöglichen.

583 **Junge Menschen für den Lehrerberuf begeistern**

584 Alle Bundesländer klagen über einen gravierenden Lehrermangel. Dies gilt im
585 besonderen Maße für Schleswig-Holstein, da wir für fast alle Fächer und
586 Fachrichtungen zusätzlich auf Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern
587 angewiesen sind. Ein besonders hoher Mangel besteht für die naturwissenschaftlichen
588 Fächer Chemie und Physik, für Mathematik, Informatik und für die Fächer Musik und
589 Kunst. Noch gravierender ist der Mangel beim Lehramt für Berufsbildende Schulen in
590 vielen Fachrichtungen. Wir werden die Studienmöglichkeiten erweitern, gezielte
591 professionelle Werbeaktionen starten und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte
592 verbessern.

593 Zudem werden wir

- 594 • durch ein Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der
595 Lehrkräfte die Attraktivität dieses Berufs stärken. Dies wollen wir durch einen
596 Ausbau der Unterstützungssysteme an den Schulen erreichen. So wollen wir z.B.
597 durch die Bereitstellung einer professionellen externen IT-Betreuung und den
598 stärkeren Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern und
599 Schulpsychologinnen und -psychologen den Lehrkräften mehr Raum für ihre zentrale
600 Aufgabe, den Unterricht, verschaffen.
- 601 • uns dafür einsetzen und die Schulen dabei unterstützen, Bundesfreiwillige und
602 FSJ-ler einzustellen und so die Möglichkeit zu geben, in einer Schule ein Jahr
603 lang einen Perspektivwechsel vorzunehmen.

- 604 • uns dafür einsetzen, dass in den Schulen zusätzliche Arbeitsräume für Lehrkräfte
605 zur Verfügung stehen und die von den Lehrkräften in der Regel privat bezahlten
606 Materialien zur Unterrichtsvorbereitung vom Dienstherrn finanziert werden.
- 607 • nach dem Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“ stärker leistungsbezogene
608 Kriterien bei der Lehrerbeseoldung, insbesondere jedoch bei Beförderungen,
609 berücksichtigen.
- 610 • uns für eine neue Berechnung der Pflichtstunden einsetzen. Bei den
611 Unterrichtsverpflichtungen liegt Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen
612 Bundesländern im oberen Bereich, was eine hohe Arbeitsdichte bedeutet und somit
613 auch die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Arbeitgeber schmälert. Wir wollen
614 deshalb eine Stundenreduzierung prüfen und dabei die veränderten Anforderungen
615 an die Lehrkräfte berücksichtigen.
- 616 • uns für den Erhalt der Gesundheit unserer Lehrkräfte einsetzen. Dafür ist es
617 erforderlich, die Arbeitsbedingungen zu prüfen und gezielte Lösungsansätze im
618 Einzelfall zu entwickeln.
- 619 • Maßnahmen ergreifen, um Lehrkräfte vor Gewalt und Cybermobbing zu schützen.
- 620 • die Lehrerversorgung auch in der Fläche durch Anreize für Lehrkräfte
621 sicherstellen.
- 622 • Stipendienprogramme für Lehramtsstudierende in den Mangelfächern initiieren.

623 **Verbesserung der Lehrkräftebildung**

624 Lehrkräfte haben einen der wichtigsten Berufe in unserer Gesellschaft, weshalb auch
625 ihre Ausbildung von enormer Bedeutung ist. Schleswig-Holstein verfügt mit der
626 Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Europa-Universität Flensburg über
627 exzellente Universitäten, die Lehrkräfte für alle Schularten der allgemeinbildenden
628 und berufsbildenden Schulen ausbilden. Wir wollen die Aus-, Fort- und Weiterbildung
629 der Lehrkräfte in unserem Bundesland weiter verbessern.

630 Deshalb werden wir

- 631 • eine mittel- bis langfristige Lehrkräftebedarfsprognose erstellen und ggf. die
632 Anzahl der Studienplätze in Kiel und Flensburg insbesondere in den Mangelfächern
633 anpassen. Dabei sollen auch vorhandene Übergangshindernisse vom Bachelor in den
634 Masterstudiengang analysiert und beseitigt werden.
- 635 • eine Kampagne initiieren, um junge Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen. Die
636 beschlossene Allianz für Lehrkräftebildung wollen wir dabei konkretisieren und
637 mit geeigneten Maßnahmen hinterlegen.
- 638 • ein Programm starten, um insbesondere Studienberechtigte mit
639 Migrationshintergrund für ein Lehramtsstudiengang zu gewinnen.
- 640 • insbesondere für die MINT-Fächer Beratungs- und Begleitprogramme wie z.B.
641 Einstiegs-/Brückenkurse und Tutorien in der Studieneingangsphase einrichten und
642 bei Bedarf solche Programme auch an der Schnittstelle zwischen Bachelor- und
643 Masterstudium schaffen.

- 644 • die Studienbedingungen verbessern, auch um die Abbrecherquoten in den
- 645 Studiengängen zum Lehramt zu verringern. Dabei sind insbesondere beim Übergang
- 646 vom Bachelor zum Master geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Studierende zum
- 647 weiteren Studium für das Lehramt zu motivieren. Wir wollen zudem beim
- 648 Praxisanteil frühzeitiger ansetzen.
- 649 • die Anzahl der Studienplätze in den Mangelfächern überprüfen und gegebenenfalls
- 650 erhöhen.

651 **Hochschulen und Wissenschaft konsequent stärken**

652 Bildung und Wissenschaft sind – neben zeitgemäßen Infrastrukturen – das Fundament und

653 die Voraussetzung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche (Weiter-)Entwicklung

654 unseres Landes. Unsere Hochschulen sind Orte des wissenschaftlichen Diskurses und der

655 Forschung. Sie bilden einen wichtigen Teil der zukünftigen Fach- und Führungskräfte

656 wie z.B. unsere Lehrkräfte aus. Bildung und Wissenschaft sind die wichtigsten

657 Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Für die Freien

658 Demokraten gehört das Thema „weltbeste Bildung“ zum Markenkern. Daher wollen wir

659 unsere Hochschulen und die Wissenschaft konsequent stärken.

660 Die Wissenschaft hat eine elementar wichtige Bedeutung für unsere moderne

661 Gesellschaft, was nicht zuletzt in der Pandemie oder auch bei der Diskussion über den

662 Klimawandel erneut sehr deutlich geworden ist. Das Wissen der Menschheit verdoppelt

663 sich in immer kürzeren Zeiträumen, wovon wir letztlich alle profitieren, z.B. durch

664 den Fortschritt in der medizinischen Forschung.

665 Schleswig-Holstein verfügt eine sehr heterogene Hochschullandschaft, die wir

666 insgesamt weiter stärken und somit bundesweit und international wettbewerbsfähiger

667 machen wollen: Durch moderne Gebäude, eine bessere personelle und technische

668 Ausstattung, eine internationale Ausrichtung und mehr Freiräume z.B. bei der

669 Profilbildung, aber auch durch die Schaffung weiterer wissenschaftsfreundlicher

670 Rahmenbedingungen. Die Hochschulautonomie wollen wir in den Bereichen Finanzen, Bau

671 und Personal gezielt stärken, die fruchtbare Zusammenarbeit mit Mittelstand und

672 Industrie fördern und Ausgründungen stärker unterstützen. Unsere Hochschulen sollen

673 keine geschlossenen Orte, sondern untereinander, international und auch in der

674 Gesellschaft gut vernetzt sein.

675 **Hochschulstrategie des Landes**

676 Unsere Gesellschaft ist nur mit modernen Hochschulen und exzellenten

677 Forschungseinrichtungen zukunftsfähig. Um Schleswig-Holstein als

678 Wissenschaftsstandort nachhaltig zu stärken, braucht unser Bundesland auch endlich

679 eine landesweite Hochschulstrategie, die wissenschaftsgeleitet die Stärken unserer

680 Hochschulen ausbaut. Dabei sollen sich die verschiedenen Standorte mit ihren

681 jeweiligen Profilen und Kompetenzen sinnvoll ergänzen. Es geht um eine Strategie,

682 deren Kern der hohe Wert der Wissenschaft ist, und die deshalb verstärkt auch einer

683 der Haushaltsschwerpunkte des Landes sein muss.

684 Wir werden

- 685 • die Grundfinanzierung der Hochschulen aufgabengerecht schrittweise weiter
686 verbessern.
- 687 • die Investitionen in den Hochschulbau weiter erhöhen, um den Gebäudebestand zu
688 modernisieren und die technische Ausstattung zu verbessern. Die Bedarfe im
689 Hochschulbau müssen dabei systematisch erfasst und abgearbeitet werden.
- 690 • die Digitalisierung der Hochschulen konsequent vorantreiben, was die Lehre, die
691 Verwaltung, aber auch die Vernetzung der verschiedenen Fachbereiche betrifft.
692 Hierfür ergänzen wir auch das bundesweite Programm „Digitale Hochschule“, das
693 möglichst unbürokratisch gestaltet werden sollte. Die Cybersicherheit werden wir
694 dabei ebenfalls verbessern.
- 695 • die Hochschulautonomie (z.B. bei den Strukturen und Finanzen, beim Bau und beim
696 Personal) durch entsprechende Änderungen des Hochschulgesetzes sinnvoll
697 ausweiten und dabei grundsätzlich mehr auf Ziel- und weniger auf Detailsteuerung
698 durch das Ministerium setzen.
- 699 • die jeweilige Profilbildung unserer Hochschulen und insbesondere auch die beiden
700 künstlerischen Hochschulen in Kiel (Muthesius-Kunsthochschule) und Lübeck
701 (Musikhochschule) unterstützen.
- 702 • die Internationalisierung sowie Kooperationen mit der Wirtschaft und
703 gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen auf allen Ebenen fördern.
- 704 • die Wissenschaftsfreiheit stärken, indem wir Extremismus konsequent
705 entgegentreten, die Redefreiheit stärken, den Einfluss ausländischer Regime
706 unterbinden und Zivilklauseln nicht zulassen.
- 707 • Spitzenforschung und Exzellenzcluster fördern und auch einen möglichen neuen
708 Anlauf der Kieler Christian-Albrechts-Universität bei der Exzellenzstrategie
709 unterstützen (dabei setzen wir auch auf Kooperationen u.a. mit der Universität
710 zu Lübeck).
- 711 • wissenschaftliche Leuchttürme wie z.B. das Institut für Weltwirtschaft (IfW)
712 oder das GEOMAR, das im Bereich der Meeresforschung sehr profiliert ist,
713 besonders unterstützen.
- 714 • die weitere Ansiedlung und Erweiterung von außeruniversitären
715 Forschungseinrichtungen unterstützen.
- 716 • den sinnvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und die Forschung in
717 diesem Bereich besonders im Fokus haben, wobei wir den KI-Handlungsrahmen des
718 Landes weiterentwickeln und die mittelständische Wirtschaft verstärkt mit ins
719 Boot holen wollen. So werden wir z.B. Lübeck zu einem führenden Standort der KI-
720 Forschung im Bereich Medizin und Medizintechnik entwickeln.
- 721 • die Wissenschaftsabteilung personell verstärken und innerhalb der
722 Landesverwaltung aufwerten.
- 723 • mit der Gründung eines „Schleswig-Holstein Institute for Advanced Study“ ein
724 modernes Wissenschaftskolleg und einen Think-Tank des Landes Schleswig-Holstein
725 als interdisziplinären Forschungs- und Austauschraum schaffen.

726 • die Gründung einer Beruflichen Hochschule unterstützen, die in anspruchsvollen
727 Berufen neben einem dualen Berufsabschluss zusätzlich ein wissenschaftliches
728 Studium bis zum Bachelor anbietet. Damit wollen wir die duale Berufsausbildung
729 stärken und den Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken.

730 • die immer wichtiger werdende Wissenschaftskommunikation auf allen
731 wissenschaftlichen Karrierestufen stärken und auch bei der Bewilligung von
732 Fördermitteln des Landes verankern. Wir werden mit Citizen Science und
733 Bürgerwissenschaften Perspektiven aus der Zivilgesellschaft stärker in die
734 Forschung einbeziehen. Open Access und Open Science wollen wir stärken.

735 **Grundlagenforschung fördern**

736 Wir sehen die Grundlagenforschung als Basis für Innovation an. Daher wollen wir sie
737 neben der angewandten Forschung weiter ausbauen. Zur Diversifikation unserer
738 Innovationsstruktur ist eine breit angelegte Grundlagenforschungsinitiative in
739 Schleswig-Holstein nötig, um neue Kompetenzen im Bereich der Spitzentechnologie
740 aufzubauen. Auf dem Weg dorthin müssen angesichts knapper Mittel und des Aufwandes für
741 die Grundlagenforschung Prioritäten gesetzt werden. Wir wollen einen Forschungsfonds
742 budgetieren, aus dem exzellente Grundlagenforschung in Schleswig-Holstein zusätzlich
743 zu der Finanzierung aus den vorhandenen Budgets alimentiert wird. Die Anträge an den
744 Forschungsfonds müssen einen engen Bezug zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UNO
745 aufweisen, wobei angesichts der geographischen Lage Schleswig-Holsteins das Ziel 14
746 (Leben unter Wasser/Meeresschutz) eine besondere Bedeutung hat. Die Forschungsanträge
747 werden im Auftrag des Landes peer-reviewed (auch mit Unterstützung des
748 Wissenschaftsrates oder anderer wissenschaftsgeleiteter Institutionen).
749 Forschungsk Kooperationen, besonders im norddeutschen und Ostseeraum, wollen wir
750 besonders fördern. Das ungenutzte Potenzial, das in zahlreichen Forschungsdaten
751 liegt, wollen wir effektiver für innovative Ideen nutzen. Den Zugang zu
752 Forschungsdaten für öffentliche und private Forschung wollen wir umfassend verbessern
753 sowie vereinfachen.

754 **Forschungs-, Lehr- und Studienbedingungen verbessern**

755 Wir wollen die Forschungs-, Lehr- und Studienbedingungen an unseren Hochschulen
756 weiter verbessern, auch um zukünftig noch attraktiver für die klügsten Köpfe zu
757 werden. Dies gilt sowohl für Studieninteressierte als auch für Wissenschaftler –
758 unabhängig davon woher sie kommen. Die Internationalisierung unserer Hochschulen
759 wollen wir ausbauen, wobei auf dem Ostseeraum ein besonderer Fokus liegen soll.
760 Europäische Kooperationen liegen uns besonders am Herzen, wobei wir auch das
761 Vereinigte Königreich trotz des EU-Austritts als sehr wichtigen Partner ansehen.
762 Wir setzen uns für eine Qualitätsoffensive in der Hochschullehre ein. Dabei muss der
763 Bund sich in substanzieller Höhe mit Mittelzuweisungen beteiligen. Wir akzeptieren
764 dabei qualitätsorientierte Kriterien als Grundlage der Mittelzuweisung. Wir wollen
765 das starre Kapazitätsrecht, das die Zahl der bereitgestellten Studienplätze regelt,
766 grundlegend reformieren, um Hochschulen mehr Investitionen in digitale Lehrangebote,
767 bessere Betreuungsquoten sowie berufs- und lebensbegleitende Studienmodule zu

768 ermöglichen. Alle Förderprogramme für die Verbesserung der Hochschullehre wie auch
769 zur Forschungsfinanzierung sollen den Hochschulen grundsätzlich unabhängig von ihrer
770 Trägerschaft offenstehen.

771 Wir werden

- 772 • die Arbeits- und Lehrbedingungen schrittweise verbessern, z.B. durch eine
773 entsprechende Anpassung der Lehrverpflichtungsverordnung (LVVO) vor allem mit
774 Blick auf die Fachhochschulen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
775 die Digitalisierung und moderne Karrierewege, die auch die Diversität fördern
776 werden. Auch für die Lehrbeauftragten und die wissenschaftlichen Hilfskräfte
777 wollen wir die Bedingungen verbessern.
- 778 • die Studienorientierung, die Studienberatung und die Betreuung der Studierenden
779 verbessern, um die Abbrecherquoten zu reduzieren.
- 780 • das Semesterticket fortführen und weiterentwickeln.
- 781 • keine Studiengebühren einführen.
- 782 • die Schaffung von mehr studentischem Wohnraum unterstützen, was insbesondere für
783 Studienanfängerinnen und -anfänger, internationale Studierende und
784 Austauschstudierende wichtig ist. Wir sehen hier auch die Kommunen in der
785 Pflicht, entsprechende Grundstücke zur Verfügung zu stellen.
- 786 • eine umfassende BAföG-Reform unterstützen, die verschiedene Lebensentwürfe
787 angemessen berücksichtigt und elternunabhängig ausgerichtet sein muss.
- 788 • im Austausch mit allen beteiligten Gruppen die Lehren aus der Pandemie für den
789 Hochschulbetrieb ziehen, insbesondere im Bereich der Digitalisierung.
- 790 • den Wissens- und Technologietransfer und die Talentförderung verbessern (u.a.
791 durch Talentscouts und Zentren für Talentförderung) und „Innovationsbrücken“
792 bauen.
- 793 • Ausgründungen durch bessere Rahmenbedingungen, mehr Kooperationen mit der
794 Wirtschaft, sowie „Gründungszonen“ und Entrepreneurship Education erleichtern
795 und einen Patentfonds auflegen.
- 796 • das europäische Programm Erasmus + konsequent unterstützen.
- 797 • lebenslanges Lernen durch moderne Fort- und Weiterbildungsangebote und
798 entsprechende Online-Angebote unterstützen.
- 799 • die Einrichtung von BAföG-berechtigten Orientierungs- und
800 Qualifizierungsangeboten vor dem eigentlichen Studienbeginn vorantreiben
801 (Vorbereitungs- bzw. Orientierungssemester), um auch die MINT-Studiengänge zu
802 stärken.
- 803 • einen Pflegestudiengang im nördlichen Landesteil etablieren, der die bisherigen
804 Angebote im Land sinnvoll ergänzen soll.
- 805 • eine Landesstudierendenvertretung zur besseren landespolitischen Partizipation
806 im Hochschulgesetz verankern.
- 807 • den Erweiterten Senat, der sich nicht bewährt hat, abschaffen.

- 808 • das Unterbinden von Vollverschleierung sowie anderen extremistischen Symbolen
809 ermöglichen bzw. unterstützen.

810 Die privaten Hochschulen im Land leisten einen wichtigen Beitrag zur
811 Fachkräftesicherung und bereichern unsere Hochschullandschaft, weshalb uns faire
812 Bedingungen für eine weitere Entwicklung sehr wichtig sind. Das Universitätsklinikum
813 Schleswig-Holstein (UKSH) ist nicht nur als einziger medizinischer Maximalversorger
814 an den Standorten in Kiel und Lübeck von herausragender Bedeutung, sondern auch für
815 die medizinische Forschung, für die Medizinausbildung sowie als Arbeitgeber. Wir
816 werden die Modernisierung von Gebäuden und Ausstattung weiter vorantreiben und uns
817 für gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten einsetzen.

818 **Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und in der** 819 **Kindertagespflege**

820 Seit vielen Jahren steigt die Zahl der in Einrichtungen oder bei Tagespflegepersonen
821 betreuten Kinder im Vorschulalter. Dies ist für Kinder und Eltern ein enorm wichtiges
822 Angebot. Hier werden im Rahmen der frühkindlichen Bildung die wichtigsten Grundlagen
823 gelegt, welche die Kinder für ihr weiteres Leben brauchen: Soziale Kompetenzen,
824 sprachliche Förderung, Medienkompetenz oder Hilfe bei der Entwicklung von Motorik
825 sind für jedes Kind von großer Bedeutung. Erste Erfahrungen mit den Zusammenhängen in
826 Natur(wissenschaft) oder Gesellschaft legen das Fundament für einen gelingenden
827 Einstieg in die schulische Laufbahn und schärfen das Bewusstsein für soziale
828 Kompetenzen. Damit ist die frühkindliche Bildung neben dem Aufwachsen in der Familie
829 das zweite Standbein für den bestmöglichen Start ins Leben. Für die Eltern ist nicht
830 nur das Wissen um eine gute Förderung ihrer Kinder bedeutsam, Kinderbetreuung
831 ermöglicht ihnen zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Vereinbarkeit
832 ist sowohl ein Beitrag zur persönlichen Freiheit und Emanzipation als auch ein
833 wichtiges Element einer modernen und arbeitsteiligen Gesellschaft.

834 **Kita-Reform umsetzen und stetig weiterentwickeln**

835 Diese Trends haben sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Wir haben gezeigt, dass
836 eine große KiTa-Reform möglich war, an der so viele Regierungen vorher gescheitert
837 sind. Uns ist es durch die die landesweite Deckelung von Elternbeiträgen gelungen,
838 dass es für viele Familien nicht mehr eine Frage des Einkommens ist, ob es sich
839 „rechnet“, das Kind in die Betreuung zu geben. Ebenso haben wir erstmals verbindliche
840 Mindeststandards bei vielen Qualitätsindikatoren geschaffen oder vorhandene erhöht.
841 So haben wir z.B. den Fachkraft-Kind-Schlüssel in der Betreuung von Überdreijährigen
842 von 1,5 auf 2,0 angehoben. Eine derartige Maßnahme stärkt dabei nicht nur die
843 Qualität der Betreuung, sondern ist auch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der
844 Arbeitsbedingungen für die in Kitas Beschäftigten.

845 Durch das Elternportal der Kita-Datenbank gibt es für die Familien erstmals einen
846 Gesamtüberblick über alle im Land zur Verfügung stehenden Plätze und eine landesweite
847 Online-Anmeldung, welche die Prioritäten und Wünsche der Eltern berücksichtigt.
848 Ebenso wurden bestehende Hürden beseitigt, das Kind außerhalb der eigenen Gemeinde

- 849 betreuen zu lassen und so das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gestärkt. Ebenso
850 gestärkt haben wir die Rolle der Elternvertretungen. Wir haben deutlich mehr und
851 deutlich verbindlichere Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der
852 Rahmenbedingungen in den Kitas geschaffen. Und schließlich haben wir die
853 Kindertagespflege gestärkt, indem wir auch die Finanzierung der
854 Kindertagespflegepersonen neu aufgestellt und verbindlich gesetzlich geregelt haben.
- 855 Erstmals hat das Land nun auch eine verlässliche finanzielle Verantwortung
856 übernommen. Waren die Beiträge des Landes vorher in verschiedenen Teilbereichen des
857 Systems unterschiedlich ausgestaltet, existiert nun ein verlässlicher Landesanteil an
858 der Finanzierung jeder Betreuungsleistung für jedes einzelne Kind im Land, so dass
859 alle zukünftigen Kostendynamiken verlässlich anteilig mit vom Land übernommen werden.
860 Damit das gelingen konnte, haben wir in den letzten fünf Jahren rund eine Milliarde
861 Euro zusätzlich mobilisiert, um Elternbeiträge zu senken, Qualitätsstandards zu
862 setzen und die Kommunen finanziell zu entlasten. Hinzu kommen noch erhebliche Mittel,
863 die im Rahmen von Investitionsprogrammen in die Schaffung zusätzlicher
864 Betreuungsplätze geflossen sind. Auch in anderen wichtigen Bereichen ist das Land
865 vorangekommen. Die Ausbildung von Fachkräften wurde durch zusätzliche Kapazitäten und
866 neue Ausbildungsformate, z.B. die praxisintegrierte Ausbildung (PiA), gestärkt. Für
867 den verbesserten Übergang von der Kita in die Grundschule erarbeiten das Familien-
868 und das Bildungsministerium ein umfassendes Konzept.
- 869 Auch wenn in den letzten fünf Jahren in diesem Bereich vieles erreicht wurde, bleiben
870 eine Reihe von Herausforderungen und Zielen bestehen. Wir wollen weiterhin mit
871 höchster Intensität an der Verbesserung der frühkindlichen Bildung arbeiten:
- 872 • Unser Ziel ist die vollständige Beitragsfreiheit. Dem müssen wir uns vor dem
873 Hintergrund der herausfordernden Lage der öffentlichen Haushalte schrittweise
874 nähern. Wir setzen dabei auf nachhaltige Entwicklungen und seriöse Planung.
875 Daher soll der Beitragsdeckel in der U3-Betreuung als erstes auf das Niveau der
876 Ü3-Betreuung abgesenkt werden. Der gemeinsame Deckel soll dann in jedem weiteren
877 Jahr schrittweise um mindestens 10% abgesenkt werden.
 - 878 • Die Familien haben vielfältigste Betreuungsbedarfe, die zukünftig insbesondere
879 in einem ausreichenden Angebot an Ganztagsplätzen und flexiblen Betreuungszeiten
880 abgebildet werden müssen. Daher werden wir eine noch bessere Einbindung der
881 Elternwünsche in die Bedarfsplanung vorantreiben. Ebenso werden wir dafür
882 eintreten, dass Eltern nicht zum Abschluss von Verträgen über größere
883 Betreuungsumfänge als tatsächlich benötigt oder gewünscht veranlasst werden.
884 Besonders für diese individuellen Bedarfe im U3-Bereich kann auch die
885 Kindertagespflege ein wichtiger Baustein sein, den es immer mitzudenken gilt.
 - 886 • Die Platzsuche ist durch die umfassende Kita-Datenbank und das dazugehörige
887 Elternportal deutlich einfacher geworden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass
888 der Leistungsumfang der Kita-Datenbank weiterentwickelt wird und sowohl für die
889 Eltern als auch für die die Datenbank nutzenden Einrichtungen,
890 Tagespflegepersonen und Kommunen noch anwenderfreundlicher wird.
 - 891 • Mit der Kita-Reform wurden zahlreiche Qualitätsstandards gestärkt, z.B.

- 892 Personalschlüssel, oder erstmalig eingeführt, z.B. Leitungsfreistellungen und
893 Verfügungszeiten. Diese Mindestanforderungen werden im Standard-Qualitäts-
894 Kosten-Modell (SQKM) abgebildet. Hier wollen wir weitere Verbesserungen
895 erwirken. Dabei sollen die Ergebnisse der bis 2025 laufenden Evaluation der
896 Kita-Reform genutzt werden, um festzulegen, ob in den vorgenannten Bereichen
897 oder auch in Feldern wie Qualitätsmanagement, Medienkompetenz,
898 Naturwissenschaft, Schuleingewöhnung oder Bewegungsangeboten zusätzliche
899 Anstrengungen unternommen werden sollen. Ein besonderer Blick soll zudem auf die
900 Sprachförderung gelegt werden. Nicht nur im Rahmen der Integration und
901 Sprachheilverfahren sondern auch bezüglich der Regional- und
902 Minderheitensprachen.
- 903 • Ebenso soll die Weiterentwicklung der Inklusion in den Kitas stärker in den
904 Fokus rücken. Zwar hat die Kita-Reform auch hier Verbesserungen gebracht, etwa
905 bei der Verkleinerung von Gruppen mit Kindern mit besonderen Förderbedarfen im
906 U3-Bereich, dennoch bleibt es für die Eltern der Regelfall, immer auch
907 individuelle Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) VIII oder SGB IX zu
908 beantragen. Ziel muss es sein, das System so zu ertüchtigen, dass Einrichtungen
909 institutionell in der Lage sind, besondere Bedarfe mit abzudecken. Da diese in
910 der einzelnen Einrichtung abhängig von den tatsächlich betreuten Kindern stark
911 schwanken, treten wir dafür ein, interdisziplinäre Teams in regionalen Zentren
912 zu bilden, welche die notwendigen Fähigkeiten für die einzelne Einrichtung
913 situationsbezogen bereitstellen, so dass nur noch ergänzend weitere Hilfen im
914 Einzelfall beantragt werden müssen.
 - 915 • Kita und Tagespflege kann nur mit motivierten Fachkräften gelingen: Diese
916 brauchen attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Weitere
917 Qualitätsmaßnahmen im vorgenannten Sinn können dazu beitragen. Dennoch braucht
918 es auch für die Beschäftigten mehr Praxisanteile in der Ausbildung, mehr
919 Unterstützung im Arbeitsalltag und auch mehr persönliche
920 Entwicklungsmöglichkeiten. Wir setzen uns daher für Freistellungsanteile für die
921 Ausbildungsanleitung und mehr Qualifizierungsangebote für Tagespflegepersonen,
922 Sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten und Erzieherinnen und Erzieher
923 ein.
 - 924 • Die Kita-Reform war eines der größten Reformwerke der letzten Jahre. Aufgrund
925 der vielfältigen Fehlentwicklungen, verlorenen Sachzusammenhänge und
926 Intransparenz des Systems vor der Reform, waren die Veränderungen gewaltig. Die
927 Wirkungsweise der Reform muss daher nach wie vor vermittelt werden. Zudem haben
928 sich die Beteiligten auf eine umfassende Evaluation verständigt, die es
929 ermöglichen soll, vor dem Ende der Übergangsphase zum Jahreswechsel 2024/25 ggf.
930 weitere Ergänzungen und Anpassungen im Gesetz vorzunehmen. Wir stehen dafür ein,
931 dass diese Evaluation mit aller Ernsthaftigkeit und ergebnisoffen
932 weiterbetrieben wird und dass die gewonnenen Erkenntnisse in die im Jahr 2024
933 ggf. anstehenden Gesetzgebungsprozesse einfließen.
 - 934 • Die Kindertagespflege ist eine tragende Säule im Bereich der frühkindlichen
935 Bildung. Sie verdient nicht nur Wertschätzung, sondern muss in Planungen für

936 künftige Entwicklungen immer mitgedacht werden. Daher gilt es die verbessernden
937 Maßnahmen nicht nur für Kitas, sondern parallel auch für die Tagespflege
938 vorzusehen.

939 **Familie, Kinder- und Jugendhilfe**

940 Familienpolitik ist für uns Politik für alle Formen des familiären Zusammenlebens.
941 Dieses in seiner Vielfalt zu stärken und zu ermöglichen ist für uns ebenso
942 selbstverständlich wie Familie als besonderen Raum zu begreifen, in dem der Staat nur
943 mit aller Umsicht und unter Wahrung der Rechte der Eltern aber insbesondere auch der
944 Kinder agieren sollte. Oberstes Ziel ist, Familien gute Rahmenbedingungen zu bieten.
945 Viele Formen der Unterstützung, z.B. durch Eltern- oder Kindergeld, leistet der Bund.
946 Die Aufgabenträgerschaft für die Jugendämter liegt wiederum in kommunaler Hand. Die
947 Landespolitik muss deshalb das Ziel haben, in diesem Rahmen zum Austausch zwischen
948 der Praxis in den Kommunen und Normsetzungen durch den Bund beizutragen sowie
949 Anforderungen und Bedarfe zu vermitteln. Ebenso muss das Land die Vernetzung und den
950 fachlichen Austausch zwischen öffentlichen und freien Trägern befördern. Weiterhin
951 kann das Land durch gezielte Förderung niederschwellige Angebotsstrukturen
952 unterstützen, die Familien oder Kinder- und Jugendlichen Hilfestellung geben oder
953 auch gemeinsame Erfahrungen bescheren.

954 Die FDP Schleswig-Holstein wird sich für folgende Punkte einsetzen:

- 955 • Viele Angebote werden stärker durch die Verzahnung miteinander: Wir
956 beabsichtigen die Fortsetzung der erfolgreichen Verzahnung der
957 familienunterstützenden Angebote (Familienbildungsstätten, Familienzentren,
958 frühe Hilfen) und einen noch stärkeren Austausch mit den Angeboten der
959 Jugendhilfe.
- 960 • Eltern brauchen vor allem in den ersten Jahren Unterstützung: So viele Angebote
961 hier auch schon existieren, manchmal kommen die Hilfen nicht richtig an. Die U-
962 Untersuchungen bei Kindern haben z.B. in den Heften auch schon einen beratenden
963 Teil. Diese Form der Beratung sollte nach unserer Auffassung noch eine stärkere
964 persönliche Austauschmöglichkeit erhalten.
- 965 • Die Pandemie hat die Familien extrem gefordert und belastet: Wir planen die
966 Identifikation von Belastungen der Familien in Folge der Corona-Krise und die
967 Schaffung wirksamer Ausgleiche und Hilfsangebote durch zusätzliche Angebote in
968 bestehenden Strukturen, z.B. durch Beratungsmöglichkeiten sowie Freizeitangebote
969 für Kinder und Jugendliche.
- 970 • Mit der Umsetzung der SGB VIII-Reform des Bundes steht die Jugendhilfe vor
971 großen Aufgaben. Dabei sind insbesondere die auch von Schleswig-Holstein immer
972 geforderte Stärkung der Heimaufsicht und Umsetzung der sog. inklusiven Lösung zu
973 nennen. Land und Kommunen sollen hier gemeinsam an der Umsetzung und den
974 Lösungen im Land arbeiten. Daneben soll ein Ausbau der Kinderschutzzentren
975 ermöglicht werden.
- 976 • Eine Familie zu gründen ist eines der schönsten Vorhaben im Leben und sollte
977 keinem aus Kostengründen verweigert werden: Daher setzen wir uns für eine

978 bundeseinheitliche Regelung der Kinderwunschbehandlung ein, die für Paare mit
979 unerfülltem Kinderwunsch medizinisch aussichtsreiche Behandlungen kostenlos
980 ermöglicht.

981 • Auch wenn Familien in Folge von Trennungen nicht zusammenbleiben können, muss es
982 weiterhin möglich sein, dass die einzelnen Elternteile und Kinder ihre
983 persönliche Bindung erhalten können. Dies funktioniert vor allem, wenn es einen
984 gemeinsamen Alltag gibt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die
985 Rahmenbedingungen geschaffen werden, so dass die Jugendämter vorrangig das
986 Wechselmodell befördern, damit dieser gemeinsame Alltag überall dort auch
987 stattfinden kann, wo dies unter den individuellen Voraussetzungen möglich ist.

988 • Kinder haben Rechte als Bürger, aber sie verdienen darüber hinaus noch eine
989 besondere Würdigung, um ihre Grundrechte auch im Verhältnis zu Staat und Eltern
990 zu definieren. Wir wollen deshalb die Forderung, Kinderrechte im Grundgesetz zu
991 verankern, befördern und unterstützen.

992 Die jungen Menschen waren von den Folgen der Pandemie ganz besonders betroffen. Neben
993 den Kitas mussten auch Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen zeitweise
994 geschlossen oder eingeschränkt werden, so dass es schwierig war, sich in Gruppen mit
995 Freunden zu treffen. Nach dem Schulabschluss ausgiebig zu feiern und in die weite
996 Welt hinaus zu ziehen fiel aus, stattdessen gab es Uni aus dem Homeoffice im
997 Jugendzimmer bei den Eltern; andere Menschen kennen zu lernen fiel schwer. Die
998 Jugendarbeit hat ebenfalls massiv Einbußen hinnehmen müssen. Da in der Kindheit und
999 Jugend der Grundstein für die eigene Persönlichkeitsentwicklung und den eigenen
1000 beruflichen wie privaten Werdegang gelegt wird, sind gute Rahmenbedingungen in den
1001 jungen Jahren besonders wichtig. Die psychische Belastung in der jungen Generation
1002 ist während der Pandemie teils deutlich gestiegen.

1003 **Kinder und Jugendliche verdienen eine Stimme**

1004 Insbesondere bei sie betreffenden Belangen sind trotz erkennbarer Fortschritte noch
1005 weitere Chancen vorhanden, die Meinungen von Kindern und Jugendlichen aufzugreifen.
1006 Daher streben wir einen weiteren Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und
1007 Jugendliche in ihren unmittelbaren Lebenswelten an. Kinder und Jugendliche brauchen
1008 auch geeignete Strukturen und Rahmenbedingungen für gute Erfahrungen: Tragende Säule
1009 ist hier die Jugendarbeit und hier vor allem im Bereich der Jugendverbandsarbeit. Die
1010 Jugendverbände haben in den letzten zwei Jahren einen enormen Vermittlungsaufwand
1011 geleistet, ihre Strukturen erhalten und Pläne für eine Jugendarbeit unter
1012 Pandemiebedingungen entworfen. Dabei sind diese Strukturen fast ausschließlich durch
1013 das Ehrenamt geprägt. Wir setzen uns daher für eine zeitnahe Bestandsaufnahme der
1014 Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit ein - mit dem Ziel, mit den Akteuren
1015 Maßnahmen zu entwickeln, um diese gezielt zu unterstützen.

1016 Zudem werden wir

- 1017 • die Beratungs- und Betreuungsangebote stärken und nach Bedarf ausweiten.
- 1018 • der Kinderarmut gesamtstaatlich begegnen: Bund, Land und Kommunen müssen ein
1019 Hauptaugenmerk auf die Behebung von Armut bei Kindern und Jugendlichen legen.

- 1020 • auch kleinere Kommunen dabei unterstützen, eine repräsentative Jugendvertretung
- 1021 zur Beteiligung bei kommunalen Entscheidungen zu etablieren.
- 1022 • die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienstleistende, wie z.B. Taschengeld und
- 1023 Fahrtkostenzuschüsse, verbessern.
- 1024 • unterstützen, dass jedes schulpflichtige Kind einen Zugang zu Breitbandinternet
- 1025 hat.
- 1026 • den Dialog des Landtages mit der jungen Generation durch moderne Formate
- 1027 ausweiten.

1028 **Kultur und Kulturentwicklung in Schleswig-Holstein**

1029 Kunst und Kultur sind von elementarer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Unsere
1030 vielfältige Kunst- und Kulturszene in Schleswig-Holstein ist nicht zuletzt auch ein
1031 wertvoller Bildungs- und Wirtschaftsmotor für unser Land. Die Sicherung der Vielfalt
1032 und der künstlerischen Freiheit im kulturellen Leben sowie der uneingeschränkte
1033 Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger ist ein Grundanliegen freiheitlicher Politik.

1034 Um die erkennbaren Veränderungen und Bedarfe in Kultur und Gesellschaft, insbesondere
1035 als Folge der Pandemie, zu bewerkstelligen und darauf angemessen reagieren zu können,
1036 soll eine Kulturentwicklungsplanung konkrete Zukunftsaussagen und Rahmenbedingungen
1037 schaffen. Wir schlagen die Implementierung einer Expertenkommission vor, um den
1038 Wiederanlauf des Kulturbetriebs zu unterstützen und langfristige Maßnahmen zu
1039 entwickeln sowie um die jeweiligen Kultursparten krisenfester für die Zukunft
1040 aufzustellen.

1041 Die vielfältige und wertvolle Kultur Schleswig-Holsteins lässt sich ohne die
1042 Unterstützung der öffentlichen Hand nicht erhalten. Finanzielle Planungssicherheit
1043 hat im Bereich der Kulturförderung einen hohen Stellenwert, daher sollten
1044 Förderprogramme auch für kleine Kulturunternehmen und Solo-Selbstständige zugänglich
1045 gemacht werden. Darüber hinaus muss eine effizientere Förderung und Weiterentwicklung
1046 der unterschiedlichen Kulturszenen sowie eine auskömmliche Förderung überregional
1047 bedeutender freier und kommunaler Kultureinrichtungen ermöglicht werden. Diese haben
1048 in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein gerade für regionale kulturelle Angebote
1049 vor Ort eine wichtige Aufgabe.

1050 Wir wollen

- 1051 • Kultur und kulturelle Institutionen nachhaltig fördern und stärken.
- 1052 • stärkere Gendergerechtigkeit, Diversität und Nachhaltigkeit fördern.
- 1053 • die Steigerung von digitalen Angeboten, vor allem bei der Ansprache neuer
- 1054 Zielgruppen und der Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen für
- 1055 Kulturschaffende.
- 1056 • die Ausbildung des musikalischen Nachwuchses an den Musikschulen
- 1057 zukunftsorientiert ausbauen, fördern und sicherstellen.
- 1058 • die Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Standortfaktor weiterentwickeln
- 1059 und eine stärkere Vernetzung der unterschiedlichen Kulturbereiche anstreben.

- 1060 • Medien- und Kulturbildung und den Zugang zu kulturellen Einrichtungen als Teil
1061 der Daseinsvorsorge betrachten.
- 1062 • Bibliotheken als hochmoderne und nachhaltige Informationszentren auf dem Weg in
1063 die Digitalisierung unterstützen und fördern.
- 1064 • Kinos als Orte der kulturellen und medialen Vielfalt gezielt fördern: Kinos
1065 erfüllen zudem mit anderen Kultureinrichtungen als Kulturknotenpunkte eine
1066 besondere strukturelle und kulturelle Funktion an ihrem Standort. Um die
1067 Sichtbarkeit des kulturell anspruchsvollen Kinofilms zu sichern, insbesondere
1068 auch außerhalb von Ballungsgebieten, soll ein entsprechendes Zukunftsprogramm
1069 entwickelt werden.
- 1070 • das Ehrenamt in der Kultur nachhaltig stärken und unterstützen: Das freiwillige
1071 kulturelle Engagement von zahlreichen Bürgerinnen und Bürger ermöglicht vielen
1072 Menschen freie Entfaltung, Verwirklichung und vor allem für unsere Kinder und
1073 Jugendlichen wertvolle Lernprozesse. Es bringt Menschen unabhängig von ihrem
1074 sozialen und kulturellen Hintergrund zusammen und fördert Toleranz.
- 1075 • kulturelle Leuchttürme wie z.B. das Schleswig-Holstein Musik Festival
1076 unterstützen.
- 1077 • die beiden künstlerischen Hochschulen des Landes stärken.

1078 **Erinnerungs- und Gedenkkultur in Schleswig-Holstein**

1079 Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat eine lange und bewegte
1080 Geschichte. Insbesondere die Aufarbeitung und Vermittlung des Unrechts des
1081 Nationalsozialismus und der DDR bleibt eine kontinuierliche Aufgabe. Einer
1082 zukunftsgerichteten, zeitgemäßen und lebendigen Gedenkkultur kann und darf sich
1083 unsere wandelnde Gesellschaft nicht verschließen. Es gilt mit konkreten Maßnahmen das
1084 Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft zu stärken. Geschichtliches Wissen ist die
1085 Voraussetzung einer historisch-politischen Bildungsarbeit. Die Zugänge zur Geschichte
1086 verändern sich mit jeder Generation und dem entstehenden Zeitabstand zu den
1087 historischen Ereignissen, daher muss sich auch die Vermittlungspraxis beständig
1088 modernisieren und weiterentwickeln.

1089 Jüdisches Leben war und ist ein wichtiger Teil Schleswig-Holsteins. Und das soll auch
1090 so bleiben. Die Shoah bleibt ein beispielloses Verbrechen in der
1091 Menschheitsgeschichte. Sie verpflichtet uns zu der Verantwortung, das Judentum in
1092 Schleswig-Holstein zu ermöglichen, zu schützen und zu fördern. Der Kampf gegen alten
1093 und neuen Antisemitismus ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er hat
1094 in unserer Gesellschaft keinen Platz und gegen dieses Denken muss mit aller
1095 Entschiedenheit vorgegangen werden. Besonders für nachfolgende Generationen müssen
1096 die Lehren aus unserer Geschichte greifbar bleiben. Hieraus ergibt sich die
1097 Notwendigkeit, neue Wege der Erinnerungskultur zu gehen und vielschichtige Prävention
1098 und Aufklärungsarbeit zu leisten. Diese Maßnahmen müssen sowohl bei der Kultur- und
1099 Museumsplanung als auch in Schulen und der Jugendarbeit Berücksichtigung finden.

1100 Wir wollen

- 1101 • neue Zugänge in der Erinnerungskultur schaffen, um unsere Demokratie zu stärken:
- 1102 Die Entwicklung einer transnationalen Erinnerungskultur, aber auch die digitale
- 1103 und interaktive, erlebnisorientierte Neukonzeption der Angebote müssen
- 1104 vorangetrieben werden. Allgemein gilt es, eine finanzielle Stärkung der
- 1105 Gedenkstätten und der Erinnerungsarbeit voranzutreiben, um auch für die digitale
- 1106 Ausgestaltung und Präsenz der Gedenkstätten zu sorgen (Augmented Reality,
- 1107 Gamification und Serious Games).
- 1108 • die Förderung der didaktischen Ausbildung von Lehrkräften, Dozentinnen und
- 1109 Dozenten sowie Mitarbeiterinnen Mitarbeitern in der Gedenkstättenpädagogik
- 1110 stärken.
- 1111 • die Restitution geraubter Kunstwerke durch die Unterstützung der hierfür
- 1112 zuständigen Einrichtungen weiter vorantreiben.
- 1113 • die Mittel für Provenienzforschung, gerade aus kolonialem Kontext, langfristig
- 1114 erhöhen.
- 1115 • die Kolonialzeit erinnerungspolitisch in den schleswig-holsteinischen Sammlungen
- 1116 schnellstmöglich aufarbeiten und nach internationalem Standard digital erfassen.
- 1117 • den Denkmalschutz dadurch stärken, indem wir für mehr Transparenz gegenüber den
- 1118 Eigentümern und faire Bedingungen für den Erhalt sorgen.

1119 **II. Vorankommen durch Leistung**

1120 **Liberale Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein: Wohlstand**

1121 **für alle**

1122 Die FDP Schleswig-Holstein bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft, die die
1123 Grundlage unseres Wohlstandes ist und für eine Wirtschaft steht, in der sich jede und
1124 jeder Einzelne bestmöglich wirtschaftlich entfalten kann. Dazu gehören für uns auch
1125 das klare Bekenntnis zum Rechtsstaat, zum Eigentum, zum fairen Wettbewerb, zur
1126 Sozialpartnerschaft und zu einer moderaten Steuerpolitik. Wir wollen eine möglichst
1127 freie Wirtschaft in Kombination mit fairen sozialen und nachhaltigen ökologischen
1128 Standards. Wir wollen die besten Bedingungen für Unternehmensgründungen, Start-Ups,
1129 unseren Mittelstand und auch für die Industrie, die in unserem Bundesland durchaus
1130 auch eine wichtige Rolle spielt und für viele qualifizierte und gut bezahlte
1131 Arbeitsplätze sorgt. Die vielen kleinen Betriebe und der Mittelstand bilden jedoch
1132 das Rückgrat unserer Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Wir werden deshalb weiterhin
1133 sehr konsequent an unserem Ziel arbeiten, das mittelstandsfreundlichste Bundesland in
1134 Deutschland zu sein – mit einer bestmöglichen Ausbildung, der Vermeidung von
1135 unnötiger Bürokratie und einer guten Infrastruktur, die wir weiter sanieren,
1136 modernisieren und ausbauen wollen. Von einer mittelstandsfreundlichen Landespolitik
1137 profitieren nicht nur die Unternehmen und ihre Beschäftigten, sondern das ganze
1138 Bundesland.

1139 Schleswig-Holstein hat in den kommenden Jahren herausragende Chancen für eine
1140 deutliche Steigerung der Wachstumsdynamik im Land. Diese Chancen wollen wir nutzen.

1141 Sie ergeben sich unter anderem auch aus der Erzeugung erneuerbarer Energien, weil
1142 dies bei der Standortsuche für viele Unternehmen inzwischen eine gewichtige Rolle
1143 spielt. Die Energieküste im Westen unseres Landes muss deshalb als Technologie- und
1144 Produktionsstandort, als Vorzeigeregion auch für die industrielle Erzeugung von
1145 Wasserstoff aus regenerativer Energie, und als Forschungsstandort für diese neuen
1146 Energietechnologien gestärkt und bekannt gemacht werden.

1147 Aber auch die Schaffung neuer Verkehrsachsen durch unser Land bieten herausragende
1148 Ansiedlungs- und Wachstumschancen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die
1149 Fehmarnbeltquerung, die zwischen Puttgarden und Hamburg attraktive Standorte hat und
1150 weitere schaffen muss, um Gewerbe-, Logistik- und Produktionsstandorte anzubieten.
1151 Neben der stärkeren Anbindung an den skandinavischen Raum ist aber für alle
1152 ansiedlungswilligen Unternehmen von zentraler Bedeutung, dass die Güterverkehre auch
1153 mit einer Nordumfahrung um Hamburg das Nadelöhr der Metropole vermeiden. Der Bau der
1154 A 20 mit der Elbquerung westlich von Hamburg bleibt deshalb für die zukünftige
1155 Wirtschaftskraft des Landes von grundlegender Bedeutung. Diese Chancen werden nur
1156 ergriffen werden können, wenn ein intelligentes Flächenmanagement etabliert wird, das
1157 Flächenverbrauchsziele definiert, die auch die bisherige Inanspruchnahme in unserem
1158 Land berücksichtigt, um nicht gegenüber anderen Bundesländern einen strukturellen
1159 Nachteil zu bewirken.

1160 **Lehren aus der Pandemie für unseren Wirtschaftsstandort**

1161 Die Pandemie hatte und hat auch erhebliche Auswirkungen auf unseren
1162 Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, z.B. durch die Veränderung weltweiter
1163 Lieferketten, die beschleunigte Digitalisierung der Arbeitswelt oder auch die
1164 Rückbesinnung vieler Menschen auf eine lebenswerte Umgebung. Auch die Landespolitik
1165 muss ihre Lehren aus dieser Entwicklung ziehen, auch wenn einige Trends mit dem
1166 Abflauen der Pandemie sicherlich relativiert oder sogar umgekehrt werden.

1167 Für uns steht fest, dass unser Bundesland eine sehr lebenswerte Region ist, die die
1168 veränderte Arbeitswelt im 21. Jahrhundert als große Chance erkennen- und nutzen muss.
1169 Der Trend zum Home-Office oder auch Co-Working-Spaces auch auf dem Dorf wird
1170 vermutlich anhalten und dürfte verstärkt dazu führen, dass viele hochqualifizierte
1171 Menschen unser Bundesland nach der Ausbildung nicht mehr so häufig verlassen oder
1172 auch hierher zurückkehren bzw. erstmalig nach Schleswig-Holstein ziehen werden, um
1173 hier zu leben und auch zu arbeiten. Der jahrzehntelange „Braindrain“ kann auch
1174 dadurch gestoppt werden. Diese neuen Möglichkeiten bestätigen uns in unserem Ehrgeiz,
1175 den Breitbandausbau durch Glasfaseranschlüsse weiter zu beschleunigen und bis zum
1176 Jahr 2025 nahezu flächendeckend abzuschließen. Die verschiedenen Regionen Schleswig-
1177 Holsteins müssen auch über eine gute und möglichst staufreie Verkehrsanbindung
1178 verfügen. Dafür brauchen wir weiterhin hohe Investitionen und auch endlich schnellere
1179 und digitale Planungs- und Genehmigungsverfahren. Zudem sollten wir offene Grenzen
1180 für Waren und Dienstleistungen innerhalb Europas noch konsequenter verteidigen und
1181 einfordern. Die von der Pandemie besonders betroffenen Betriebe aus den Bereichen
1182 Hotel- und Gaststättengewerbe, Einzelhandel oder auch Kultur sind jetzt besonders auf
1183 optimale Rahmenbedingungen angewiesen, für die wir sorgen wollen.

1184 **Zukünftiger Wohlstand für Schleswig-Holstein**

1185 Wovon wollen wir in Zukunft leben? Die nächsten Jahre werden durch die Mega-Trends
1186 demographischer Wandel, Klimawandel oder Digitalisierung Jahre des Umbruchs sein,
1187 deren Gestaltung entscheidend dafür sein wird, ob wir unseren Wohlstand sichern oder
1188 gar mehreren können. Wir sehen trotz der Herausforderungen viele Chancen für unseren
1189 Wirtschaftsstandort, die wir nutzen sollten. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur
1190 ist vor allem von vielen kleinen Unternehmen geprägt, was uns eine gewisse
1191 Krisenfestigkeit beschert, hat aber auch einige klare Schwerpunkte, die es in den
1192 nächsten fünf Jahren konsequent zu stärken gilt.

1193 Wir sehen da insbesondere die Energie-, die Gesundheits-, die Logistik- oder auch die
1194 Tourismuswirtschaft und die Ernährungsbranche. Aber auch unsere Hochschulen und
1195 Forschungseinrichtungen, wie z.B. das GEOMAR mit der Meeresforschung, bieten uns hier
1196 viele Möglichkeiten, um aus neuen Ideen, Entdeckungen und Entwicklungen tragfähige
1197 Geschäftsmodelle für die Zukunft werden zu lassen. Dafür wollen wir den Wissens- und
1198 Technologietransfer erheblich verbessern und Ausgründungen deutlich erleichtern. Wir
1199 sehen auch die Pharma- und die Chemische Industrie sowie die Medizin- und die
1200 Wehrtechnik (vor allem im Bereich Marineschiffbau) als wichtige Säulen unserer
1201 Wirtschaft.

1202 Unsere Westküste hat nicht nur im Tourismus und in der Landwirtschaft weiterhin
1203 großes Potenzial, sondern durch die Energiewirtschaft viele neue Entwicklungs- und
1204 Ansiedlungspotenziale. Diese Chancen wollen wir konsequent nutzen. Neben dem
1205 Hamburger Umland und den anderen Ballungsgebieten entstehen auch entlang der neu
1206 entstehenden Belttrasse in Richtung Skandinavien erhebliche Potenziale für neue
1207 Ansiedlungen und Entwicklungen.

1208 **Mittelstandsland Schleswig-Holstein**

1209 Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur ist sehr stark vom klassischen Mittelstand
1210 mit seinen kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Wir werden deshalb weiterhin
1211 sehr konsequent daran arbeiten, dass Schleswig-Holstein das mittelstandsfreundlichste
1212 Bundesland ist. Bei der Zahl der Unternehmensgründungen haben wir uns bereits auf
1213 einen Platz in den bundesweiten Top 3 hocharbeiten können. Wir erwarten jetzt von der
1214 Bundesebene weniger Bürokratie und bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Start-Ups
1215 und andere Gründungen und Betriebsübernahmen (z.B. auch im Handwerk).

1216 Um unnötige Bürokratie zu vermeiden, setzen wir uns für einen Abbau von
1217 Berichtspflichten (z.B. nur noch ein Adressat), für eine Vereinfachung des
1218 Steuerrechts, für ein effizientes und faires Vergaberecht, für eine einfache
1219 Beantragung von Fördergeldern und für die Digitalisierung der Verwaltung ein.
1220 Unternehmensgründungen und -übernahmen wollen wir vereinfachen und besser
1221 unterstützen. Die Wirtschaftsförderung wollen wir durch eine stärkere Unterstützung
1222 der WTSH und durch die Ausweisung geeigneter Gewerbeflächen unterstützen.

1223 Wir werden

- 1224 • die Ansiedlungsstrategie des Landes konsequent fortsetzen und weiterentwickeln
1225 und hierfür auch die WT.SH dauerhaft besser ausstatten, um vor allem

- 1226 Ansiedlungen aus dem Ausland noch zielgerichteter umsetzen zu können.
- 1227 • die landesweite Gewerbeflächendatenbank konsequent vorantreiben.
- 1228 • den Mittelstandsbeirat des Wirtschaftsministeriums als wichtiges
- 1229 Abstimmungsgremium mit Mittelstandsvertretern fortführen.
- 1230 • bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen schaffen (z.B. durch
- 1231 bessere Finanzierungsinstrumente, Beratungsangebote oder Beteiligung der
- 1232 Hochschulen an Ausgründungen).
- 1233 • die Cluster und somit besonderen Stärken des Landes evaluieren, ggf. noch
- 1234 stärker in den Fokus rücken und dauerhaft unterstützen.
- 1235 • das Standortmarketing unseres Bundeslandes weiter verbessern (z.B. bei der
- 1236 Dachmarke, beim Auftritt auf Messen oder auch durch Auslandsbüros).
- 1237 • im Bundesrat auf Mittelstandsfreundlichkeit der Gesetze achten.
- 1238 • die Freien Berufe durch bestmögliche Rahmenbedingungen stärken.

1239 **Unser Handwerk stärken**

- 1240 Innerhalb unseres Mittelstandes hat das Handwerk seit jeher eine enorme Bedeutung und
- 1241 muss deshalb auch besonders im Fokus einer verlässlichen und mittelstandsfreundlichen
- 1242 Wirtschaftspolitik stehen. Für uns muss das Land ein sehr verlässlicher
- 1243 Ansprechpartner für das Handwerk bleiben und die gute Zusammenarbeit weiter ausbauen.
- 1244 **Wir werden**
- 1245 • die Rahmenbedingungen für das Handwerk bei allen politischen Entscheidungen im
- 1246 Blick haben.
- 1247 • dem Fachkräfte- und Rohstoffmangel durch geeignete Maßnahmen begegnen.
- 1248 • unnötige Bürokratie abbauen und die Digitalisierung auf allen Ebenen
- 1249 vorantreiben.
- 1250 • die Berufliche Bildung, um die wir weltweit beneidet werden, weiter stärken,
- 1251 modernisieren und die Bedingungen verbessern (so wollen wir z.B. den Trave-
- 1252 Campus in Lübeck realisieren).
- 1253 • die Meistergründungsprämie fortsetzen. Ein Meister ist für uns genauso viel wert
- 1254 wie ein Master.
- 1255 • das Gemeindefortschrittsrecht so gestalten, dass es einen fairen Wettbewerb mit
- 1256 kommunalen Unternehmen gibt.
- 1257 • wichtige Finanzierungsinstitute wie die Bürgschaftsbank, die Mittelständische
- 1258 Beteiligungsgesellschaft und die Investitionsbank mit passgenauen
- 1259 Finanzierungsinstrumenten stärken.
- 1260 • bei der Unternehmensnachfolge unterstützen durch Beratungsangebote in
- 1261 Zusammenarbeit mit den Kammern aber auch mit Finanzierungsinstrumenten, z. B.
- 1262 zur Übernahme von Betrieben durch leitende Angestellte oder junge
- 1263 Unternehmerinnen und Unternehmer.
- 1264 • die berufsorientierenden Initiativen in Schulen verstärken (z.B. durch mehr

1265 Praktika und Kooperationen mit örtlichen Betrieben und mehr Präsenz- und
1266 Darstellungsmöglichkeiten für Unternehmen in unseren Schulen).

1267 • das Vergaberecht weiterhin wirtschaftsfreundlich gestalten, damit auch kleine
1268 Betriebe von öffentlichen Aufträgen profitieren können. Das Investitionsniveau
1269 von Land und Kommunen wollen wir erhöhen.

1270 • Weiterbildungsangebote ausbauen und die Begabtenförderung in der Beruflichen
1271 Bildung vorantreiben.

1272 • die Schwarzarbeit konsequent bekämpfen.

1273 • die Mobilität des Handwerks sichern (z.B. durch Gewährleistung des

1274 Handwerksverkehrs auch in Stadtzentren).

1275 Schleswig-Holsteins industriellen Kern stärken

1276 Unser Bundesland ist auch Industriestandort mit vielen hochqualifizierten und gut
1277 bezahlten Arbeitsplätzen. Diese wichtigen industriellen Kerne wollen wir weiter
1278 stärken. Dazu gehören namhafte Produzenten z.B. in den Bereichen Energie,
1279 Medizintechnik, Chemie, Pharma, Ernährung, Wehrtechnik, Maschinen-, Lokomotiv-,
1280 Fahrzeug- oder auch Schiffbau. Wir werden das „Bündnis für Industrie.SH“ fortführen
1281 und stetig weiterentwickeln und z.B. die Ausbildung von Fachkräften stärken,
1282 notwendige Flächen bereitstellen und die Digitalisierung weiter vorantreiben. Wir
1283 werden uns für wettbewerbsfähige Energiepreise, zuverlässige Lieferketten und einen
1284 fairen Freihandel einsetzen und außerdem

1285 • industrielle Wertschöpfung vor Ort erhalten.

1286 • neue Industrieansiedlungen ermöglichen und dazu auch administrative Hürden
1287 reduzieren sowie Förderinstrumente anpassen.

1288 • das wichtige Industriegebiet Brunsbüttel stärken, indem die Straßen- sowie die
1289 Schienenanbindung verbessert und auch die Erzeugung und Nutzung von Erneuerbaren
1290 Energien vor Ort ermöglicht wird.

1291 • die Forschungsausgaben erhöhen, mehr Innovationen ermöglichen und Reallabore
1292 nutzen.

1293 • das Potenzial im Bereich der Forschung und Fertigung von Batteriezellen nutzen,
1294 um so Neuansiedlungen zu ermöglichen. Schleswig-Holstein bietet hierfür beste
1295 Voraussetzungen.

1296 Gründungen noch besser unterstützen

1297 Innovative Ideen, aus denen neue Geschäftsfelder und Unternehmen entstehen, sind ein
1298 Motor für Wachstum und Wohlstand und somit für die gesamte Gesellschaft von großer
1299 Bedeutung. Schleswig-Holstein hat sich im Gründungsgeschehen innerhalb der letzten
1300 Jahre sehr gut entwickelt. Daran wollen wir anknüpfen. Insbesondere die Stärken im
1301 Land wie z.B. Gesundheit, Medizintechnik, Energie und Digitalwirtschaft, aber auch
1302 Tourismus und Gastronomie sollen im Fokus stehen.

1303 Wir werden

- 1304 • die Start-Up-Förderung des Landes weiter ausweiten.
- 1305 • Start-Ups und Unternehmensnachfolge stärker miteinander verzahnen.
- 1306 • die Patentregelungen für Ausgründungen aus den Hochschulen für Gründungswillige
1307 attraktiver gestalten und Beteiligungen von Hochschulen erleichtern.
- 1308 • das Thema Entrepreneurship Education in den Schulen ausweiten und in den
1309 Hochschulen mehr Gründungsberatung ermöglichen (z.B. im Rahmen eines
1310 Gründungssemesters).
- 1311 • das Zusammenwirken der öffentlichen Verwaltung mit Start-Ups bei der Bewältigung
1312 von Herausforderungen und Prozessoptimierung verbessern und Best-Practice-
1313 Projekte initiieren.
- 1314 • neue Technologien besonders fördern (z.B. im Bereich Künstliche Intelligenz,
1315 Quantencomputing/Quantentechnologie, Robotik, Drohnen, 3D-Druck oder auch
1316 Bionik).
- 1317 • die Möglichkeiten für die Finanzierung durch Wagniskapital verbessern und gerade
1318 für die Seed- und Startup-Phase nutzbar machen.

1319 **Infrastrukturausbau als Kern unserer Wirtschaftspolitik**

1320 Zentrales Element unserer Wirtschaftspolitik und unserer Investitionen muss der
1321 Ausbau und die Modernisierung unserer Infrastruktur bleiben. Dies gilt für Straßen,
1322 die gerade im ländlichen Raum auch zukünftig die zentrale Rolle für die Mobilität der
1323 Menschen spielen werden, genauso wie für den Ausbau der Schienen- und der
1324 Radverkehrsinfrastruktur im Land. Es gilt aber auch für den Glasfaserausbau als
1325 Grundlage für die Digitalisierung aller gesellschaftlicher Bereiche. Der erarbeitete
1326 Vorsprung im Glasfaserausbau gegenüber den anderen Bundesländern darf nicht zur
1327 Reduzierung der Anstrengungen führen, sondern muss konsequent am Ziel ausgerichtet
1328 bleiben, bis zum Jahr 2025 den Glasfaserausbau nahezu flächendeckend realisiert zu
1329 haben. Auch in der Förderpolitik sollen Infrastrukturmaßnahmen die klare Priorität
1330 gegenüber Maßnahmen einzelbetrieblicher Förderung haben. Mit Förderungen von
1331 Gewerbegebieten, Umbau- und Ausbaumaßnahmen im Bereich der Häfen sowie der
1332 touristischen Infrastruktur, gerade auch im Binnenland, schaffen wir die Grundlagen
1333 weiterer wirtschaftlicher Prosperität.

1334 **Mehr Mobilität für Schleswig-Holstein**

1335 Wir haben in den letzten fünf Jahren in der Verkehrspolitik des Landes viel
1336 vorangebracht: Die Planung der großen Straßen- und Schieneninfrastrukturprojekte
1337 vorangetrieben, kommunale und Landesstraßen umfangreich saniert, neue Radwege
1338 geschaffen, Bahnstrecken reaktiviert oder ausgebaut und auch den ÖPNV durch modernere
1339 Fahrzeuge, bessere Taktungen und günstigere Tickets (Job- und Semesterticket)
1340 attraktiver gemacht. Aber es gibt aber nach wie vor viel zu tun, denn nahezu jede
1341 Region in Schleswig-Holstein hat bei der Mobilität weiterhin erheblichen
1342 Verbesserungsbedarf: In Ballungsgebieten steht man noch immer zu viel im Stau, die
1343 Bahn sorgt für Frust bei Pendlern und Touristen und es fehlt an Radverbindungen. Aus

1344 diesem Grund brauchen wir weiterhin hohe Investitionen in Sanierung, Modernisierung
1345 und Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur. Wir werden die verschiedenen Verkehrsträger
1346 nicht gegeneinander ausspielen. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und es
1347 gibt weiterhin in allen Bereichen Verbesserungsbedarf. Wir wollen die Mobilität der
1348 Menschen nicht einschränken oder verhindern, sondern erleichtern und
1349 klimafreundlicher gestalten – ganz egal, ob jung oder alt, in der Stadt oder auf dem
1350 Land.

1351 **Planungsrecht vereinfachen, Beteiligung sicherstellen**

1352 Wir fordern eine deutliche Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren bei
1353 Verkehrsprojekten. Das Planungsrecht in Deutschland ist leider zu einem
1354 Verhinderungsrecht geworden: Planungs- und Genehmigungsprozesse sind viel zu
1355 kompliziert und dauern dadurch viel zu lange. Dies ist nicht nur für die Mobilität
1356 der Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung ein massives Problem, es führt auch
1357 zu sehr viel Frust bei den Bürgerinnen und Bürgern und weniger Vertrauen in die
1358 demokratischen Entscheidungsprozesse. Dies wollen wir schnellstmöglich ändern. Wir
1359 werden deshalb auf Landesebene alles dafür tun, um Planungen sinnvoll zu vereinfachen
1360 und vor allem den Bund dabei unterstützen, dieses wichtige Vorhaben in die Tat
1361 umzusetzen. Wir wollen durch digitale Auslegung von Planungsunterlagen eine moderne
1362 Bürgerbeteiligung sicherstellen. Auch die Umweltbelange sollen angemessen
1363 berücksichtigt werden. Dafür wollen wir die Verbände sehr frühzeitig einbinden. Die
1364 Beteiligung von betroffenen Anwohnern und Verbänden kann durch frühzeitige
1365 Beteiligung sogar verbessert werden. Wir sollten uns bei den Planungsverfahren auch
1366 an EU-Staaten wie z.B. Dänemark orientieren. Für notwendig erachten wir die
1367 Einführung einer Stichtagsregelung, durch die neue rechtliche Vorgaben keine
1368 Auswirkungen mehr auf die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses haben.
1369 Zudem fordern wir neben der Ausweitung der Legalplanung auch die Wiedereinführung der
1370 materiellen Präklusion mit einer frühzeitigen Mitwirkungspflicht von Verbänden, die
1371 ansonsten auf ihr Klagerecht verlieren würden.

1372 **Modernes Baustellenmanagement**

1373 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen, dem Bund und idealerweise auch mit Hamburg
ein
1374 landesweites digitales Baustellenmanagement etablieren, um die verschiedenen
1375 Baustellen bestmöglich miteinander zu koordinieren. Dies soll unnötige Staus
1376 verhindern und Einschränkungen minimieren. Zudem werden wir die zeitlichen Rahmen für
1377 Bautätigkeiten (z.B. durch Nachtbaustellen) ausweiten.

1378 **Technologieoffenheit sicherstellen**

1379 Wir wollen die Mobilität nicht ideologisch motiviert verhindern, sondern umwelt- und
1380 klimafreundlicher gestalten. Dabei sind wir technologieoffen und werden z.B.
1381 wasserstoffbasierte Antriebe ebenso unterstützen wie die E-Mobilität und den Aufbau
1382 der benötigten Tankstellen- bzw. Ladesäuleninfrastruktur unterstützen. Dies gilt auch
1383 für klimafreundliche bzw. klimaneutrale Schiffsantriebe.

1384 **Verkehrssicherheit erhöhen**

1385 Wir wollen die Verkehrssicherheit durch geeignete Maßnahmen weiter erhöhen. Deshalb
1386 werden wir bauliche Maßnahmen wie entsprechende Beleuchtung, Leitplanken oder auch
1387 sichere Radwege unterstützen. Für sinnvoll erachten wir aber auch moderne
1388 Verkehrsleitsysteme, Abbiegeassistenten bei LKW und den Einsatz von Blitzern an
1389 sensiblen Stellen wie z.B. Kindergärten oder Schulen. Besonders wichtig ist uns die
1390 Prävention und eine zeitgemäße Verkehrserziehung. Hierfür werden wir auch die Arbeit
1391 der Landesverkehrswacht stärken. Zudem werden wir auch in den kommenden Jahren
1392 Dialog-Displays kostenlos für interessierte Kommunen zur Verfügung stellen, um die
1393 innerörtliche Verkehrssicherheit zu erhöhen.

1394 **Straßenbau weiter voranbringen**

1395 Wir bekennen uns ausdrücklich zum motorisierten Individualverkehr. Ohne Auto wird es
1396 in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein keine faire und angemessene Mobilität
1397 geben. Anstatt den Straßenverkehr künstlich zu erschweren, wollen wir diesen sicherer
1398 und klimafreundlich machen. Auch in den Städten muss es neben einem starken ÖPNV
1399 einen fließenden Straßenverkehr geben. Die Stauzeiten müssen durch geeignete
1400 Maßnahmen verringert und nicht künstlich erhöht werden. Der Umstieg auf Bus und Bahn
1401 oder aufs Rad muss durch attraktivere Angebote erreicht werden und nicht durch
1402 Drangsalierung von Autofahrern. So setzen wir uns auch für angemessene Kosten beim
1403 Anwohnerparken ein.

1404 Wir werden

- 1405 • die Landesstraßenstrategie bis 2030 konsequent fortsetzen und das
1406 Landesstraßennetz mit jährlich mindestens 100 Mio. Euro sehr zielstrebig weiter
1407 sanieren und modernisieren.
 - 1408 • die Sanierung und Modernisierung kommunaler Straßen ebenso weiter vorantreiben.
 - 1409 • den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) bestmöglich ausstatten.
 - 1410 • Für eine enge Zusammenarbeit des Landes mit der DEGES und der Autobahn GmbH des
1411 Bundes sorgen.
- 1412 Ein klares Bekenntnis der aktuellen Bundesregierung zu den Projekten des
1413 Bundesverkehrswegeplans ist für uns selbstverständlich. Der Bund ist auch in der
1414 Pflicht, für seine Infrastrukturprojekte im Land ausreichende Planungskapazitäten
1415 bereitzustellen. Im Straßenbereich sind dies vor allem
- 1416 • der schnellstmögliche Weiterbau der dringend benötigten Ost-West-Verbindung A20
1417 über die A7 und die Elbe nach Niedersachsen.
 - 1418 • das sechsspurige Ersatzbauwerk für die marode Rader Hochbrücke an der A7, der
1419 Weiterbau der A21 nach Kiel und im Süden des Landes bis nach Niedersachsen.
 - 1420 • ein weiterer Ausbau der B5 in Nordfriesland sowie der dreispurige Ausbau der B5
1421 zwischen Wilster und Brunsbüttel.
 - 1422 • verschiedene Ortsumgehungen wie z.B. in Geesthacht, Lauenburg und Schwarzenbek.

1423 **Schienenverkehr und ÖPNV**

1424 Die FDP Schleswig-Holstein sieht beim Schienenverkehr in Schleswig-Holstein
1425 erheblichen Verbesserungsbedarf und sehr großes Potenzial. Die Schieneninfrastruktur
1426 und Bahnhöfe müssen hierfür deutlich schneller modernisiert werden. Die
1427 Elektrifizierung der Bahnstrecken muss erheblich ausgeweitet werden, was nicht nur
1428 für die Marschbahnstrecke gilt, sondern beispielsweise auch für die Strecke Kiel-
1429 Lübeck oder Neumünster-Bad Oldesloe. Die Marschbahn muss zudem schnellstmöglich
1430 zwischen Klanxbüll und Westerland zweigleisig ausgebaut werden, um die anhaltenden
1431 Ausfälle auf dieser Strecke zu verringern.

1432 Wir werden

- 1433 • den Landesnahverkehrsplan (LNVP) konsequent umsetzen, um zahlreiche Angebote und
1434 Taktungen zu verbessern.
- 1435 • bis zum Jahr 2027 den Schienenpersonenverkehr in Schleswig-Holstein vollständig
1436 emissionsfrei gewährleisten.
- 1437 • die Elektrifizierung und den vollständigen zweigleisigen Ausbau der Marschbahn
1438 prioritär verfolgen.
- 1439 • den S-Bahn-Ausbau im Hamburger Umland (S21, S4 (Ost), aber auch S4 (West –
1440 zweigleisig bis nach Elmshorn) vorantreiben.
- 1441 • die Qualität der Fahrzeuge verbessern (Barrierefreiheit, Sauberkeit, Sicherheit,
1442 WLAN).
- 1443 • das Ausbau- und Sanierungsprogramm für unsere Bahnhöfe und Haltepunkte
1444 konsequent vorantreiben.
- 1445 • die Digitalisierung auch beim Ticketing vorantreiben.
- 1446 • bei den Antrieben auf Klimafreundlichkeit und Technologieoffenheit setzen.
- 1447 • uns für mehr Wettbewerb im Nahverkehr einsetzen.
- 1448 • einen gemeinsamen Tarifverbund mit Hamburg anstreben.
- 1449 • stillgelegte Bahnlinien reaktivieren, wenn dies auch wirtschaftlich tragfähig
1450 ist.
- 1451 • uns beim Bund für weitere Verbesserungen im Fernverkehr einsetzen, was
1452 insbesondere für die ICE-Anbindungen gilt.

1453 **Feste Fehmarnbeltquerung**

1454 Die FDP Schleswig-Holstein bekennt sich zur Realisierung des deutsch-dänischen
1455 Jahrhundertprojekts Feste Fehmarnbeltquerung, das eine hohe Bedeutung für unser
1456 Bundesland hat und uns neue wirtschaftliche und kulturelle Chancen bringen wird. Es
1457 handelt sich um ein wichtiges europäisches Schienen-/Straßenverkehrsprojekt, das
1458 Mitteleuropa und Skandinavien deutlich besser miteinander verbinden wird. Wir setzen
1459 uns für eine leistungsfähige Sundquerung und Hinterlandanbindung mit übergesetzlichen
1460 Lärmschutzmaßnahmen ein. Wir setzen auf einen fairen Dialog mit den Kritikern des
1461 Projekts und wollen die neuen Chancen gerade auch für Ostholstein und Lübeck nutzen.
1462 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass entlang dieser zentralen europäischen
1463 Verkehrsachse auch ausreichend Gewerbeflächen geschaffen werden. Die Trasse muss

1464 hierfür in der Landes- und Regionalplanung besonders hervorgehoben werden.

1465 **Busverkehre und neue Formen der Mobilität**

1466 Wir unterstützen neue Mobilitätskonzepte gerade für den ländlichen Raum wie z.B.
1467 Bürgerbusse. Wir haben bei der NAH.SH das Kompetenzzentrum zur Unterstützung der
1468 Kommunen bei der Erarbeitung moderner Mobilitätskonzepte aufgebaut und Modellprojekte
1469 für benutzerdefinierte Verkehre (on demand) gestartet. Wir wollen diese Unterstützung
1470 der Kommunen durch gezielte Fördermöglichkeiten weiter ausbauen. Ziel muss es sein,
1471 auch im ländlichen Raum an allen Wochentagen und zu allen Tageszeiten ein Angebot
1472 vorzuhalten, das auf Abruf und mit einer Vorlaufzeit von einer Stunde die Mobilität
1473 aller Bürgerinnen und Bürger gewährleistet (Mobilitätsgarantie).

1474 Zudem werden wir Projekte im Bereich autonomes Fahren unterstützen, was auch für die
1475 Schifffahrt (z.B. im Bereich kleinerer Fähren) interessant ist. Die Elektromobilität
1476 soll durch einen Ausbau der Ladeinfrastruktur einen großen Schub erhalten. Auch die
1477 Busverkehre wollen wir gemeinsam mit den Kommunen umweltfreundlicher,
1478 fahrgastfreundlicher und moderner aufstellen. Dies ist gerade für den ländlichen Raum
1479 und die Schülerverkehre von großer Bedeutung.

1480 **Radverkehr stärken**

1481 Dem Radverkehr kommt in Schleswig-Holstein generationsübergreifend und in Stadt und
1482 Land eine immer größere Bedeutung zu. Diese Entwicklung unterstützen wir sehr.
1483 Deshalb werden wir die Radstrategie Schleswig-Holstein 2030 konsequent umsetzen und
1484 dabei z.B.

- 1485 • den Anteil des Radverkehrs bis 2030 auf 30% erhöhen.
- 1486 • das landesweite Radverkehrsnetz weiterentwickeln.
- 1487 • die Sicherheit der Radfahrer erhöhen.
- 1488 • die Verknüpfung mit dem ÖPNV verbessern.
- 1489 • die Qualität der Radwege landesweit erfassen und verbessern und z.B. bei der
1490 Sanierung der Landesstraßen die Radwege gleich mit sanieren.
- 1491 • mehr Fernradwege realisieren.
- 1492 • Veranstaltungen und Kampagnen zur Radverkehrsförderung durchführen.
- 1493 • eine landesweite Daten- und Informationsplattform zum Radverkehr aufbauen.
- 1494 • Touristische Qualitätsradwege entwickeln und ausbauen und innerhalb der
1495 nächsten Jahre unter die TOP 3 der touristischen Raddestinationen aufsteigen.

1496 **Häfen und Wasserstraßen**

1497 Schleswig-Holstein verfügt über eine Vielzahl an Häfen, deren Größe und Konzepte
1498 stark variieren. Wir wollen die Verkehrsanbindung der Häfen verbessern und dabei auch
1499 die Nutzung des Güterverkehrs dabei stärken. Für unsere Wasserstraßen ist in der
1500 Regel der Bund zuständig. Eine besondere Bedeutung hat natürlich der Nord-Ostsee-
1501 Kanal, der möglichst schnell modernisiert und ausgebaut werden muss. Ein besonderes

1502 Augenmerk gilt hierbei der Sanierung und der Erneuerung der Brücken und Schleusen.
1503 Hier darf es zukünftig zu keinen zustandsbedingten Ausfällen mehr kommen. Einem
1504 Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals durch den Bund stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

1505 **Luftverkehr**

1506 Wir bekennen uns zum Luftverkehr und seinen Standorten in unserem Bundesland wie z.B.
1507 Lübeck, Kiel oder auch Sylt. Der Luftverkehr kann in den nächsten Jahren z.B. durch
1508 synthetische Kraftstoffe zunehmend umwelt- und klimafreundlicher werden, was wir sehr
1509 unterstützen. Hierzu schlagen wir eine norddeutsche Zusammenarbeit bei der
1510 Entwicklung und Produktion vor. Der wichtigste Flughafen im Norden ist der Hamburg
1511 Airport Helmut Schmidt, zu dem wir noch bessere Anbindungen unterstützen wollen. Dies
1512 gilt aber zunehmend auch für die dänischen Flughäfen in Billund und auch in
1513 Kopenhagen, der perspektivisch durch die Realisierung der Festen Fehmarnbeltquerung
1514 auch für Schleswig-Holstein interessant wird.

1515 **Landesplanung: Mehr Flexibilität für mehr Vielfalt**

1516 Wir haben den Landesentwicklungsplan modernisiert und weiter flexibilisiert. Damit
1517 werden wichtige Voraussetzungen für mehr Wirtschaftswachstum, den Erhalt der
1518 natürlichen Lebensgrundlagen und die Sicherung der Daseinsvorsorge in Schleswig-
1519 Holstein geschaffen. Der Landesentwicklungsplan fördert zudem neue Denkansätze und
1520 Chancen, aber auch mehr kommunale Eigenverantwortung und eine intensivere
1521 interkommunale Zusammenarbeit. Das Herzstück ist die bundesweit erstmalig verankerte
1522 Experimentierklausel. Die Regionalpläne sind nun aus dem Landesentwicklungsplan
1523 heraus zu entwickeln. Wir setzen uns für möglichst schlanke, flexible Regionalpläne
1524 ein, die gemeinsam mit den Akteuren vor Ort erarbeitet und zeitnah beschlossen werden
1525 sollen.

1526 Wir werden

- 1527 • eine zukunftsgerichtete Landesplanung etablieren, die auf neue Entwicklungen
1528 schnell reagiert und Plananpassungen oder Zielabweichungen unkompliziert möglich
1529 macht.
- 1530 • die Landesplanung in das Wirtschaftsministerium verlagern und eine gemeinsame
1531 Landesplanung mit Hamburg anstreben.
- 1532 • die Experimentierklausel konsequent nutzen, um neue Entwicklungen auch in die
1533 Praxis umzusetzen.
- 1534 • den wohnbaulichen Entwicklungsrahmen, die definierte Flächenneuanspruchnahme
1535 und das Thema Einzelhandel im Landesentwicklungsplan zeitnah evaluieren und
1536 lockern.
- 1537 • die Schaffung von neuen Gewerbeflächen flexibel und bedarfsgerecht ermöglichen.
- 1538 • die Räume entlang der Landesentwicklungsachsen für Wachstumschancen nutzen und
1539 weiterentwickeln.
- 1540 • die Rohstoffgewinnung in den Regionalplänen absichern, die Flächenanzahl für
1541 mehr Versorgungssicherheit erhöhen und schlanke Genehmigungsverfahren

1542 sicherstellen.

1543 • die Rohstoffsicherung und -gewinnung technologieoffen und ideologiefrei angehen.

1544 **Unsere Innenstädte beleben**

1545 Die Innenstädte unterliegen auch in Schleswig-Holstein einem spürbaren Wandel. Diesen
1546 wollen wir gestalten, denn die Veränderungen im Einkaufsverhalten und Arbeitsleben
1547 lassen sich kaum aufhalten und wurden durch die Pandemie noch einmal erheblich
1548 beschleunigt. Wir sehen aber dennoch großes Potenzial für attraktive Innenstädte, die
1549 jedoch anders funktionieren werden als in früheren Jahrzehnten. So wollen wir z.B.
1550 das Wohnen in den Innenstädten und neue Konzepte im Bereich Gewerbe oder Gastronomie
1551 unterstützen. Auch Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen könnten wieder verstärkt
1552 in den Innenstädten angesiedelt werden. Die Städtebauförderung muss verstärkt auf
1553 moderne Konzepte ausgerichtet werden. Dafür werden wir uns auch auf der Bundesebene
1554 einsetzen. Wir wollen die Öffnungszeiten flexibilisieren und moderne Verkehrs- und
1555 Parkleitsysteme und Online-Angebote wie „Digitale Duplikate“ der Innenstädte fördern.

1556 **Tourismus gemeinsam nachhaltig entwickeln**

1557 Der Tourismus ist im Land zwischen den Meeren ein überaus wichtiger Wirtschaftszweig.
1558 Der Tourismus soll durch seine Wirtschaftskraft und Steigerung der Lebensqualität
1559 auch für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einen Zugewinn bedeuten. Wir wollen den
1560 Tourismus in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Branche und den Bürgerinnen und
1561 Bürgern nachhaltig weiterentwickeln und den ersten Platz im Bundesländervergleich bei
1562 der Kundenzufriedenheit erreichen.

1563 Die Bedeutung des Tourismus für unser Land immer wieder und insbesondere auf
1564 kommunaler Ebene zu thematisieren, ist eine Aufgabe für alle Akteure, nicht nur für
1565 die aus dem Tourismus. Wir wollen erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die
1566 Bedeutung des Tourismus auch für die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung
1567 noch stärker zu kommunizieren und zu verdeutlichen. Nur so werden wir die notwendige
1568 Akzeptanz für neue Projekte im Tourismus erzeugen, die wir dringend brauchen, weil
1569 höchste Qualität und moderne Angebote auch bei Beherbergungsbetrieben die
1570 Voraussetzungen für eine stabile und nachhaltige Tourismuswirtschaft sind. Wir werden
1571 dazu die Budgets unserer Vermarktungsorganisationen auch für eine gezielte
1572 Binnenkommunikation erhöhen. Um die konsequente Umsetzung der Tourismusstrategie zu
1573 gewährleisten, wollen wir ein Kompetenzzentrum Tourismus im Land schaffen, das auch
1574 die Vernetzung und den Know-how-Austausch zwischen den zumeist mittelständischen
1575 Betrieben verstärken soll. Die Organisationsform ist dabei so zu wählen, dass
1576 möglichst vorhandene Strukturen genutzt oder eingebunden werden sollen.

1577 **Tourismus als Standortvorteil weiterentwickeln**

1578 Die Weiterentwicklung des Tourismus und Investitionen in den Destinationen sind nur
1579 mit der Bevölkerung möglich. Wir wollen die Akzeptanz für Entwicklungspotenziale
1580 erhöhen, indem wir bei jeder Maßnahme den Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger in
1581 den Vordergrund stellen. Investitionen an Tourismusstandorten sollen auch die

1582 Lebensqualität der Menschen vor Ort erhöhen. Temporär für die Urlauberinnen und
1583 Urlauber – dauerhaft für die Menschen mit Erstwohnsitz. Deshalb werden wir weiterhin
1584 in unsere Destinationen investieren, damit in Schleswig-Holstein nicht nur die
1585 glücklichsten Menschen leben, sondern auch die zufriedensten Urlauberinnen und
1586 Urlauber zu Gast sind.

1587 **Das Binnenland als touristischen Rohdiamanten weiterentwickeln**

1588 Durch die weitere Stärkung der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH (TASH) als
1589 touristische Landesmarketingorganisation bringen wir die überregionale Vermarktung
1590 des Reiselandes Schleswig-Holstein weiter voran. Wir fördern eine weitere Vernetzung
1591 der lokalen Tourismusorganisationen, um dem Urlauber ein vielfältiges und
1592 überregionales Angebot anbieten zu können. Wir wollen das große Entwicklungspotenzial
1593 für unser Binnenland durch die Wachstumspotenziale beim Camping, Rad- und
1594 Wanderurlaub nutzen. Beispielsweise die Orte im Umkreis der Seen in der
1595 Holsteinischen Schweiz sowie der Flüsse Eider/Treene/Sorge gilt es touristisch
1596 weiterzuentwickeln.

1597 **Landgasthöfe sind unser Markenzeichen**

1598 Unsere Landschaft ist geprägt durch unsere Landgasthöfe. Wir wollen unsere
1599 Landgasthöfe unterstützen, damit diese flächendeckend erhalten bleiben.
1600 Glasfaserausbau bis zum letzten Hof, Radwegeausbau, Vernetzung der lokalen
1601 Tourismusorganisationen und Förderung des Campings tragen dazu bei, dass das
1602 touristische Einzugsgebiet des Urlaubers größer wird.

1603 **Fachkräftegewinnung durch Attraktivitätssteigerung**

1604 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gastronomie und der Hotellerie sind
1605 Beschäftigte eines der wichtigsten Wirtschaftszweige unseres Landes. Wir wollen die
1606 Attraktivität der Branche steigern. Hierzu werden wir Schleswig-Holstein konsequent
1607 als Ganzjahresdestination weiterentwickeln, um Ganzjahresbeschäftigungen zu
1608 erreichen. Wir werden die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum im Einzugsbereich
1609 der Arbeitsstätte fördern und nach dem Motto „Arbeiten wo andere Urlaub machen“ die
1610 Erarbeitung von „Work-Life-Balance-Angeboten“ zur Erhöhung der Attraktivität der
1611 Regionen für Beschäftigte in der Gastronomie und Hotellerie unterstützen. Wir werden
1612 den Tourismus innerhalb der Fachkräfteinitiative des Landes weiterhin als eine der
1613 zentralen Schwerpunktbranchen stärken.

1614 **Radtourismus stärken**

1615 Die Pandemie hat nicht nur das klassische Radfahren, sondern auch den Trend zum E-
1616 Biking beschleunigt. Wir wollen, dass der Tourismus in unserem Land hiervon
1617 profitiert. Wir nutzen die Chance, durch das vermehrte E-Biking das Einzugsgebiet für
1618 Tagesausflüge zu erhöhen. Die touristische Vernetzung der Küste mit dem Binnenland
1619 mit seinen Flüssen, Seen und Landgasthöfen unterstützen wir durch die TASH und die
1620 zügige Umsetzung unserer Radwegestrategie und werden Schleswig-Holstein unter die TOP
1621 3 der Bundesländer im Rad-Tourismus bringen. Wir werden den Ausbau von Bike+Ride-

1622 Anlagen und des Radwegenetzes im Land weiter voranbringen, Radfernwege zu
1623 Qualitätsradrouten weiterentwickeln (z.B. Attraktivitätssteigerung des Ostseeküsten-
1624 Radweges und des Ochsenweges), die Weiterentwicklung und Erhöhung des Standards des
1625 landesweiten Radverkehrsnetzes unterstützen, und die bundesweite Wahrnehmung
1626 Schleswig-Holsteins als Radtourismusdestination stärken.

1627 **Workation**

1628 Wir erkennen Workation als neuen Trend in der Tourismusbranche, bei dem Arbeit
1629 (=work) und Urlaub (=vacation) im Wechsel stattfinden. Mittels der Förderung der
1630 Ansiedlung von Co-Working-Spaces und der Digitalisierung der touristischen Regionen
1631 wollen wir dieses neue touristische Potenzial für unser Land nutzen.

1632 **Camping**

1633 Wir sind überzeugt, dass der Trend zum Camping anhalten wird. Camping ist ein
1634 wichtiger Baustein des Tourismus in Schleswig-Holstein. Wir unterstützen die
1635 Erweiterung bestehender Camping- und Wohnmobilstellplätze und wollen den Ausweis
1636 zusätzlicher Camping- und Wohnmobilstellplätze im Einklang mit Natur und
1637 Infrastruktur erleichtern. Genehmigungen für „Fünfer-Stellplätze“ beziehungsweise
1638 „Kleinstcampingplätze“ sind aufgrund des Landesnaturschutzgesetzes nicht mehr
1639 genehmigungsfähig. Wir setzen uns für eine Änderung des Landesnaturschutzgesetzes
1640 ein, die diese Art von umweltbewusstem Camping-Urlaub auf landwirtschaftlichen
1641 Hofstellen wieder grundsätzlich genehmigungsfähig macht. Wir stehen dem Pop-Up-
1642 Camping positiv gegenüber. Hierbei können ungenutzte Flächen wie große Gärten oder
1643 Festivalgelände unbürokratisch und kurzfristig als Campingplatz genutzt werden.

1644 **Bessere Vernetzung der touristischen Destinationen**

1645 Wir unterstützen eine interkommunale Abstimmung und wollen die Tourismusagentur
1646 Schleswig-Holstein (TASH) als überregionale Tourismusagentur die zentrale
1647 Landesmarketingorganisation für den Tourismus in Schleswig-Holstein sowie die lokalen
1648 Tourismusagenturen weiter stärken. Die Ausweitung der Vernetzung der lokalen
1649 Tourismusorganisationen sehen wir als wichtige Aufgabe an. Wir wollen zudem
1650 gemeinsame Angebote mit Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark entwickeln.

Der

1651 Trend geht zu kürzeren aber mehr Urlauben im Jahr. Wir unterstützen unsere
1652 touristischen Destinationen dabei, Bundling-Angebote mit unseren Nachbarn zu
1653 entwickeln.

1654 **Dauerhafte Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie für Speisen und 1655 Getränke**

1656 Die Pandemie hat unsere Hotellerie und Gastronomie hart getroffen. Wir werden uns
1657 über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die bis zum 31.12.2022 auf 7% reduzierte
1658 Umsatzsteuer für Speisen entfristet und auf Getränke ausgeweitet wird.

1659 **Schleswig-Holstein hat 12 Monate im Jahr Saison**

1660 Wir werden Schleswig-Holstein als Ganzjahresdestination sowohl an der Küste als auch
1661 im Binnenland weiterentwickeln und setzen uns dafür ein, dass der Zeitkorridor bei
1662 den Schulferien (insbesondere Sommerferien) möglichst groß wird, um die
1663 Tourismusströme zu entzerren und eine größtmögliche Auslastung zu erreichen. Zudem
1664 stehen wir für die Stärkung des Tagungs- und Kongresstourismus. Überregionales
1665 Veranstaltungsmanagement für Angebote außerhalb der klassischen Saison sollen den
1666 Tourismus in den schwächer ausgelasteten Monaten stärken.

1667 **Digitalisierung und Innovationen für den Tourismus nutzen**

1668 Digitalisierung und Innovationen eröffnen in allen Lebensbereichen neue Chancen und
1669 Fortschritt. Diese Möglichkeiten wollen wir auch im Tourismus nutzen und
1670 voranbringen. Wir werden daher die Erprobung und Einführung digitaler Anwendungen,
1671 z.B. zur Lenkung von Besucherströmen, und innovative Technologien, wie autonom-
1672 agierende Mobilitätsangebote, in den Tourismusregionen des Landes unterstützen. Zudem
1673 werden wir uns gegenüber dem Bund für innovationsoffene und zeitgemäße rechtliche
1674 Rahmenbedingungen einsetzen, so dass beispielsweise der Umgang mit Meldescheinen im
1675 Tourismus vollständig digital erfolgen kann.

1676 **Arbeitsmarktpolitik**

1677 Arbeit und Erwerbstätigkeit sind wichtige Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens.
1678 Wir haben am Arbeitsplatz soziale Kontakte und intellektuelle Herausforderungen. Bei
1679 den meisten Menschen ist ihr Beruf Teil ihrer Identität. Jeder Mensch, der nicht am
1680 Arbeitsleben teilhat, ist ein Verlust für uns alle. Die Menschen haben
1681 unterschiedliche Vorstellungen, wie sie ihr Leben gestalten möchten. Das gilt auch
1682 für die verschiedenen Lebensphasen. Um dem besser gerecht werden zu können, dürfen
1683 individuelle Arbeitswünsche und -modelle nicht unnötig eingeengt werden.

1684 Die FDP Schleswig-Holstein bekennt sich zu einer fairen und flexiblen
1685 Arbeitsmarktpolitik, um für mehr Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.
1686 Neben der Qualifizierung ist der Fachkräftemangel mittlerweile eine der größten
1687 Herausforderungen für unseren Arbeitsmarkt. Wir können es uns heute weniger denn je
1688 erlauben, Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt zu verlieren. Das lebenslange
1689 Lernen ist mittlerweile in den meisten Berufen zur Realität geworden. Deshalb werden
1690 wir Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote weiter verbessern.

1691 Wir bekennen uns zur Tarifautonomie und zum Prinzip der gegenseitigen Solidarität des
1692 Förderns und Forderns. Wir sehen in einem hohen Organisationsgrad einen großen
1693 Vorteil für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die Arbeitgeberinnen und
1694 Arbeitgeber. In unserer Sozialen Marktwirtschaft ist es gut, wenn viele
1695 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer Mitgliedschaft in einer
1696 Arbeitnehmerorganisation (z.B. Gewerkschaften) einen Mehrwert sehen – gleiches gilt
1697 für die Mitgliedschaft von Unternehmen in Arbeitgeberorganisationen.

1698 Wir wollen

- 1699 • die Berufliche Bildung und vor allem das duale Ausbildungssystem und den MINT-
1700 Bereich weiter stärken.

- 1701 • die Fort- und Weiterbildung stärken und das lebenslange Lernen entsprechend
- 1702 unterstützen.
- 1703 • ein sinnvolles und zeitgemäßes Fachkräftezuwanderungsrecht einführen, das neben
- 1704 einem Punktesystem für Integrationsanforderungen auch einen Spurwechsel, z.B.
- 1705 für hier derzeit geduldete Menschen, beinhalten muss. Die Vereinbarkeit von
- 1706 Beruf und Familie verbessern und dazu unter anderem moderne Arbeitszeitmodelle
- 1707 unterstützen, die zu den individuellen Lebensmodellen passen sowie
- 1708 Modellprojekte zur Teilzeitausbildung fortsetzen und ausweiten.
- 1709 • die Jugendberufsagenturen weiter ausbauen.
- 1710 • die Integration in den Arbeitsmarkt von Jugendlichen ohne Schulabschluss,
- 1711 Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit
- 1712 Migrationshintergrund verbessern und dazu unter anderem die Produktionsschulen
- 1713 stärken.
- 1714 • das Arbeitszeitgesetz modernisieren: Es braucht hier einen einfachen,
- 1715 verständlichen Rahmen, der im Sinne der Tarifautonomie durch Tarifverträge,
- 1716 Betriebsvereinbarungen etc. konkretisiert werden kann.
- 1717 • die Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Menschen durch gezielte Maßnahmen
- 1718 und (Beratungs-)Angebote erhöhen.
- 1719 • Arbeitszeitmodelle, die das mobile Arbeiten sinnvoll berücksichtigen,
- 1720 unterstützen.
- 1721 • langlaufende Arbeitszeitkonten unterstützen.
- 1722 • ein liberales Bürgergeld anstelle vielfältiger und unübersichtlicher
- 1723 Transferleistungen.

1724 **Qualität der Ausbildung sichern und stärken**

- 1725 Am Beginn des Berufslebens entscheidet sich oft der weitere Weg, weshalb die Qualität
- 1726 der Ausbildung sehr wichtig ist. Dies gilt gleichermaßen für die Auszubildenden wie
- 1727 auch für die Betriebe. Unser Ausbildungssystem ist ein Garant für unseren Wohlstand,
- 1728 weshalb wir die Qualität sichern und stärken müssen. Mit zunehmender Zahl an
- 1729 Studienabsolventen wird die duale Ausbildung in der Praxis immer wichtiger. Eine
- 1730 Schnittstelle, an der oft die Weichen für ein erfülltes Berufsleben gestellt werden,
- 1731 ist der Übergang von der Schule in den Beruf. Hier wollen wir bessere
- 1732 Orientierungsangebote unterstützen. Gleichzeitig bleibt es wichtig, sich stetig
- 1733 weiterzubilden und mit Neuem vertraut zu machen. Der Mangel an Arbeits- und
- 1734 Fachkräften wird die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin bestimmen. Der
- 1735 Ausbildungserfolg unserer Betriebe wird maßgeblich darüber entscheiden, ob wir dieser
- 1736 Herausforderung erfolgreich begegnen werden.
- 1737 Wir wollen deshalb auch
- 1738 • Ausbildungsvisa für qualifizierten Zuzug befördern (besonders in die duale
 - 1739 Ausbildung).
 - 1740 • Investitionen in die eigene Weiterbildung vereinfachen.

- 1741 • die Chancen der Digitalisierung auch hier nutzen (z.B. durch Online- und Hybrid-
1742 Weiterbildungen).
- 1743 • gezielte Angebote für Alleinerziehende unterstützen.

1744 **Arbeitsschutz verbessern**

1745 Der Arbeitsschutz ist ein Garant für die körperliche und psychische Gesundheit am
1746 Arbeitsplatz und ermöglicht damit auch jenseits der Arbeit Lebensqualität und
1747 Teilhabe. Die Herausforderungen im Bereich des Arbeitsschutzes haben dabei in den
1748 letzten Jahren zugenommen und werden auch weiter zunehmen. Wir wollen hier die
1749 Herausforderungen für gute und sichere Arbeit in den verschiedensten Branchen mit
1750 ihren sehr unterschiedlichen Herausforderungen weiterhin konsequent angehen: Sei es
1751 die strukturelle Überlastung in Gesundheits- und Pflegeberufen, außergewöhnliche
1752 physische Herausforderungen bei der Errichtung von Offshore-Windkraftanlagen oder
1753 prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schlachtindustrie, insbesondere für ausländische
1754 Arbeitskräfte. Dafür sollen zielgruppengerechte Informationskampagnen für die
1755 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite (auch in mehrsprachigen Angeboten) eingesetzt
1756 werden. Ebenso müssen effektive Möglichkeiten gegeben sein, gegen Missstände wirksam
1757 einzuschreiten. Dafür sollen auch in den kommenden Jahren die personellen Kapazitäten
1758 der staatlichen Arbeitsschutzbehörde gestärkt werden. Ebenso soll die Behörde selbst
1759 nach unserem Willen wieder in die Struktur einer nachgeordneten Landesbehörde
1760 überführt werden, um eine bessere Steuerung und Strategiebestimmung zu ermöglichen.

1761 **Wohnungsbau erleichtern: Wohnen darf kein Luxus werden**

1762 Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren auch in Schleswig-
1763 Holstein verschärft. In vielen Landesteilen wächst die Nachfrage nach Wohnraum
1764 stärker als das Angebot. Besonders betroffen sind die kreisfreien Städte und das
1765 Hamburger Umland. Der Wohnraummangel erhöht den Druck auf die Mieten und
1766 Häuserpreise. Neubauten werden durch zahlreiche Überregulierungen verteuert oder
1767 erschwert. Markteingriffe wie die Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen lösen die
1768 Probleme nachweislich nicht, weil sie nicht die Ursachen bekämpfen. Die
1769 Zwangsinstrumente verschärfen sogar die Probleme, weil sie potenzielle Investoren
1770 abschrecken und dringend benötigte Investitionen verhindern. Die Rahmenbedingungen
1771 für den Wohnungsbau müssen schnell verbessert werden. Bund, Land und Kommunen sind
1772 gleichermaßen gefordert, Kostentreiber auf den Prüfstand zu stellen und Hemmnisse zu
1773 beseitigen. Mehr und preiswerteres Bauen sind die richtigen Antworten auf die
1774 gestiegenen Miet- und Häuserpreise.

1775 **Wohnraum dort schaffen, wo er nachgefragt wird**

1776 Auch Wohnraum, der im ländlichen Bereich entsteht, entlastet die Wohnungsmärkte und
1777 Baulandpreise in den Städten. Deshalb wollen wir mehr Wohnungsbau in der
1778 Landesplanung ermöglichen. Viele Familien wollen „im Grünen“ wohnen. Wir sind gegen
1779 starre Entwicklungsgrenzen, die für Gemeinden in ländlichen Räumen gelten. Am Vorrang
1780 der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung halten wir fest, um den
1781 Flächenverbrauch und Infrastrukturkosten gering zu halten.

1782 Die Kommunen müssen sich Wachstum leisten können

1783 Städten und Gemeinden fehlt oftmals das finanzielle Eigeninteresse an einem
1784 Einwohnerzuwachs, weil ihrem Mehraufwand für die Bereitstellung von Infrastruktur
1785 (z.B. Kitaplätze und Schulen) keine adäquaten Mehreinnahmen gegenüberstehen. In der
1786 Folge wird zu wenig Bauland ausgewiesen. Den Kommunen muss deshalb mehr Spielraum für
1787 die Ausweisung von Gewerbegebieten eingeräumt werden. Mit den aus Ansiedlungen
1788 resultierenden Steuereinnahmen können dann die Kosten einer wachsenden Bevölkerung
1789 getragen werden. Wenn eine gleichzeitige Förderung von Wirtschaft und Wohnen zu einer
1790 Reduzierung des Pendlerverkehrs beiträgt, entsteht auch ein umweltpolitischer
1791 Mehrwert. Aus diesem Grund unterstützen wir den erleichterten Ausweis von
1792 Mischgebieten, die es den Unternehmern oder Beschäftigten ermöglichen, am Arbeitsort
1793 zu wohnen.

1794 Grunderwerbsteuer senken

1795 Die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt und die hohen Kaufnebenkosten machen es
1796 vielen Familien aus der Mittelschicht zunehmend unmöglich, Wohneigentum zu erwerben.
1797 Bei der Grunderwerbsteuer belegt Schleswig-Holstein mit einem Steuersatz von 6,5
1798 Prozent einen traurigen Spitzenplatz. Eine Entlastung bei der Grunderwerbsteuer ist
1799 damit überfällig. Wir fordern weiterhin einen Freibetrag für den Ersterwerb einer
1800 Immobilie. Wir wollen den Ersterwerb einer jeden selbstgenutzten Immobilie
1801 erleichtern. Unabhängig ob dieser durch eine junge Familie oder jemandem erfolgt, der
1802 sich erst in einem späten Lebensabschnitt den Traum einer eigenen Immobilie erfüllen
1803 kann. Alternativ muss zwingend eine pauschale Absenkung der Grunderwerbsteuer
1804 erfolgen. Die steuerliche Erleichterung von Wohneigentum entspannt die Lage auf den
1805 Mietwohnungsmärkten, leistet einen wichtigen Beitrag zur Altersvorsorge und bindet
1806 die Menschen stärker ans Land.

1807 Kosten und Nutzen der gestiegenen Energiestandards evaluieren

1808 Der Bund hat die energetischen Anforderungen an Wohngebäude in den vergangenen Jahren
1809 erheblich verschärft. Relativ geringe Energieeinsparungen werden mit
1810 unverhältnismäßig hohen Zusatzkosten erkaufte. Diese Zusatzkosten erstrecken sich auf
1811 die gesamte Nutzungsdauer des Gebäudes. Insofern ist von weiteren Verschärfungen der
1812 Energiestandards, auch durch kommunale Vorgaben, dringend Abstand zu nehmen.
1813 Auch bestehende Regelungen gehören einer kritischen Evaluation unterzogen.
1814 Klimaschutzpolitik kann nur dann dauerhaft Akzeptanz finden und erfolgreich sein,
1815 wenn sie mit Wirtschaftlichkeit vereinbar ist.

1816 Ländlichen Raum durch Investitionen als Wohnort attraktiver machen

1817 Angesichts von Leerständen auf dem Land und einer wachsenden Wohnungsnot in der Stadt
1818 ist eine Stärkung des ländlichen Raums auch wohnungspolitisch erstrebenswert. Ein
1819 leistungsfähiges Breitbandnetz und gute Verkehrsanbindungen an die Zentren bieten dem
1820 ländlichen Raum neue Entwicklungschancen. In immer mehr Berufen kann von zu Hause aus
1821 gearbeitet werden. Wenn das Land flächendeckend in die Infrastruktur und
1822 Digitalisierung investiert, verringern sich die Standortnachteile des ländlichen

1823 Raums. Stattdessen können Vorteile wie niedrigere Lebenshaltungskosten, eine
1824 geringere Verkehrsbelastung oder ein höherer Erholungswert ausschlaggebend für die
1825 Wohnortwahl werden und somit den Druck auf die Zentren mindern.

1826 **Sozialen Wohnungsbau fortsetzen und Wohngeld regelmäßig anpassen**

1827 Die soziale Wohnraumförderung muss auch weiterhin ihren Beitrag für eine ausreichende
1828 Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum leisten. Zinsgünstige Darlehen als
1829 Förderinstrument haben aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes erheblich an
1830 Attraktivität verloren. Die vom Land mittlerweile praktizierte Zuschussförderung muss
1831 fortgeführt werden, um Planungssicherheit für die Wohnungswirtschaft herzustellen.
1832 Bei den Projekten ist auf eine hinreichende soziale Durchmischung zu achten. Ein
1833 hoher Anteil des sozialen Wohnungsbaus ist von Bürgern bezogen, die nicht mehr zur
1834 Inanspruchnahme berechtigt sind. Niemand soll aus seiner Wohnung ausziehen müssen,
1835 wenn sich seine wirtschaftliche Lage verbessert hat. Ein staatlich subventioniertes
1836 vergünstigtes Wohnen ist jedoch nicht mehr vertretbar. Wohnberechtigungsscheine
1837 sollten nicht unbefristet für die Dauer der Mietbeziehung gelten, sondern jeweils
1838 nach 24 Monaten überprüft werden. Wir sehen in dem regional differenzierten Wohngeld
1839 eine zielgenaue Unterstützung für Bedürftige.

1840 **Kommunen an ihre wohnungspolitische Verantwortung erinnern**

1841 Die Kommunen müssen als Träger der Bauleitplanung den Wohnungsbau bestmöglich
1842 unterstützen. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört es, genügend Bauland auszuweisen.
1843 Wir fordern eine schnelle und unbürokratische Bearbeitung von Bauanträgen. Dieses
1844 hilft Baukosten zu senken. Schleswig-Holstein mangelt es nicht an bauwilligen
1845 Investoren, sondern an guten Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau.
1846 Verbesserungen der Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau sind gegenüber
1847 Neugründungen von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften den Vorzug zu geben. Die
1848 private Wohnungswirtschaft setzt eigenes Wagniskapital möglichst effizient ein. Dass
1849 der Staat nicht der bessere Unternehmer ist, haben die Schleswig-Holsteiner unter
1850 anderem mit der HSH Nordbank leidlich erfahren. Wirtschaftliche Betätigungen sind
1851 immer mit Verlustrisiken verbunden, die Kommunen nicht leichtfertig eingehen sollten.

1852 **Mietpreisbremsen oder Kappungsgrenzen**

1853 Wir lehnen ordnungspolitische Eingriffe wie die Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen
1854 ab. Diese Eingriffe in das Eigentumsrecht und die Vertragsfreiheit sind
1855 unverhältnismäßig und nicht gerechtfertigt. Investoren verlieren die Bereitschaft in
1856 den Wohnungsbau zu investieren und suchen alternative Anlageformen. Schleswig-
1857 Holstein braucht zusätzlichen Wohnraum; das Desaster in der Landeshauptstadt Berlin
1858 hat gezeigt, wie schädlich sich die Mietpreisbremse auf bereits geplante Bauvorhaben
1859 auswirkt.

1860 **Ordnungspolitische Eingriffe auf Privatgrundstücken müssen gut begründet 1861 sein**

1862 Wir setzen uns dafür ein, dass das Verbrennungsverbot von pflanzlichen Rückschnitten,

1863 die im eigenen Hausgarten anfallen, zurückgenommen wird. Es ist ökologisch unsinnig,
1864 jeden Ast per PKW zur Deponie fahren zu müssen. Gartenrückschnitte sollen – sofern
1865 keine erhöhte Brandgefahr besteht - grundsätzlich wieder auf dem eigenen Grundstück
1866 entsorgt werden dürfen. Verpflichtende Photovoltaik-Anlagen für Wohngebäude lehnen
1867 wir ab. Wir setzen auf Entbürokratisierung bei der Inbetriebnahme und auf
1868 Informationen, damit mehr rentable Photovoltaik-Anlagen ihren Weg auf die Dächer
1869 finden.

1870 **Der private Vermieter stabilisiert unseren Wohnungsmarkt**

1871 Schleswig-Holstein ist kein Land von „Miethaien“. Zwei von drei Wohnungen werden
1872 privat vermietet. Der private Vermieter schultert somit einen Großteil der
1873 Wohnraumversorgung in Schleswig-Holstein. Er investiert in seinen Bestand, engagiert
1874 sich lokal und kümmert sich um seine Mieter und pflegt die Beziehung. Mietbeziehungen
1875 sind in der Regel langfristig; in den meisten Fällen legen Mieter und Vermieter
1876 großen Wert auf ihre Mietbeziehung. Wir schätzen die Versorgungsleistung der privaten
1877 Vermieter in Schleswig-Holstein. Nichtsdestotrotz muss es das Recht eines Vermieters
1878 sein, sein Eigentum veräußern zu können. Ein Umwandlungsverbot von Mietwohnungen in
1879 Eigentum lehnen wir aus diesen Gründen ab.

1880 **Regelabschreibung im Wohnungsbau erhöhen**

1881 Wir wollen, dass die Regelabschreibung von zwei Prozent grundsätzlich für jeden
1882 Wohnungsbau erhöht wird. Aufgrund der permanent steigenden Technisierung durch
1883 gestiegene Bau- und Energiestandards, hat sich die durchschnittliche Nutzungsdauer
1884 von Neubauten deutlich verringert. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass die
1885 Regelabschreibung auf drei Prozent erhöht wird, um günstigere Mieten im Neubaubereich
1886 zu ermöglichen.

1887 **Mieten-TÜV einführen und Baustandards überprüfen**

1888 Jede Erhöhung der Anforderungen im energetischen Bereich und bei den Baustandards
1889 erhöht die Baukosten und somit auch das Wohnen. Wir fordern, dass sämtliche neuen und
1890 bestehenden Gesetze einer verpflichtenden Wohnkostenfolgeschätzung (Mieten-TÜV)
1891 unterzogen werden. Neue Gesetze, die mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf die
1892 Wohnkosten haben, sollen nur noch verabschiedet werden, wenn ein Mieten-TÜV vorher
1893 ermittelt hat, wie hoch die Auswirkungen auf Mieten, Nebenkosten, Baukosten oder
1894 Genehmigungsprozesse sind.

1895 **Zusätzliche Studienplätze für Architektur und Bauingenieurwesen**

1896 Wir brauchen zusätzliche Fach- und Arbeitskräfte für den dringend benötigten
1897 Wohnungsbau. Aufträge können oft nicht zeitnah ausgeführt werden. In Schleswig-
1898 Holstein kommt die Wettbewerbssituation mit Hamburg verschärfend hinzu. Wir wollen
1899 den 2018 neu eingerichteten Studiengang Bauingenieurwesen an der Fachhochschule Kiel
1900 und den bestehenden Fachbereich Bauwesen in Lübeck weiter ausbauen. In den
1901 Architekturbüros fehlt zunehmend der Nachwuchs. Aus diesem Grund wollen wir ebenfalls
1902 zusätzliche Architektur-Studienplätze schaffen. Diese Fachkräfte werden nicht nur im

1903 Wohnungsbau benötigt, sondern sollen Land und Kommunen auch dabei helfen, den
1904 verbliebenen Sanierungsstau in den nächsten Jahren abzubauen.

1905 **Schleswig-Holstein zur digitalen Vorzeigeregion machen**

1906 Für uns ist die Digitalisierung das entscheidende Zukunftsthema bei der
1907 Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen, dass Schleswig-
1908 Holstein zur digitalen Vorzeigeregion wird, in der digitale Technologien konsequent
1909 dazu genutzt werden, die immer vielfältigeren und komplexeren Anforderungen an eine
1910 moderne Gesellschaft und eine agile, faktenbasiert handelnde Verwaltung zu erfüllen.

1911 Wir wollen daher

- 1912 • eine erstklassige digitale Infrastruktur: Gigabit bis in jede Wohnung, in jedes
1913 Klassenzimmer und an „jede Straßenlampe“.
 - 1914 • ein digitales Ökosystem, das in der öffentlichen Verwaltung ein innovatives und
1915 Start-Up-orientiertes Denken und Handeln fördert.
 - 1916 • „Smart Regions“, in denen intelligente digitale Lösungen auf allen Ebenen
1917 entstehen.
 - 1918 • eine leistungsfähige digitale Ausstattung von Schulen und Hochschulen.
 - 1919 • ein erstklassiges Umfeld für IT-Unternehmen aller Art – vom professionellen
1920 Rechenzentrum über den international tätigen IT-Dienstleister bis hin zum
1921 örtlichen IT-Systemhaus und zum selbständigen Software-Entwickler.
- 1922 Wir werden daher Modellprojekte auch in der Digitalisierung der öffentlichen
1923 Verwaltung fordern und fördern. Innovation beruht auf einer Kultur der Chancen und
1924 des Machens, nicht des Abwartens und Zauderns. Daher werden wir z.B.
1925 Schriftformerfordernisse in der öffentlichen Verwaltung „by default“ abschaffen, um
1926 die konsequente Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsprozessen zu ermöglichen.
1927 Für uns ist klar: Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung führt nicht immer zu
1928 kurzfristigen Einsparungen. Konsequente Investitionen in die Digitalisierung von
1929 Verwaltung und Gesellschaft sind eine Investition in Qualität und
1930 Wettbewerbsfähigkeit. Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes bis Ende 2022 –
1931 termingerecht und in hoher Qualität – ist eine selbstverständliche, durch das Gesetz
1932 vorgegebene Aufgabe des Landes und der Kommunen.

1933 **Digitalisierung muss Hauptsache werden: Das Digitalisierungsministerium**

1934 Digitalisierung braucht einen hohen Stellenwert – auch innerhalb der Landesregierung.
1935 Wir wollen ein mit klaren Kompetenzen für die Digitalisierung ausgestattetes
1936 Ministerium, das sich konsequenter der digitalen Transformation widmen kann und auf 6
1937 wesentlichen Säulen der Zuständigkeit beruhen sollte:

1938 1. Strategien und Kernvorhaben der Digitalisierung in Schleswig-Holstein
1939 vorantreiben

1940 2. Steuerung der IT-Architektur und der Fachvorhaben der Fachministerien

1941 3. Zentrale Organisationsentwicklung der Landesverwaltung

1942 4. Projektleitung und Durchführung der IT-spezifischen Ausschreibungsverfahren in
1943 größeren Projekten

1944 5. IT-Operations- und IT-Servicemanagement für die Landes-IT

1945 6. Think Tank für digitale Innovationen

1946 Zudem werden wir uns für einen eigenständigen Digitalisierungsausschuss im Landtag
1947 einsetzen, in dem die digitale Kompetenz des Parlaments endlich gebündelt wird.

1948 **Ohne Gigabit keine Digitale Transformation**

1949 Schnelles Internet ist Gigabit-Internet. Gigabit-Internet muss für jeden und überall
1950 im Lande verfügbar sein. Gigabit-Internet ist die unverzichtbare Grundlage für die
1951 digitale Transformation.

1952 Wir werden daher

- 1953 • den Glasfaserausbau in Schleswig-Holstein weiter vorantreiben. Bis 2025 sollen
1954 nahezu alle Haushalte die Möglichkeit zum Anschluss an das Gigabit-Internet
1955 haben.
- 1956 • gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und den Mieterverbänden das „Gigabit in der
1957 Wohnung“ zum Standard machen.
- 1958 • weitere Anreize zum aktiven Aufbau freier öffentlicher WLANs setzen. Den Aufbau
1959 der Hotspot 2.0-Infrastruktur des Landes werden wir weiter unterstützen und
1960 engmaschig monitoren, um sie an den Bedarf anzupassen.
- 1961 • gemeinsam mit den Mobilfunkbetreibern weiße Flecken bei der 4G-Infrastruktur
1962 umgehend schließen und eine leistungsstarke Versorgung mit modernen
1963 echtzeitfähigen Mobilfunkstandards (5G/6G) vorantreiben. Schleswig-Holstein
1964 wollen wir hierbei zu einem Vorreiterland machen.
- 1965 • dafür sorgen, dass nach dem Anschluss aller Schulen und Hochschulen an Glasfaser
1966 nunmehr jeder Hörsaal und jedes Klassenzimmer Gigabit-Internet nutzen kann.
1967 Gigabit-WLAN muss zu Klassenzimmer und Hörsaal gehören wie früher die Tafel.

1968 **Smart Regions: Digitale Transformation findet vor Ort statt**

1969 Entscheidend für die Digitale Transformation ist die enge Beteiligung und aktive
1970 Mitwirkung der über 1000 Kommunen im Land Schleswig-Holstein.

1971 Wir werden daher

- 1972 • die Erstellung und Umsetzung von kommunalen Digitalisierungskonzepten über die
1973 Städtebauförderung aktiv unterstützen.
- 1974 • ein Sonderprogramm DIGI.SH für die Digitale Transformation auflegen, über das
1975 auch modellhafte Leuchtturm- und Pilotprojekte der Kommunen gefördert werden.
- 1976 • unter Einbeziehung des ITV.SH einen kommunalen App-Store aufbauen, in dem
1977 Unternehmen und Entwickler der IT-Wirtschaft geprüfte Standard-Lösungen für
1978 kommunale Anwendungen anbieten und für die Kommunen einfach zugänglich machen
1979 können.

- 1980 • dafür sorgen, dass auch behördeninterne Vorgänge wie die Beantragung, Abwicklung
1981 und Abrechnung von Förderprogrammen komplett digital stattfinden.

1982 **DATAPORT weiterentwickeln**

1983 Das Land Schleswig-Holstein ist Anteilseigner an der DATAPORT, die als Anstalt
1984 öffentlichen Rechts „der“ IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung ist. Wir
1985 wollen sowohl den notorischen Kapazitätsproblemen und damit langsamen
1986 Realisierungsgeschwindigkeiten bei DATAPORT begegnen als auch neue Chancen
1987 insbesondere für die mittelständige IT-Wirtschaft und IT-Dienstleister im Lande
1988 schaffen.

1989 Wir setzen uns dafür ein, dass das Land auf die DATAPORT dahingehend einwirkt,

- 1990 • den Plattform- und Aggregationsgedanken zu forcieren und sich kundenorientierter
1991 und wettbewerbsfähiger aufzustellen.

- 1992 • auf Basis von offenen Standardlösungen Drittanbietern das diskriminierungsfreie
1993 Hosting von Lösungen für die öffentliche Verwaltung zu ermöglichen.

- 1994 • selbständigen IT-Unternehmen und Entwicklern einen einfacheren Zugang zu
1995 öffentlichen Projekten zu geben, z.B. durch eine vereinfachte und auch für
1996 Einzelselbständige und kleine Unternehmen leistbare Auftragsvergabe und auf die
1997 Möglichkeiten kleiner Unternehmen zugeschnittene Losvergabe und
1998 Auftragsbedingungen.

1999 **Offene Standards für die digitale Souveränität des Landes**

2000 Das Land und die Landesbehörden brauchen genau wie Kommunen und öffentliche
2001 Unternehmen eine klare Strategie für die digitale Transformation.

2002 Wir werden daher insbesondere

- 2003 • sicherstellen, dass alle öffentlichen Anwendungen auf der Grundlage eines
2004 gemeinsamen Verständnisses offener Standards und offener Schnittstellen
2005 betrieben werden, um eine größtmögliche Interoperabilität und
2006 Anbieterunabhängigkeit zu gewährleisten.

- 2007 • Open-Source-Software dort in der Landesverwaltung forcieren, wo es
2008 wirtschaftlich und technisch sinnvoll ist. Wir werden bei Umstellungen prüfen,
2009 welcher Zusatznutzen durch Open Source Software erreicht werden kann, und dabei
2010 die Interoperabilität, die Bedienbarkeit sowie vorhandene Investitionen in die
2011 Anpassung existierender Software beachten. Grundsätzlich wollen wir knappe IT-
2012 Ressourcen vorrangig zur Realisierung neuer Funktionen und dem Vorantreiben der
2013 digitalen Transformation einsetzen.

2014 **Open Data für neue Lösungen**

2015 Mit dem Open-Data-Gesetz verpflichtet sich das Land, anonymisierte Landesdaten über
2016 ein Open-Data-Portal der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

2017 Damit soll ein Anreiz für kreative Entwickler geschaffen werden, neue intelligente
2018 Lösungen zu entwickeln.

2019 Die FDP Schleswig-Holstein

- 2020 • wird den Open-Data-Ansatz im Land weiter stärken und ausbauen.
- 2021 • erkennt, dass viele besonders wichtige Daten im Eigentum der Kommunen und
- 2022 öffentlicher Unternehmen sind: Wir werden deshalb auf eine schrittweise stärkere
- 2023 Beteiligung bei der Bereitstellung offener Daten hinwirken.
- 2024 • wird das Open-Data-Portal auch für Unternehmen und Akteure der Privatwirtschaft
- 2025 und damit auch für Datenlieferanten außerhalb der öffentlichen Verwaltung
- 2026 öffnen.
- 2027 • wird offene Daten der Träger der öffentlichen Verwaltung grundsätzlich unter der
- 2028 Creative-Commons-Zero-Lizenz veröffentlichen.

2029 **Künstliche Intelligenz – ein Zukunftsfeld für Schleswig-Holstein**

2030 Das äußerst vielfältige Forschungsfeld Künstliche Intelligenz stellt für Schleswig-
2031 Holstein, die hiesige Forschung als auch die IT-Wirtschaft, eine große Chance dar.

2032 Wir werden daher

- 2033 • die KI-Strategie der Landesregierung konsequent weiterentwickeln und umsetzen.
- 2034 • den praktischen Einsatz von KI-Technologien bei geeigneten Aufgabenstellungen in
- 2035 den definierten acht Handlungsfeldern mit konkreten Pilotprojekten ausdrücklich
- 2036 fördern und voranbringen.
- 2037 • Anwendungen entwickeln, die mit Hilfe von KI-Technologien einen wichtigen
- 2038 Beitrag zu einem evidenzbasiert handelnden Staat leisten.

2039 **Innovation braucht Mut**

2040 Innovation lebt vom Mut, Ideen umzusetzen. Wir wollen in Schleswig-Holstein daher den
2041 Mut zu einer Vielzahl an Pilotprojekten haben, mit denen wir in Zusammenarbeit mit
2042 Kommunen, kommunalen Unternehmen, Hochschulen und der IT-Wirtschaft innovative
2043 Lösungen schaffen wollen. Dazu wollen wir passende Experimentierklauseln nutzen oder
2044 schaffen.

2045 Zu derartigen Pilotprojekten können beispielhaft gehören:

- 2046 • Dynamische Ampelschaltungen in Abhängigkeit vom tatsächlich aktuellen Verkehr.
- 2047 • Echtzeit-Verkehrszählungen zur entscheidungsorientierten Analyse von
- 2048 Ausbauanforderungen, Verkehrsmix-Analysen (Kfz, Fußgänger, Radfahrer) oder
- 2049 systematischen Lärmkartierungen mit Anbindung an öffentlich zugreifbare
- 2050 Dashboards.
- 2051 • Blockchain-Anwendungen, z.B. für einen digitalen Fahrzeugschein, einen digitalen
- 2052 Fischereischein oder digitale Schul- und Universitätszeugnisse.
- 2053 • Bei den digitalen Schulzeugnissen wollen wir, dass sich Schleswig-Holstein dem
- 2054 existierenden OZG-Umsetzungsprojekt noch im Jahr 2022 anschließt.
- 2055 • Intelligente Vernetzung von privaten Solaranlagen, um erzeugten Strom auch z.B.
- 2056 im Urlaub der Bewohner lokal nutzbar zu machen.

2057 Digitalisierung braucht Vertrauen

2058 In einer Gesellschaft, in der Daten zu den wichtigsten Gütern gehören, ist das
2059 Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in deren sichere und verantwortungsvolle Nutzung
2060 von größter Bedeutung. Wir sind uns darüber bewusst, dass Internet und
2061 Digitalisierung global agieren. Wir sehen beim Land eine besondere Verantwortung für
2062 die IT-Nutzung in der öffentlichen Verwaltung, der digitalen Verbraucherbildung und
2063 der Leistungsfähigkeit der Aufsichtsbehörden und Kriminalitätsbekämpfung. Wir werden
2064 weiterhin Wert darauf legen, dass Landesbehörden die besonders nachgefragten Sozialen
2065 Medien für eine bürgerfreundliche Kommunikation nutzen.

2066 Internetkriminalität sowie Spionage und Sabotage im digitalen Raum sind eine
2067 zunehmende Gefahr für Bürger, Unternehmen und sowohl kritische als auch staatliche
2068 Infrastrukturen, deren Bekämpfung nicht an mangelnder Ausstattung scheitern darf.

2069 Wir wollen deshalb

- 2070 • die öffentliche Diskussion zum Datenschutz und zur Datennutzung aktiv führen,
2071 auch zum Phänomen des Privacy Paradox.
- 2072 • eine einfach zu verstehende Datenschutzampel unter Mitwirkung des Unabhängigen
2073 Landeszentrums für Datenschutz entwickeln und für alle Anwendungen der
2074 öffentlichen Hand umsetzen.
- 2075 • den Schutz von Daten mit dem individuellen Interesse des Benutzers an deren
2076 Nutzung neu ausbalancieren.
- 2077 • ein Datenschutz-Cockpit für Schleswig-Holstein umsetzen, über das Bürger und
2078 Unternehmen die über sie in der öffentlichen Verwaltung gespeicherten Daten und
2079 deren Verwendung nachvollziehen können.
- 2080 • die Arbeit des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD) insbesondere
2081 bei der Beratung und Konzeption als vorbeugenden Datenschutz weiter stärken.
2082 Eine intensivere Zusammenarbeit der Datenschutzaufsichten in Deutschland,
2083 insbesondere zur einheitlichen Auslegung von Datenschutz-Praktiken, werden wir
2084 unterstützen.
- 2085 • die Cybercrime-Einheiten der Landespolizei ausbauen sowie stärken, insbesondere
2086 durch „Quick-Reaction-Teams“ und die Verbesserung der Fähigkeiten in der
2087 digitalen Forensik sowie einer Stärkung der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime
2088 insbesondere auch in der vorbeugenden Beratung in enger Zusammenarbeit mit dem
2089 ULD. Wir fördern Strukturen über die Landesgrenzen hinweg.
- 2090 • die gesetzlichen Grundlagen kontinuierlich darauf prüfen, dass sie modernsten
2091 Anforderungen an die Datensicherheit gerecht werden.

2092 Digitalisierung für Jede und Jeden: Zugangshürden abbauen

2093 Auch digitale Prozesse stoßen an ihre Grenzen: Die öffentliche Verwaltung sowie
2094 öffentliche Dienstleistungen müssen auch weiterhin für jeden Menschen, unabhängig von
2095 technischer Ausstattung und technischen Kenntnissen, zugänglich sein. Hier gilt es,
2096 das „Digital Gap“ zu überwinden und dafür zu sorgen, dass die digitale Verwaltung
2097 auch praktisch erreichbar ist.

2098 Wir werden daher insbesondere

- 2099 • die in vielen Wirtschaftszweigen bewährten Konzepte wie mobile Bürgerbüros oder
- 2100 SB-Kioske weiterentwickeln und einsetzen.
- 2101 • sicherstellen, dass die öffentliche Verwaltung auch weiterhin persönlich
- 2102 erreichbar ist.
- 2103 • moderne Technologien wie z.B. Chat-Bots einsetzen.
- 2104 • bei der Gestaltung digitaler Prozesse darauf achten, dass diese für die von den
- 2105 Menschen im Land tatsächlich genutzten Endgeräte nutzbar sind – dies bedeutet
- 2106 aktuell eine „mobile first“-Strategie.
- 2107 • auf Basis der existierenden Standards Webseiten und Dienste so gestalten, dass
- 2108 sie auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind.

2109 **III. Politik, die rechnen kann**

2110 **Nachhaltiges Haushalten für die Handlungsspielräume von morgen**

2111 Schleswig-Holstein soll auch in Zukunft finanziell handlungsfähig sein. Der Abbau der
2112 pandemiebedingten Neuverschuldung muss ebenso bewältigt werden wie die Altschulden,
2113 steigende Pensionslasten, Zinsänderungsrisiken und der demographische Wandel. Es
2114 gilt, Handlungsspielräume zu schaffen bzw. zu erhalten, um Chancen von morgen zu
2115 ergreifen und ein Leben von der Substanz verhindern zu können. Der einzelne Mensch
2116 steht bei uns im Mittelpunkt. Die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen wollen wir
2117 stärken. Die Abgabenlast des Staates ist auf das Wesentliche zu begrenzen. Wir
2118 vertrauen auf die Eigenverantwortung des Einzelnen.

2119 **Effizienter Saat – hohes Wirtschaftswachstum**

2120 Wir brauchen eine ehrliche Aufgabenkritik mit dem Ziel, nachrangige Ausgaben zu
2121 reduzieren und Haushaltsmittel auf jene Bereiche zu konzentrieren, die zu den
2122 Kernaufgaben des Landes gehören und Wirtschaftswachstum generieren. Dazu gehört für
2123 uns:

- 2124 • Infrastruktur als Motor für Wachstum: Wir wollen eine Investitionsquote von
- 2125 dauerhaft mindestens 10% (mittelfristig 12,5%) im Landeshaushalt erreichen. Die
- 2126 Sanierung der öffentlichen Infrastruktur muss ungebremst fortgeführt werden.
- 2127 Nicht nur Bankschulden, sondern auch Betonschulden belasten zukünftige
- 2128 Generationen schwer. Aus diesem Grund wollen wir die Verpflichtung zu einer
- 2129 Mindestinvestitionsquote in der Landesverfassung verankern.
- 2130 • Wir bekennen uns klar zur Schuldenbremse: Sie ist flexibel genug, um auf Krisen
- 2131 reagieren zu können, wie die Pandemie gezeigt hat. Um auch in nächsten Krisen
- 2132 handlungsfähig zu sein, braucht es eine baldige Rückkehr zu ausgeglichenen
- 2133 Haushalten und eine sukzessive Rückführung der aufgenommenen Notkredite. Den
- 2134 Tilgungsplan für die Notkredite wollen wir gesetzlich absichern. Stabile
- 2135 Landesfinanzen bilden das Fundament für ein stabiles Land und eine erfolgreiche
- 2136 Regierungsarbeit. Wir sind überzeugt, dass die Einführung einer

2137 Mindestinvestitionsquote unter Beibehaltung der Schuldenbremse zur richtigen
2138 Priorisierung im Landeshaushalt führt.

- 2139 • Landesbeteiligungen, bei denen kein wichtiges Landesinteresse (mehr) vorliegt
2140 bzw. deren öffentlicher Zweck mindestens ebenso gut und wirtschaftlich durch
2141 Private erfüllt werden kann, wollen wir veräußern. Die Landeshaushaltsordnung
2142 ist dahingehend zu ändern, dass bereits bei Leistungsparität eine
2143 privatwirtschaftliche Erfüllung der Aufgaben vorzuziehen ist.
- 2144 • Zügige Abwicklung der hsh portfoliomanagement AöR als landeseigene „Bad Bank“,
2145 um einen Schlusstrich unter das unselige HSH-Kapitel ziehen zu können und
2146 weitere Finanzrisiken für das Land auszuschließen. Die Landesschulden in dieser
2147 Gesellschaft sollen in den Kernhaushalt überführt und somit vollständige
2148 Transparenz hergestellt werden.

2149 **Eine faire, einfache und transparente Grundsteuer**

2150 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Schleswig-Holstein ein einfaches Flächenmodell
2151 umsetzt, ohne die Erhebung der Grundsteuer durch die Kommunen zu gefährden. Die
2152 geplante Einführung des wertabhängigen Bundesmodells ist klageanfällig und
2153 bürokratisch. Wir sehen zudem die Gefahr, dass eindeutige Bodenrichtwerte für alle
2154 Grundstücke im Land nicht rechtzeitig vorliegen. Es ist indiskutabel, dass die
2155 Steuerpflichtigen selbst die Bodenrichtwerte melden müssen, weil das Land bisher
2156 nicht in der Lage ist, jedem Grundstück den Bodenrichtwert automatisch zuzuordnen.
2157 Wir wollen kein Grundsteuermodell, das die Erhebungskosten auf die Bürger abwälzt.
2158 Die Grundsteuer verteuert das Wohnen zur Miete und im Wohneigentum. Einen
2159 reformbedingten Anstieg der Grundsteuerbelastung wollen wir verhindern, indem der
2160 aufkommensneutrale Hebesatz für jede Kommune veröffentlicht wird. Die Umlagefähigkeit
2161 der Grundsteuer wollen wir beibehalten. Sie dient der Transparenz und verhindert,
2162 dass die Grundsteuer Bestandteil einer kalkulierten Kaltmiete wird.

2163 **Die Schaffung von Wohnraum erleichtern**

2164 Wir wollen, dass sich mehr Bürger als bisher ihren Traum vom Eigenheim erfüllen
2165 können. Schleswig-Holstein verlangt mit 6,5% bundesweit die höchste
2166 Grunderwerbsteuer. Das Land hat zudem an den gestiegenen Grundstückspreisen in den
2167 letzten Jahren kräftig mitverdient. Das muss sich ändern. Wir wollen deshalb einen
2168 Freibetrag für den Erwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie einführen. Solange dies
2169 der Bund gesetzgeberisch nicht ermöglicht, wollen wir den allgemeinen Steuersatz
2170 senken. Der Staat darf das Bauen nicht weiter künstlich verteuern. Wir wollen
2171 zusätzlichen Wohnraum dort schaffen, wo er nachgefragt wird. Die eigene Immobilie ist
2172 und bleibt insbesondere in anhaltenden Niedrigzinszeiten ein wichtiger Baustein für
2173 den Vermögensaufbau und die Absicherung im Alter.

2174 **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

2175 Wir haben in einem ersten Schritt dafür gesorgt, dass die Verpflichtung zur Erhebung
2176 von Straßenausbaubeiträgen abgeschafft wurde. In einem zweiten Schritt wollen wir das

2177 Kommunalabgabengesetz dahingehend ändern, dass die Straßenausbaubeiträge in
2178 Schleswig-Holstein flächendeckend abgeschafft werden.

2179 **Steuerfreistellung des ersten Hundes**

2180 Wir konnten die Einführung einer Pferdesteuer erfolgreich verhindern. Der Hund ist
2181 aktuell das einzige Tier, dessen Haltung als vermeintliches Luxusgut besteuert wird.
2182 Insbesondere für viele ältere Bürger, aber auch für viele Familien ist der Hund ein
2183 wichtiges Bezugswesen. Wir wollen das Kommunalabgabengesetz dahingehend ändern, dass
2184 der erste Hund in jedem Haushalt steuerfrei gestellt wird. Steuern werden nicht
2185 zweckgebunden erhoben. Wir sind der Auffassung, dass nur Bußgelder und nicht die
2186 Hundesteuer dazu beitragen, Verschmutzungen im öffentlichen Raum zu reduzieren.

2187 **Kein Zinswucher in Zeiten der Niedrigzinsen**

2188 Wir wollen, dass der Fiskus fair mit den Steuerzahlern umgeht. Deshalb machen wir uns
2189 dafür stark, dass der Zinssatz für Steuernachzahlungen in Höhe von 6% pro Jahr
2190 marktgerecht nach unten angepasst wird.

2191 **Erleichterter Zugang zu Wagniskapital**

2192 Wir wollen Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten und innovativsten
2193 Bundesland weiterentwickeln und dadurch unsere Wirtschaftskraft stärken. Gründungen,
2194 Unternehmensnachfolgen und Initiativen für Forschung und Entwicklung wollen wir
2195 stärker unterstützen. Wir wollen den Zugang von Unternehmen zu erforderlichem
2196 Wagniskapital mittels Förderprogrammen, stillen Beteiligungen oder Bürgschaften
2197 erleichtern.

2198 **Faire Partnerschaft zwischen Land und Kommunen**

2199 Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken, um den Staat bürgernäher zu machen
2200 (Subsidiaritätsprinzip). Unsere Städte und Gemeinden gestalten das unmittelbare
2201 Lebensumfeld der Menschen und sind Motor für öffentliche Investitionen. Sie brauchen
2202 deshalb eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Wir wollen eine faire Verteilung der
2203 Finanzmittel zwischen Land und Kommunen dauerhaft sicherstellen. Investive Mittel des
2204 kommunalen Finanzausgleichs sollen grundsätzlich der unteren kommunalen Ebene, den
2205 Gemeinden und Städten, zur Verfügung stehen. Gemeinden und Städte tragen die
2206 Hauptlast der wesentlichen kommunalen Infrastrukturinvestitionen insbesondere für
2207 Kitas, Schulen und Straßen. Der kommunale Finanzausgleich ist diesbezüglich zeitnah
2208 weiterzuentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass gesellschaftlich wünschenswerte
2209 Leistungen, die eine Kommune für Bürger jenseits der eigenen Gebietsgrenzen erbringt
2210 und die nicht über ein kostendeckendes Entgelt finanziert werden sollen oder können,
2211 im kommunalen Finanzausgleich stärker gewürdigt werden.

2212 **Konsolidierungshilfen und Fehlbetragszuweisungen für hilfsbedürftige 2213 Kommunen**

2214 Strukturelle Finanzprobleme einzelner Kommunen sollen insbesondere im Rahmen des
2215 kommunalen Finanzausgleichs angegangen und bewältigt werden. Wir wollen die seit

2216 Jahren übliche Praxis, hilfsbedürftigen Kommunen in Schleswig-Holstein durch
2217 Konsolidierungshilfen und Fehlbetragszuweisungen gezielt unter die Arme zu greifen,
2218 fortführen. Diese solidarisch vom Land bzw. den Kommunen finanzierten Leistungen
2219 sollen weiterhin an eigene Anstrengungen zur Verbesserung der Haushaltslage geknüpft
2220 werden. Eine Anhebung kommunaler Steuersätze kann im Einzelfall längerfristig
2221 schaden, wenn ortsansässige Unternehmen abwandern. Insofern sind auch andere
2222 wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie z.B. die Ansiedlungspolitik, zur Verbesserung
2223 der Ertragskraft kommunalaufsichtlich zu würdigen.

2224 **Stärkung der kommunalen Schwimmstätten**

2225 Jedes Kind im Land zwischen den Meeren soll die Chance haben, das Schwimmen zu
2226 erlernen. Schwimmunterricht ist Bestandteil des schulischen Lehrplans. Insofern sehen
2227 wir das Land in der Verpflichtung, dem „Bädersterben“ entgegenzuwirken. Wir Freie
2228 Demokraten haben durchgesetzt, dass kommunale Lehrschwimmbecken für gegebenen
2229 Schwimmunterricht eine strukturelle Förderung zur Aufrechterhaltung des Bäderbetriebs
2230 erhalten. Diese Unterstützung wollen wir ausbauen. Schwimmunterricht ist pflichtiger
2231 Bestandteil des Schulunterrichts. Die Kosten hierfür dürfen nicht nur von den Städten
2232 und Gemeinden getragen werden, die diese Leistung ermöglichen.

2233 **Erhöhung der allgemeinen Finanzkraft unserer Kommunen**

2234 Unsere Städte und Gemeinden müssen flächendeckend in der Lage sein, eine moderne und
2235 angemessene Infrastruktur zu erhalten sowie weiterzuentwickeln. Wir wollen, dass der
2236 Bund dauerhaft auf Umsatzsteueranteile zugunsten der kommunalen Ebene verzichtet.
2237 Durch eine Umverteilung des gesamtstaatlichen Steueraufkommens könnten die
2238 Kommunalfinanzen nachhaltig und flächendeckend gestärkt werden. Grundsätzlich darf
2239 Misswirtschaft Einzelner nicht zu Lasten anderer Gemeinden belohnt werden. Das ist
2240 unfair und führt zu Fehlanreizen.

2241 **Deckelung der Nivellierungssätze**

2242 Die Nivellierungssätze dienen der normierten Ermittlung der kommunalen Steuerkraft
2243 und sind wichtiger Bestandteil der Bemessung des kommunalen Finanzausgleichs. Sind
2244 die Hebesätze bei der Grund- oder Gewerbesteuer unterhalb der Nivellierungssätze,
2245 werden der Kommune höhere Steuereinnahmen unterstellt, als sie tatsächlich hat.

2246 Wir fordern aus drei Gründen eine Deckelung der Nivellierungssätze:

- 2247 • Die Kommunen orientieren sich bei der Bemessung ihrer Hebesätze zwangsläufig an
2248 den Nivellierungssätzen. Da Steuererhöhungen einzelner Kommunen bisher
2249 automatisch zu einem Anstieg der Nivellierungssätze führen, droht eine
2250 Hebesatzspirale im Land, die wir vermeiden wollen.
- 2251 • Nivellierungssätze sind auch Bestandteil bei der Bemessung der Kreisumlage.
2252 Steigen diese an, erhöht sich automatisch die von den Städten und Gemeinden
2253 abzuführende Kreisumlage, obwohl sich der Finanzbedarf der Kreise nicht geändert
2254 hat.
- 2255 • Es muss sich für Kommunen lohnen, Gewerbegebiete auszuweisen. Eine

2256 Gewerbegebietsentwicklung ist mit Kosten verbunden. Insofern muss die
2257 Abschöpfung der Gewerbesteuer über den Nivellierungssatz begrenzt werden. Eine
2258 Kommune, die sich bewusst dafür entscheidet, ein Gewerbegebiet zu entwickeln,
2259 muss einen Vorteil gegenüber einer Kommune haben, die hierauf ausdrücklich
2260 verzichtet.

2261 **Faire Verteilung der „Schlickgelder“**

2262 Die Sedimentmanagementmittel von der Freien und Hansestadt Hamburg sollen in ein
2263 Sondervermögen fließen, über das der Landtag entscheiden soll. Wir werden dafür Sorge
2264 tragen, dass die Mittel dabei insbesondere für die Förderung der Küstenfischerei in
2265 Elbe und Nordsee eingesetzt werden. Des Weiteren geht es um die Förderung des
2266 naturnahen Tourismus an der Westküste, die Entschlickung von Hafenzufahrten und um
2267 Umweltbildungs- und kooperative Naturschutzprojekte.

2268 **Starke Sparkassen**

2269 Die Sparkassen sind für Schleswig-Holstein ein verlässlicher Partner bei der
2270 Versorgung mit geldwirtschaftlichen Leistungen in der Fläche. Insbesondere unsere
2271 mittelständische Wirtschaft versorgen sie mit Krediten. Online-Banking, gestiegene
2272 regulatorische Anforderungen und das anhaltend niedrige Zinsniveau setzen auch unsere
2273 Sparkassen zunehmend einem Zentralisierungsdruck aus. Wir stehen Fusionsplänen von
2274 Sparkassen grundsätzlich positiv gegenüber, damit diese bei der Erfüllung ihres
2275 öffentlichen Auftrags im Wettbewerb bestehen können.

2276 **Klare Signale an die Bundesebene**

2277 Über den Bundesrat werden wir uns u.a. für folgende Gesetzesänderungen auf
2278 Bundesebene einsetzen:

- 2279 • Dauerhafte Befreiung der Umsatzsteuervoranmeldung bei geringem Gewerbeertrag für
2280 die ersten zwei Jahre, um den bürokratischen Aufwand bei Unternehmensgründungen
2281 oder Nebenerwerben (z.B. Photovoltaikanlagen) zu reduzieren.
- 2282 • Wer bestellt, muss auch bezahlen: Deshalb fordern wir analog zur Konnexität auf
2283 Länderebene auch eine faire Finanzbeziehung auf Bundesebene. Umsetzungen von
2284 Beschlüssen auf Bundesebene führen oft zu dauerhaften Kostenbelastungen von Land
2285 und Kommunen. Wie bei der Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf einen
2286 Krippenplatz droht die dauerhafte finanzielle Belastung der Länder und Kommunen
2287 bei der pflichtigen Einführung der offenen Ganztagschule. Der Bund soll sich
2288 stärker an Kosten beteiligen, die durch seine Beschlüsse entstehen.
- 2289 • Evaluierung der Steuerpolitik auf ihre Wirksamkeit: Dezentral vorhandene Daten
2290 müssen anonymisiert zusammengeführt werden, um Auswirkungen von
2291 steuerpolitischen Entscheidungen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen zu können.
2292 Nur so kann valide festgestellt werden, wie die Auswirkungen z.B. auf
2293 Bürokratieaufwand, Kapitalflucht, Wachstum, Unternehmensfortführung oder
2294 Steuerumgehung sind.
- 2295 • Abschaffung unsinniger Bagatellsteuern, deren Erhebung einen unverhältnismäßig

2296 hohen bürokratischen Aufwand verursacht.

2297 **Eine effiziente öffentliche Verwaltung**

2298 Wir wollen, dass Schleswig-Holstein ein attraktiver Arbeitgeber ist. Hierzu gehören
2299 flexible Arbeitszeitmodelle, bessere Leistungsanreize und moderne Arbeitsplätze für
2300 die Beschäftigten im Landesdienst.

2301 Wir wollen neuen Beamten durch Einführung der „pauschalen Beihilfe“ zu echter
2302 Wahlfreiheit zwischen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung verhelfen und
2303 somit auch einen zunehmenden Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Ländern
2304 abschaffen.

2305 Wir fordern zudem eine Aufstockung des Versorgungsfonds dahingehend, dass er nicht
2306 nur den unvermeidlichen Anstieg der Pensionsausgaben abfedert, sondern langfristig
2307 sämtliche Pensionsverpflichtungen bedienen kann. Wir wollen dies erreichen, indem die
2308 monatlichen Zuführungen an den Versorgungsfonds für jeden neuen Beamten von bisher
2309 100 Euro sukzessive aufgestockt werden, um die tatsächlichen Personalkosten im
2310 Zeitraum der aktiven Beschäftigung abzubilden. Das Vermögen des Versorgungsfonds ist
2311 durch eine Schutzklausel in der Landesverfassung abzusichern.

2312 Wir wollen Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeit bei den Landesbediensteten
2313 erhöhen. Daher soll der Bologna-Prozess umfassend auch im Beamtentum in Schleswig-
2314 Holstein angewandt werden und akkreditierte Bachelor- und Masterabschlüsse die
2315 Befähigung für die 2. Laufbahngruppe bei 1. und 2. Einstiegsamt (ehemals gehobener
2316 und höherer Dienst) eröffnen.

2317 Es ist für uns selbstverständlich, dass Frauen und Männer bei der Besetzung von
2318 Leitungsstellen gleichberechtigt behandelt werden. Eine Gleichstellung darf jedoch
2319 nicht über das Leistungsprinzip gestellt werden. Fachliche Qualifikation gilt für uns
2320 geschlechterunabhängig. Eine paritätische Besetzung von Geschäftsführungs- und
2321 Aufsichtsorganen ist grundsätzlich anzustreben. Dieses darf jedoch nicht dazu führen,
2322 dass für die Besetzung einer Stelle nicht die geeignetste Person ausgewählt wird.
2323 Eine verpflichtende paritätische Besetzung von Geschäftsführungs- und
2324 Aufsichtsorganen bei Landesbeteiligungen lehnen wir aus diesem Grunde ab.

2325 **Moderne und zukunftsfähige Kommunen in Schleswig-Holstein**

2326 Schleswig-Holstein ist nicht nur geprägt durch seine Meere und Deiche, von Nord - und
2327 Ostsee, sondern auch durch viele Flusslandschaften, großzügigen Flächen und
2328 Naturräumen. Mit mehr als 1000 Gemeinden und Städten ist Schleswig-Holstein einer der
2329 Spitzenreiter im Bund. Die vielen Kommunen und Städte sind vielfältig,
2330 charakteristisch und schützenswert, und unabdingbar für unser soziales und
2331 wirtschaftliches Miteinander. Sie sind und prägen Schleswig-Holstein. Wir wissen um
2332 die Probleme und Bedarfe der Kommunen in unserem Land und wollen sie beim Weg in die
2333 Zukunft unterstützen, damit die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner
2334 weiterhin sicher und zukunftsorientiert auf dem Land leben können. Lebendige
2335 Ortszentren mit einem lebendigen kommunalen Leben sind Garant für Lebensqualität.

2336 Wir werden

- 2337 • den Glasfaserausbau mit Hochdruck fortführen und es als unerlässliche
- 2338 Grundversorgung erklären.
- 2339 • kommunale Digitalisierungskonzepte über die Städtebauförderung unterstützen.
- 2340 • die ärztliche Grundversorgung in den Kommunen gewährleisten, indem wir Kommunen
- 2341 auch dabei unterstützen, individuelle und innovative Versorgungskonzepte zu
- 2342 entwickeln und umzusetzen.
- 2343 • den Fortbestand und den Aufbau ehrenamtlicher gemeinnütziger und präventiver
- 2344 Einrichtungen unterstützen sowie damit die Bedeutung des Ehrenamtes stärken.
- 2345 • moderne Mobilitätskonzepte neben dem ÖPNV ausbauen, vorantreiben und fördern
- 2346 sowie eine zukunftsorientierte Lade- und Tankinfrastruktur in der Fläche
- 2347 schaffen.
- 2348 • eigenständige und interkommunale Ortsentwicklungskonzepte fördern: Die
- 2349 Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Zielvereinbarungen und
- 2350 Quartierskonzepten wird von uns unterstützt. Gerade im Hinblick auf modernes und
- 2351 strategisches Flächenmanagement der Kommunen ist das ein unabdingbares
- 2352 Steuerungselement für die Zukunft. Gleichzeitig müssen Kommunen auch weiterhin
- 2353 die Möglichkeit haben, Entwicklungschancen vor Ort für Wohnungsbau,
- 2354 Gewerbeentwicklung und Infrastruktur zu nutzen. Dies beinhaltet auch die hierfür
- 2355 erforderlichen Anpassungen an der Verkehrsinfrastruktur.

2356 **Kommunales Wahlrecht und Kommunalvertretungen weiterentwickeln**

2357 Die kommunale Selbstverwaltung braucht die aktive Mitarbeit der Einwohner in den
2358 kommunalen Parteien und Wählervereinigungen sowie den Stadt- und
2359 Gemeindevertretungen. Die Kommunalwahlen sind die grundlegende demokratische
2360 Legitimation der kommunalen Selbstverwaltung. Die zunehmende Komplexität der Aufgaben
2361 der Stadt- und Gemeindevertretungen stellt dabei auch immer höhere zeitliche
2362 Anforderungen an die ehrenamtlichen Mandatsträger. Besonders wichtig ist uns auch,
2363 die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat zu verbessern.

2364 Wir werden daher das Kommunalwahlrecht weiterentwickeln, indem wir

- 2365 • ähnlich wie bei Bundes- und Landtagswahlen eine Wahl mit Erst- und Zweitstimme
- 2366 einführen; damit werden die Chancen kleinerer Parteien und Wählervereinigungen
- 2367 gestärkt, die teils Schwierigkeiten haben in jedem Wahlkreis Kandidaten
- 2368 aufzustellen.
- 2369 • eine Mandatspause ähnlich dem dänischen Vorbild prüfen, um Mandatsträgern
- 2370 berufs- und familienbedingte „Auszeiten“ zu ermöglichen.
- 2371 • die Besetzung von Ausschusssitzen mit „bürgerlichen“ Mitgliedern („wählbare
- 2372 Bürger“) erleichtern.
- 2373 • das Streaming von Sitzungen kommunaler Gremien erleichtern: Es ist für uns
- 2374 selbstverständlich, dass Inhaberinnen und Inhaber öffentlicher Ämter dem
- 2375 Streaming öffentlicher Sitzungen nicht durch Hinweis auf das

2376 Persönlichkeitsrecht verhindern können.

- 2377 • prüfen, inwiefern die ausnahmsweise Teilnahme von Stadt- und Gemeindevertretern
2378 an Sitzungen über elektronische Medien ermöglicht werden kann, wenn wichtige
2379 familiäre oder berufliche Gründe dies erfordern.

2380 **Kommunen und Kreise stärken: Dienstleistungsorientierte Verwaltungen**

2381 Schleswig-Holstein hat 15 Kreise und kreisfreie Städte mit insgesamt 85 Ämtern. Nicht
2382 nur die Kreise und Städte verfügen über größere Verwaltungen, sondern auch die Ämter.
2383 Durch kommunale Ämterfusionen wurden in den letzten Jahren Verwaltungen und
2384 Verwaltungsaufgaben übertragen. Verwaltungen bilden ein wichtiges Fundament in der
2385 Umsetzung von Beschlüssen aus dem Ehrenamt und sind somit unerlässlich für unsere
2386 demokratischen Strukturen. Darüber hinaus sind sie Dreh- und Angelpunkt für
2387 Bürgerinnen und Bürger bei der Erledigung von wichtigen und notwendigen
2388 Behördengängen. Noch immer ist festzustellen, dass bürgerunfreundliche Öffnungszeiten
2389 und lange Bearbeitungszeiten sowie komplizierte und intransparente Anträge belastend
2390 für Bürgerinnen und Bürger sind.

2391 Viele Verwaltungen schaffen zudem Insellösungen und es gibt kaum Absprachen
2392 hinsichtlich von Arbeitsprozessen oder Synergieeffekten. Große Diskrepanzen sind hier
2393 gerade im Bereich der Zusammenarbeit von Kreis- und Kommunalverwaltungen
2394 festzustellen. Die meisten Arbeitsprozesse laufen überdies nicht digital. Weder im
2395 Bereich des Bürgerservice noch im Bereich der allgemeinen Verwaltungsstruktur.

2396 Wir werden

- 2397 • die Nutzerinnen und Nutzer der Bürgerdienstleistungen im Fokus haben und in den
2398 Verwaltungen umfangreiche elektronische Behördenleistungen anbieten.
- 2399 • Verwaltungen zu dienstleistungsorientierten Zentren umstrukturieren, damit die
2400 Bürgerinnen und Bürger in ihren verschiedenen Bedarfen unterstützt werden.
- 2401 • transparente, einfache und sichere Behördenleistungen (E-Government) schaffen,
2402 die einen Mehrwert für alle Nutzerinnen und Nutzer bieten. Der zeitliche Vorteil
2403 und Komfort sowie die Effizienz in Bereichen der Bearbeitungskultur auf Seiten
2404 der Verwaltung und auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger, sollte hier im
2405 Vordergrund stehen. Behördliche Vorgänge, die über verschiedene
2406 Verwaltungsstrukturen und Verwaltungsebenen gehen, sollten zudem auch digital
2407 für alle Nutzerinnen und Nutzer immer nachzuverfolgen sein.
- 2408 • Behördenleistungen ohne viele Nutzungsbarrieren aufbauen sowie Arbeitsabläufe
2409 und Richtlinien transparent gestalten.
- 2410 • klare Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten schaffen.
- 2411 • keine Fusionen von Ämtern oder Kreisen vorantreiben.

2412 **Hamburg und Schleswig-Holstein profitieren voneinander**

2413 Schleswig-Holstein ist ein einzigartiges Bundesland mit im Vergleich bundesweit
2414 besonders hoher Lebensqualität. Gleichzeitig ist für unser Bundesland die gute
2415 Zusammenarbeit im Ostseeraum, aber auch mit unseren norddeutschen Nachbarn von

2416 besonderer Bedeutung. Schleswig-Holstein kann mit seinen Möglichkeiten und Chancen
2417 selbstbewusst und auf Augenhöhe mit allen seinen Nachbarn handeln und gemeinsam mit
2418 den Nachbarn die Chancen der gesamten Region vergrößern. Insbesondere die
2419 Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg steht dabei im Mittelpunkt – die
2420 wirtschaftsstarke südlichen Kreise des Landes Schleswig-Holstein stehen in
2421 besonderer Beziehung zur Metropolregion Hamburg - sie tragen erheblich zur
2422 Anziehungskraft der Metropolregion Hamburg bei und profitieren gleichzeitig von ihr.

2423 **Verwaltungsersplitterung ist die große Herausforderung in der**
2424 **Metropolregion**

2425 Die OECD-Studie zur Metropolregion Hamburg von 2019 hat zudem große Potenziale, aber
2426 auch mindestens so große Probleme aufgezeigt. Diese müssen in Zusammenarbeit zwischen
2427 dem Land Schleswig-Holstein, den beteiligten Kreisen, Städten und Gemeinden und der
2428 Freien und Hansestadt Hamburg angegangen werden.

2429 Wir werden

2430 • eine gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sinne der Menschen ermöglichen:
2431 Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen, Einkaufsmöglichkeiten,
2432 Gesundheitsversorgung, Kultur, Arbeitsplätze und Verkehr müssen für die Menschen
2433 auf beiden Seiten der Landesgrenzen nahtlos verfügbar und die Erreichbarkeit
2434 auch für Pendler gesichert sein.

2435 • auf eine zügige Abschaltung des in Hamburger Eigentum befindlichen alten
2436 Kohlekraftwerks Wedel drängen.

2437 • Baustellen landesübergreifend planen, um Verkehrsbehinderungen zu reduzieren.

2438 • mit Hamburg eine verbesserte Zusammenarbeit im Hamburger Verkehrsverbund (HVV)
2439 „auf Augenhöhe“ anstreben, insbesondere in der Tarif- und Fahrplangestaltung.

2440 • mit Hamburg eine verbesserte Zusammenarbeit insbesondere auch der kommunalen
2441 Behörden anstreben, um den Hauptkritikpunkt der OECD-Gutachtens („Zersplitterung
2442 der Verwaltungszuständigkeiten“) zu adressieren und bürokratischen
2443 Mehrfachaufwand für Bürger und Unternehmen zu verringern.

2444 • Hamburg dabei unterstützen, seine einzigartige Bedeutung als große Hafenstadt
2445 und wichtigem Standort der Luftfahrtindustrie zu erhalten und auszubauen. Wir
2446 wollen flächendeckende Fluglärmmessstellen, um Flugrouten zu optimieren und
2447 Belastungen zu reduzieren.

2448 Einen „Nordstaat“ lehnen wir weiterhin ab. Die norddeutschen Bundesländer weisen
2449 einzigartige Strukturen und Eigenarten auf. Eine intensive Zusammenarbeit gerade im
2450 Sinne der Reduzierung bürokratischer Wege und gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung
2451 unterstützen wir dort, wo dies kürzere Wege, geringere Kosten und nahtlose
2452 Verfügbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht.

2453 **IV. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**

2454 **Gesundheits- und Pflegepolitik**

2455 Nicht zuletzt durch die Pandemie ist deutlich geworden, dass eine funktionierende und
2456 qualitativ hochwertige Gesundheits- und Pflegeversorgung ein absolut elementarer
2457 Bestandteil der Daseinsvorsorge ist. Die grundsätzlichen Herausforderungen sind dabei
2458 trotz Corona unverändert. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen muss und kann mit Blick
2459 auf die flächendeckende Versorgung, die Qualität der Medizin, die Vernetzung von
2460 Angeboten, die Digitalisierung und nicht zuletzt den demographischen Wandel
2461 verbessert und angepasst werden. Dabei ergeben sich für die Sektoren im
2462 Gesundheitswesen Veränderungs- und Kooperationsbedarfe genauso wie für das
2463 Zusammenwirken von Gesundheitsversorgung mit anderen Bereichen der Daseinsvorsorge,
2464 insbesondere der Pflege.

2465 Auch wenn in diesen Bereichen der Daseinsvorsorge viele Entscheidungen auf der
2466 Bundesebene getroffen werden, bestehen vor Ort verschiedene Möglichkeiten zur
2467 Weiterentwicklung und Verbesserung. Wir haben Akzente bei bundespolitischen
2468 Weichenstellungen gesetzt, etwa bei der regelhaften Errichtung von Portal- und
2469 Anlaufpraxen in Krankenhäusern, der Reform des Krankenhausentgeltrechts oder der
2470 Deckelung der Eigenanteile in der Pflege. Dennoch waren die letzten zwei Jahre
2471 natürlich vor allem durch das Krisenmanagement zur Bekämpfung der Pandemie geprägt.
2472 Hier haben wir in allen Bereichen Verantwortung übernommen, bei der Vernetzung der
2473 Leistungserbringer, dem Erlass der Corona-Bekämpfungsverordnungen, der Impfkampagne
2474 oder der Bereitstellung von medizinischen Geräten und Verbrauchsmaterialien. Zwar
2475 gilt es auch aus der Krise die richtigen Lehren zu ziehen und umzusetzen, dennoch
2476 dürfen die vorgenannten grundlegenden Herausforderungen im Gesundheitswesen nicht
2477 auch dem Fokus geraten, sondern sie müssen in den kommenden fünf Jahren in einer
2478 konsequenten Agenda zur Sicherstellung und Verbesserung der Versorgung in allen
2479 Bereichen beherzt angegangen werden.

2480 **Ambulante Versorgung: Sicherung der Versorgung vor Ort**

2481 Die ambulante Versorgung, vor allem der Weg zur Hausärztin oder zum Hausarzt, ist
2482 zumeist der erste Kontakt für medizinische Behandlungen. Darum ist die
2483 flächendeckende Versorgung mit einer guten Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und
2484 Bürger besonders wichtig. Die überwiegend freiberuflich tätigen Hausärztinnen und -
2485 ärzte sind das Rückgrat der medizinischen Versorgung und sollen daher auch in ihren
2486 Möglichkeiten gestärkt werden, damit sie diese Aufgabe als erster Ansprechpartner und
2487 als Lotse für die Patientinnen und Patienten auch weiterhin gut wahrnehmen können.
2488 Viele Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner werden in den kommenden Jahren
2489 in den Ruhestand gehen und einen großen Bedarf an Praxisnachfolgern auslösen. Dieser
2490 neuen Ärztegeneration, die teilweise andere Erwartungen an den Beruf stellt als ihre
2491 Vorgänger, muss ein Angebot gemacht werden, ihre Arbeitsstrukturen flexibel gestalten
2492 zu können. Das bedeutet weiterhin die Freiberuflichkeit des Arztberufes nicht in
2493 Frage zu stellen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass – insbesondere im
2494 ländlichen Raum – mehr Möglichkeiten zur Arbeit auch im Angestelltenverhältnis und in
2495 Teilzeit möglich sind. Der klassische Landarzt in Einzelpraxis muss daher um Angebote
2496 von Gemeinschaftspraxen, Zweigpraxen und kommunalen Gesundheitszentren ergänzt und
2497 durch telemedizinische Angebote in der Arbeit unterstützt werden. Auch wenn die

2498 Zulassung von Ärztinnen und Ärzten durch die Kassenärztliche Vereinigung erfolgt,
2499 können die Kommunen hier unterstützen.

2500 Kommunale Gesundheitszentren

2501 Kommunale Gesundheitszentren nach dem Büsser Modell sollen nach Auffassung der FDP
2502 Schleswig-Holstein zukünftig häufiger die Sicherung der Versorgung im ländlichen Raum
2503 übernehmen. Die Kommune leistet dabei administrative Unterstützung bei der Gründung
2504 und stellt ggf. geeignete Liegenschaften bereit. Idealerweise verfügen solche Zentren
2505 auch über ein angegliedertes Pflegezentrum mit dem gesamten Spektrum der Angebote von
2506 ambulanter Pflege, über Tagespflege, Familienentlastung und Kurzzeitpflege. Das Land
2507 wird sich zur Absicherung solcher Modelle in der Vergütung auf Bundesebene einsetzen
2508 und soll die Kommunen bei der Förderung unterstützen. Dabei werden wir uns dafür
2509 einsetzen, dass die Gründung kommunaler Versorgungsangebote durch möglichst schlanke
2510 kommunalrechtliche Vorgaben vereinfacht wird. Jenseits fester Kooperationen in
2511 Zentren sollten sich auch Ärzte-Netze für die fachübergreifende Vernetzung mit
2512 Pflege, ambulanter palliativer Versorgung und Hebammen öffnen.

2513 Ein weiterer Beitrag, um der räumlichen Ausdünnung der Versorgung entgegen zu wirken,
2514 besteht nach unserer Auffassung in der Stärkung der Delegation ärztlicher Leistungen,
2515 z.B. durch den verstärkten Einsatz von nicht-ärztlichen Praxisassistentinnen oder -
2516 assistenten (NäPAs) oder Physician Assistants. Diese übernehmen unterstützende
2517 Aufgaben für die Ärztin oder den Arzt, z.B. im Rahmen von Hausbesuchen. Wir setzen
2518 uns zudem dafür ein, dass solche Modelle noch konsequenter mit telemedizinischen
2519 Anwendungen einhergehen. So wird der Arzt beim Hausbesuch nicht in allem ersetzt,
2520 sondern kann auch das Beratungsgespräch auf Basis von vor Ort gemessenen und
2521 übertragenen Daten direkt mit dem Patienten führen. Aber auch feste Anlaufstellen in
2522 kleineren Orten, die über keinen eigenen Hausarzt mehr verfügen, sollen zukünftig
2523 nach dem Vorbild der Hallig-Pfleger vermehrt etabliert werden.

2524 Der Ausbau der Digitalisierung im Gesundheitswesen dient aber nicht nur der
2525 hausärztlichen, sondern auch der Stärkung der Versorgung bestimmter anderer
2526 fachärztlicher Bereiche im ländlichen Raum, wie z.B. Augenheilkunde oder
2527 Dermatologie. Der Besuch bei Fachärzten ist für den Bürger zwar im Durchschnitt
2528 deutlich seltener, dennoch sind insbesondere auf dem Land die Wege und Wartezeiten
2529 oft beschwerlich.

2530 Damit das Land weiterhin einen Beitrag zur besseren ambulanten Versorgung leisten
2531 kann, setzen wir für eine Neuauflage des erfolgreichen Versorgungssicherungsfonds
2532 ein, damit auch künftig neue Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Vernetzung,
2533 Mobilität und vor allem zukunftsfester Versorgungsangebote vor Ort auf den Weg
2534 gebracht werden können. Diese Förderung soll auch für die Vernetzung von ambulant
2535 tätigen Hebammen untereinander aber auch mit anderen Sektoren und Professionen zur
2536 Verfügung stehen, um hier das Versorgungsangebot zu verbessern.

2537 In bestimmten Lebenssituationen bleiben aber aufsuchende Angebote weiterhin
2538 unverzichtbar. Dies gilt besonders in der ambulanten palliativmedizinischen
2539 Versorgung. Hier wollen wir dazu beitragen, die Angebote weiter zu stärken und eine

2540 noch bessere Vernetzung mit den Hospizen fördern. Das Angebot an Hospizplätzen ist
2541 deutlich aufgestockt worden und dieser Ausbau soll in den kommenden Jahren
2542 abgeschlossen werden.

2543 **Unsere Krankenhäuser: Qualitätsmedizin auf Spitzenniveau**

2544 Die Krankenhauslandschaft befindet sich in einem stetigen Veränderungsprozess. Der
2545 medizinische Fortschritt ermöglicht immer mehr und immer bessere Behandlungsmethoden.
2546 Viele dieser Behandlungsmethoden erfolgen vermehrt ambulant. Diese für die
2547 Bürgerinnen und Bürger positive Entwicklung stellt aber auch manche Kliniken vor
2548 Herausforderungen, da in den bestehenden Angeboten diese Fortschritte nicht immer in
2549 Gänze abgebildet werden können, da es an der notwendigen Ausstattung mit Fachpersonal
2550 und Infrastruktur fehlt oder die Anforderungen an die ausführenden Ärztinnen und
2551 Ärzte zur Qualitätssicherung so hoch sind, dass nicht ausreichend Routinen zur
2552 Durchführung entsprechend spezialisierter Behandlungen vorhanden sind.

2553 Die FDP Schleswig-Holstein tritt für die bestmögliche stationäre Versorgung der
2554 Menschen im Land ein. Daher braucht es Investitionen in die Kliniken, um diese fit
2555 für die Zukunft zu machen. Dies betrifft nicht nur die Standorte, an denen
2556 Konzentrations- und Spezialisierungsprozesse stattfinden, sondern auch Investitionen
2557 in die Sicherung der Angebote vor Ort, die weiterhin im Rahmen der Grund- und
2558 Regelversorgung gebraucht werden. Wir setzen uns daher im Rahmen der Agenda zur
2559 Versorgungssicherung und -verbesserung für einen Masterplan Krankenhausinfrastruktur
2560 ein, in dem die stationäre Versorgung zukunftsfest gemacht und die beste Kombination
2561 aus guter Erreichbarkeit und qualitativ hochwertiger Medizin krankenhauserplanerisch
2562 abgebildet werden soll. Dabei ist insbesondere auch das Zusammenwirken der Grund- und
2563 Regelversorger sowie Schwerpunktversorger einerseits und dem Universitätsklinikum als
2564 einzigem Maximalversorger im Land mit zwei Standorten andererseits noch stärker in
2565 den Blick zu nehmen, Kooperationen zu fördern und Angebote aufeinander abzustimmen.

2566 Da dies auch mit Strukturveränderungen oder auch der Schaffung neuer Standorte
2567 einhergehen kann, wird ein solcher Masterplan mehr Geld erfordern, als nur in
2568 bestehende Strukturen zu reinvestieren, was aber die Nachhaltigkeit des Angebotes und
2569 den medizinischen Fortschritt nicht mit einzubeziehen würde. Dieser medizinische
2570 Fortschritt bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger konkrete Verbesserungen ihrer
2571 Heilungschancen. Damit dies gelingt, wollen wir eine Investitionsoffensive für die
2572 Krankenhäuser umsetzen. Zudem sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden,
2573 dass eine auskömmliche Investitionsfinanzierung gemeinsam mit den Kommunen auch in
2574 den Jahren danach sichergestellt ist.

2575 **Krankenhausfinanzierung reformieren**

2576 Viele Kliniken geraten aber auch durch die Vergütungspraxis im Rahmen der
2577 Fallpauschalen (DRGs) unter Druck. Diese Pauschalen bilden häufig nicht die Kosten
2578 der Kliniken ab und berücksichtigen insbesondere keine Vorhaltekosten. In der
2579 Pandemie hat sich die Entwicklung noch einmal deutlich verschärft und viele Häuser im
2580 Land in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Es ist den Krankenhausträgern wie
2581 auch den dort Beschäftigten hoch anzurechnen, dass sie in der Krise Ungerechtigkeiten

2582 bei der Vergütung hingenommen haben und sich auf die Hilfe für die Menschen
2583 konzentriert haben. Dennoch bedarf das Krankenhausentgeltrecht einer grundlegenden
2584 Überarbeitung, um diesen wirtschaftlichen Druck von den Kliniken zu nehmen aber auch
2585 um die Fehlanreize zu beseitigen. Bisher waren die einzig denkbaren Reaktionen der
2586 Kliniken entweder die Ausweitung des Leistungsspektrums in wirtschaftlich attraktive
2587 Bereiche oder die Reduktion von wirtschaftlich häufig unattraktiven Angeboten.
2588 Dadurch entstanden je nach Disziplin teilweise eine regionale Übersituation und auch
2589 regional nicht zielführende Versorgungsstrukturen. Wir werden uns weiterhin für
2590 entsprechende bundesrechtliche Anpassungen einsetzen, dass in der Grund- und
2591 Regelversorgung zukünftig eine neue Grundlagenfinanzierung für Basisausstattung und
2592 Vorhaltekosten eingeführt wird, damit diese Angebote vor Ort keinem unnötigen
2593 wirtschaftlichem Druck ausgesetzt werden. Zudem sollen zur Sicherung
2594 geburtshilflicher Angebote in der Grund- und Regelversorgung Hebammen-geleitete
2595 Kreissäle an Krankenhäusern mit Pädiatrie als ergänzendes Element ermöglicht werden.

2596 Da diese Versorgungsfragen einerseits von elementarer Bedeutung für jeden einzelnen
2597 Bürger sind und andererseits die Rahmenbedingungen und Zielkonflikte sehr
2598 differenziert betrachtet werden müssen, treten wir dafür ein, im Rahmen des
2599 Masterplans Krankenhausinfrastruktur auch ein Dialogforum durchzuführen, um die
2600 Möglichkeit zur Einbringung auch von Bürgern und Fachleuten zu ermöglichen.

2601 In der sektorenübergreifenden Versorgung in den Krankenhäusern sind
2602 bedauerlicherweise auf Bundesebene in den letzten Jahren die dringend notwendigen
2603 Weichenstellungen ausgeblieben. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, in Krankenhäusern
2604 den Betrieb von sog. Portal- und Anlaufpraxen rund um die Uhr zu ermöglichen, damit
2605 Notfallpatienten ihren Bedürfnissen entsprechend ambulant oder stationär versorgt
2606 werden können.

2607 **Rettungsdienste stärken**

2608 Ebenso zu einer gelingenden Behandlung im Notfall gehört die präklinische Versorgung
2609 im Rahmen des Rettungsdienstes. Die FDP Schleswig-Holstein möchte auch hier durch
2610 ergänzende Versorgungsmodelle und den Einsatz telemedizinischer Instrumente, z.B.
2611 durch den sog. Tele-Notarzt, Zeiten bis zur Erstversorgung für die Bürgerinnen und
2612 Bürger möglichst kurz zu halten. Weiterhin sollen im Rahmen der Planung für den
2613 Rettungsdienst landeseinheitliche Qualitätsindikatoren gemeinsam mit den Trägern
2614 definiert und umgesetzt werden. Außerdem sollen die Kapazitäten der Luftrettung
2615 bedarfsgerecht ausgestaltet werden, dabei gilt es insbesondere Inseln und Halligen in
2616 den Blick zu nehmen. Ebenso soll die Zusammenarbeit der Rettungsleitstellen in der
2617 Luftrettung verbessert und einheitliche Standards definiert werden.

2618 **Öffentlicher Gesundheitsdienst: Öffentliche Aufgaben zuverlässig 2619 gewährleisten**

2620 Die Pandemie hat gezeigt, dass es eines leistungsfähigen öffentlichen
2621 Gesundheitsdienstes (ÖGD) bedarf, um schnell und effektiv auf die Herausforderungen
2622 einer Krise reagieren zu können. Aber nicht nur in der Pandemie, sondern auch andere
2623 Aufgaben des ÖGD müssen in der Aufgabenwahrnehmung gestärkt werden. Wir treten daher

2624 dafür ein, die im sog. ÖGD-Pakt vorgesehenen Personalaufwüchse umzusetzen, damit in
2625 den Gesundheitsämtern und im Gesundheitsministerium auch Aufgaben jenseits der
2626 Pandemie wie Schuleingangsuntersuchungen oder sozial-psychiatrische Dienste sowie
2627 Planung und Steuerung verlässlich durchgeführt werden können. Dafür braucht es aber
2628 nicht nur mehr Stellen, sondern auch mehr Gestaltungsspielräume bei der Besetzung,
2629 vor allem in der Vergütung. Der ÖGD muss im Gesamtpaket von Sicherheit, Arbeitszeiten
2630 und Gehalt ein attraktives Alternativangebot für Berufseinsteigerinnen und
2631 Berufseinsteiger sein.

2632 Darüber hinaus muss die gute Zusammenarbeit zwischen Land und Gesundheitsämtern
2633 einerseits, aber auch der Gesundheitsämter untereinander andererseits weiter
2634 verbessert werden. Hierzu zählen gemeinsame Infrastrukturen bei IT-Lösungen und
2635 digitalen Anwendungen ebenso wie eine Stärkung und weitere Automatisierung des
2636 Meldewesens, um Gesundheitsämter und Landesmeldestelle von unnötigen
2637 Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Weiterhin schlagen wir vor, dass Land und kommunale
2638 Gesundheitsämter darüber in den Dialog treten, ob eine stärkere gemeinsame Steuerung
2639 von Inhalten und Prozessen durch konsolidierte Kennzahlen und Indikatoren sinnvoll
2640 erscheint.

2641 **Gesundheits- und Pflegeberufe: Menschen gewinnen und stärken**

2642 Ob bei der Gewinnung von ärztlichem Nachwuchs im ländlichen Raum, von
2643 Pflegefachpersonen für die Krankenhäuser oder der Altenpflege oder den
2644 Gesundheitsfachberufen, wie Ergotherapeuten oder Logopäden; überall besteht
2645 Fachkräftemangel. Dieser Fachkräftemangel hat in den Bereichen Gesundheit und Pflege
2646 eine doppelte Brisanz. Durch den demographischen Wandel kommen am Arbeitsmarkt nicht
2647 nur grundsätzlich weniger Menschen hinzu als ausscheiden. Der Umfang der zu
2648 erfüllenden Aufgaben steigt zudem, da die wachsende Zahl älterer Menschen auch mehr
2649 Behandlungsnotwendigkeiten nach sich zieht. Umso mehr müssen die Rahmenbedingungen
2650 so

2650 verbessert werden, dass mehr junge Menschen diese Berufe ergreifen wollen. Die
2651 Arbeitsbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass Belastungen und
2652 Verdienstmöglichkeiten im Vergleich zu anderen Branchen wettbewerbsfähig sind, dass
2653 sich die Verweildauer im Beruf erhöht und dass auch Aufstiegs- und
2654 Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind.

2655 Wir haben mit der Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsfachberufen und der Schaffung
2656 eines Stipendiums für die Pflege schon viel erreichen können. Dennoch müssen die
2657 Ausbildungskapazitäten weiter bedarfsgerecht entwickelt werden. Das betrifft sowohl
2658 die fachschulische Ausbildung wie auch die Studienmöglichkeiten. So sollte die Anzahl
2659 der geförderten Ausbildungsplätze bedarfsgerecht erhöht werden und ein zweiter
2660 Studienstandort für ein Pflegestudium geschaffen werden. Dabei sollte in einem
2661 ergebnisoffenen Verfahren ein Standort gefunden werden, der zu einer besseren
2662 regionalen Versorgung des Landes beiträgt. Ebenso sollten neue Berufsbilder und deren
2663 Studiengänge gestärkt werden, wie z.B. die des Physician Assistant. Des Weiteren
2664 befürwortet die FDP Schleswig-Holstein die bundesrechtliche Öffnung der dualen
2665 Pflegeausbildung mit angemesseneren Ausbildungsvergütungen. Zudem müssen der Bund

und

2666 die Länder die Möglichkeiten für Fachkräfte aus dem Ausland für die Arbeit in der
2667 Gesundheits- und Pflegebranche in Deutschland verbessern, vor allem durch einfachere
2668 Einreise- und Anerkennungsverfahren sowie mehr Sprachförderangebote.

2669 Die Arbeitsbedingungen in der Pflege hängen vor allem von den Personalschlüsseln ab.
2670 Diese sollten bundesweit evaluiert und so angepasst werden, dass der Alltag in den
2671 Krankenhäusern und Heimen auch im Sinne einer langfristigen Tätigkeit bewältigt
2672 werden kann. Die Vergütung durch die Pflegekassen muss hier ähnlich wie im
2673 Krankenhausentgeltrecht die Kosten für das tatsächlich eingesetzte Personal
2674 übernehmen. Auch die Bezahlung in der Pflege ist natürlich ein wichtiger Faktor, um
2675 den Beruf attraktiv zu machen. Dabei sollten die Pflegekassen bei den
2676 Vergütungsverhandlungen nicht nur die angespannte Arbeitsmarktlage, sondern auch die
2677 gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Pflege berücksichtigen. Damit dies gelingen
2678 kann, bedarf es eines entsprechenden Handlungsrahmens auf Bundesebene, für den sich
2679 die FDP Schleswig-Holstein einsetzen wird. Ebenfalls müssen Arbeitszeiten auch
2680 eingehalten werden können. Daher sollen gemeinsam mit den Arbeitgebern und der
2681 Arbeitsschutzbehörde Wege gefunden werden, die Arbeitszeitdokumentation so
2682 vorzunehmen, dass die Ruhe- und Pausenzeiten der Pflegenden tatsächlich gewährleistet
2683 werden können.

2684 Weiterhin sind Fortbildung und Supervision in der Zukunft wichtige Instrumente, um
2685 den Pflegeberuf attraktiv zu machen. Aus unserer Sicht können diese dazu beitragen,
2686 die Verweildauer im Beruf zu erhöhen und sie leisten einen Beitrag zum lebenslangen
2687 Lernen. Die Kosten sollen dabei von den Arbeitgebern und nicht den Pflegenden selbst
2688 getragen werden. Weiterhin legen beständige Angebote zum fachlichen Austausch den
2689 Grundstein für mögliche Zusatzqualifikationen und die berufliche Weiterentwicklung.

2690 **Selbstorganisation der Pflegekräfte**

2691 Die letzten Jahre waren geprägt von der Diskussion um die Selbstorganisation der
2692 Pflegekräfte. Durch das überwältigende Votum der Betroffenen und die darauffolgende
2693 Auflösung der Kammer wurde dem Willen der Betroffenen nun Rechnung getragen. Dennoch
2694 ist damit die Frage nach einer effektiven Vertretung der Belange der Pflegenden nicht
2695 obsolet geworden. Allerdings müssen aus unserer Sicht in erster Linie die
2696 Pflegekräfte selbst artikulieren, in welcher Form und in welchem organisatorischen
2697 Rahmen sie ihre Interessen am besten gewahrt sehen. Daher bedarf es eines
2698 demokratischen, auf möglichst breiter Beteiligung fußenden Prozesses zur Entwicklung
2699 einer echten Interessensvertretung. Diesen Prozess soll die nächste Landesregierung
2700 begleiten, ohne jedoch parteipolitische Zielvorstellung gegen den Mehrheitswillen der
2701 Pflegekräfte durchzusetzen zu wollen. Neben den Pflegekräften sollten auch die
2702 Sozialpartner in diesen Diskussionsprozess eingebunden werden. Eine von den
2703 Pflegekräften in Mehrheit getragene Organisation sollte dann bei sämtlichen
2704 landesrechtlichen Vorschriften, die die Ausübung des Pflegeberufs betreffen,
2705 einbezogen werden.

2706 **Pflegeinfrastruktur und -finanzierung**

2707 Pflegebedürftigkeit ist ein einschneidender Umstand im Leben einer jeden betroffenen
2708 Person und ihrer Angehörigen. Diese gravierende Veränderung sollte mit einer
2709 möglichst passgenauen Lösung beantwortet werden, um Würde und Selbstbestimmung zu
2710 wahren und die Lebensqualität möglichst hoch zu halten. Dazu brauchen die Betroffenen
2711 und ihre Angehörigen gute Informationsangebote. Hier haben schon in der Vergangenheit
2712 die Pflegestützpunkte einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Sie haben sich als
2713 wohnort- und bürgernahe Institutionen ausgezeichnet, die mit großer Umsicht und
2714 Kompetenz die Bürgerinnen und Bürger mit den Einrichtungen und Diensten
2715 zusammengebracht haben. Wir sprechen uns daher dafür aus, die Unterstützungsbedarfe
2716 durch Pflegestützpunkte beständig zu evaluieren und diese bedarfsgerecht auszubauen.

2717 Für alle Beteiligten ist ein Gesamtüberblick über die vorhandenen Angebote aus
2718 verschiedenen Gründen von Vorteil. Wir sprechen uns dafür aus, dass das Land daher
2719 eine landesweite Angebotsdatenbank gemeinsam mit den genannten Akteuren auf den Weg
2720 bringt, in dem alle Möglichkeiten zur Pflege und deren Auslastung erfasst sind.

2721 Immer wieder stehen Menschen, besonders im ländlichen Raum, vor der Situation, dass
2722 dringend Plätze in der Tagespflege oder der Entlastungspflege benötigt werden und
2723 Informationen zu den Angeboten nur schwer zugänglich sind. Gleiches gilt für die
2724 Kurzzeitpflege, die nach einem Krankenhausaufenthalt dringend benötigt wird, um dann
2725 in die eigene Häuslichkeit zurückkehren zu können. Für uns ist es von großer
2726 Bedeutung, dass es diesen Weg zurück in das gewohnte Umfeld geben muss und aus der
2727 Krankheit der Betroffenen oder dem Urlaub der Angehörigen nicht ein dauerhafter
2728 Heimaufenthalt wird. Dazu soll das Land die notwendigen Investitionsmittel zur
2729 Schaffung solcher Plätze bereitstellen. Allerdings trägt auch die aktuelle Form der
2730 Finanzierung der Betriebskosten in der Kurzzeitpflege dazu bei, dass solche Angebote
2731 nicht im ausreichenden Maße entstehen. Denn damit diese kurzfristig nutzbar sind,
2732 muss es auch vorgehaltene freie Kapazitäten geben. Diese werden aber noch nicht im
2733 ausreichenden Maße finanziert. Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür einsetzen,
2734 dass zukünftig eine Berücksichtigung der Betriebskosten für Kapazitätsvorhaltungen
2735 durch die Kassen übernommen wird.

2736 **Pflege muss bezahlbar bleiben**

2737 Auch zukünftig muss Pflege bezahlbar sein und darf nicht zum Armutsrisiko werden.
2738 Viele Verbesserungen in der Pflege gehen jedoch mit zusätzlichen Kosten einher. Vor
2739 dem Hintergrund des wachsenden Anteils pflegebedürftiger Menschen in der Gesellschaft
2740 muss diese beantworten, welchen Stellenwert eine qualitativ hochwertige und dennoch
2741 bezahlbare Pflege haben soll. Für die FDP Schleswig-Holstein ist weder die weitere
2742 Ausweitung von Eigenanteilen in der Pflege noch die ständige Anhebung der
2743 Pflegeversicherungsbeiträge der richtige Weg. Die Eigenanteile sollten vielmehr auf
2744 einen Höchstwert begrenzt werden und alle darüber hinaus gehenden und erforderlichen
2745 Pflegekosten sollen zukünftig von der Pflegeversicherung gezahlt werden. Damit die
2746 Kassen dies bei stabilen Beiträgen leisten können, bedarf es als dritter Säule der
2747 Finanzierung eines dauerhaften steuerfinanzierten Zuschusses aus dem Bundeshaushalt –
2748 wie es auch bei anderen Sozialversicherungssystemen bereits der Fall ist.

2749 **Digitalisierung der Pflege**

2750 Auch in der Pflege bietet die Digitalisierung große Chancen. Dennoch darf hier nie
2751 vergessen werden, dass menschliche Zuwendung nicht durch digitalisierte Prozesse oder
2752 Kontakte ersetzt werden kann. Die Digitalisierung in der Pflege muss sich also darauf
2753 konzentrieren, Abläufe für das Personal und die Verwaltung zu vereinfachen, so dass
2754 mehr Zeit für den persönlichen Austausch mit den zu Pflegenden bleibt – dies gilt
2755 insbesondere für die Pflegedokumentation. Hierzu sollte die Landesregierung ein
2756 Modellprojekt auf den Weg bringen, welches die Arbeitsweise in einem vollständig
2757 digitalisierten und mit technischen Hilfsmitteln ausgestatteten Pflegeheim erprobt.
2758 Zudem sollten in den Pflegeheimen verstärkt Angebote für die Bewohner geschaffen
2759 werden, auch noch im hohen Alter an den Möglichkeiten der digitalen Kommunikation
2760 teilzuhaben. Die Pandemie hat gezeigt, dass solche Angebote eine wichtige zusätzliche
2761 Unterstützung für den Kontakt zwischen Bewohnern und Angehörigen sein können.
2762 Allerdings kann digitale Kommunikation den persönlichen Kontakt nicht ersetzen, auch
2763 das hat die Pandemie gezeigt.

2764 **Soziales Schleswig-Holstein**

2765 Der soziale Zusammenhalt in einer Gesellschaft ist von elementarer Bedeutung für
2766 ihren Erfolg. Das heißt für alle Bürgerinnen und Bürger, ein möglichst
2767 selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dazu gilt es, den Gemeinsinn der Bürgerinnen
2768 und Bürger zu unterstützen und eine leistungsfähige soziale Infrastruktur
2769 bereitzustellen. Der öffentlichen Hand kommen dabei in beiden Feldern wichtige
2770 Aufgaben zu. Das Engagement in Familien oder im Ehrenamt braucht Rahmenbedingungen,
2771 in denen es ohne Überforderungen wirken kann. Die staatlichen Sicherungssysteme
2772 müssen zudem überall dort wirksam und umfassend greifen, wo Menschen
2773 Unterstützungsbedarfe zur Teilhabe an der Gesellschaft haben. Aufgabe des
2774 Sozialstaates ist es, hier möglichst individuell auf die persönlichen Belange
2775 einzugehen.

2776 **Zielgerichteter Sozialstaat**

2777 Ein schlagkräftiger Sozialstaat muss seine Mittel effizient einsetzen, damit
2778 möglichst zielgerichtet und nachhaltig Hilfe geleistet werden kann. Die FDP
2779 Schleswig-Holstein tritt deswegen neben der Betrachtung der Wirksamkeit staatlicher
2780 Leistungen auch für eine Erhöhung der Transparenz beim Einsatz von Mitteln und bei
2781 den von ihnen geförderten Strukturen ein. Hierbei ist zu prüfen, ob immer wieder in
2782 Form von Projekten geförderte Initiativen in eine institutionelle Förderung überführt
2783 werden sollten, genauso wie auch die Frage nach der Funktionalität vorhandener
2784 Strukturen.

2785 **Menschen mit Behinderung**

2786 Ein besonderer Schwerpunkt der Sozialpolitik auf Landesebene ist die Politik für
2787 Menschen mit Behinderungen. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die
2788 Belange von Menschen mit Behinderungen nicht nur in einer sozialpolitischen Dimension

2789 gesehen wurden, sondern dass sich die verschiedenen Lebensbereiche einer Gesellschaft
2790 wie z.B. Kultur, Verkehr oder Arbeitsmarkt für die Teilhabe von Menschen mit
2791 Behinderungen öffnen konnten und Inklusion als Querschnittsaufgabe der
2792 Landesregierung begriffen wurde. Wir treten dafür ein, dass dieser Ansatz fortgesetzt
2793 wird und unter diesem Eindruck der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-
2794 Behindertenrechtskonvention fortentwickelt wird. Ebenso treten wir für mehr
2795 Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt ein.
2796 Damit Inklusion gelingt, müssen schon die Grundlagen in der Kita und der Schule
2797 gelegt werden. Hier gilt es weiterhin, Teilhabe, wo immer es im Sinne der Kinder ist,
2798 in Regelstrukturen zu ermöglichen, die durch leistungsfähige Unterstützungssysteme
2799 flankiert werden. Daher wollen wir die Kompetenzteams Inklusion in der frühkindlichen
2800 Bildung weiter ausbauen und die Schaffung multiprofessioneller Teams in
2801 institutionalisierten Strukturen im Bereich der schulischen Inklusion voranbringen
2802 und damit das Nebeneinander von Leistungen verschiedener Aufgabenträger in ein
2803 Gesamtkonzept zusammenführen.

2804 Ehrenamt fördern und unterstützen

2805 Der Sozialstaat kann aber trotz aller notwendigen und gewünschten professionellen
2806 Strukturen und Angebote nicht auf das ehrenamtliche Engagement seiner Bürgerinnen und
2807 Bürger als Ergänzung verzichten. Damit das Ehrenamt gut arbeiten kann, braucht es
2808 auch professionelle Unterstützung, um in administrativen, organisatorischen oder
2809 fachlichen Belangen unterstützt zu werden. Nach dem Grundsatz „Ehrenamt braucht
2810 Hauptamt“ will die FDP Schleswig-Holstein insbesondere im Bereich der
2811 Jugendverbandsarbeit die Strukturen stärken. Aber auch die Ehrenamtsstrategie des
2812 Landes soll fortgesetzt und weiterentwickelt werden, um die verschiedenen
2813 ehrenamtlich Tätigen, z.B. im Sport, der Kultur oder für den gesellschaftlichen
2814 Zusammenhalt, den Rücken zu stärken. Die Pandemie war dabei eine besondere
2815 Herausforderung für die ehrenamtliche Arbeit. Daher wollen wir dafür Sorge tragen,
2816 dass Strukturen, Angebote und Netzwerke erhalten bleiben und ausgebaut werden.

2817 Unsere Senioren: Ein Leben lang selbstbestimmt

2818 Der demographische Wandel verändert unsere Gesellschaft grundlegend. Erst wenn die
2819 Vorurteile gegenüber dem Alter fallen, ist eine verantwortungsvolle und nachhaltige
2820 Politik für alle Generationen möglich. Die Pandemie hat uns sehr deutlich aufgezeigt,
2821 wo wir umdenken müssen: Der Pflegenotstand tritt nun deutlicher denn je zutage und
2822 die präventiven Gesundheitsmaßnahmen erscheinen wichtiger als zuvor. Wir wollen diese
2823 Probleme angehen, aber nicht nur reaktiv an der Problemlösung beteiligt sein, sondern
2824 auch über die Pandemie hinaus ein zukunftsfähiges Konzept entwickeln. Wir wollen
2825 nicht nur reaktiv an der Problemlösung beteiligt sein, sondern gemeinsam mit Jung und
2826 Alt neue Konzepte entwickeln und die Zukunft gestalten.

2827 Alterseinsamkeit: Zusammen sind wir weniger allein

2828 Das Gefühl von Einsamkeit entsteht, wenn wir von unserer Umwelt abgeschnitten sind.
2829 Doch jeder Mensch, ob jung oder alt, ist eine Bereicherung für die Gemeinschaft. Wir

2830 möchten Orte schaffen, an denen Menschen sich begegnen und gemeinsam ihr Miteinander
2831 gestalten. Deshalb wollen wir gezielt generationsübergreifende Wohnprojekte fördern
2832 und uns für intragenerationellen Austausch einsetzen. Junge Menschen können viel von
2833 der älteren Generation lernen und der ständige Kontakt im näheren Umfeld beugt
2834 Einsamkeit im Alter vor. Wir wollen, dass das ehrenamtliche Engagement älterer
2835 Menschen, besonders im Bildungs- und Integrationsbereich, gefördert wird. Wir halten
2836 nichts davon, Menschen aufgrund ihres Alters in unterschiedliche Gruppen zu trennen.
2837 Gemeinsam können wir mehr erreichen und uns gegenseitig unterstützen. In Schleswig-
2838 Holstein gibt es eine Vielzahl an innovativen Projekten gegen Einsamkeit, die sich
2839 gezielt an Seniorinnen und Senioren richten. Aber um an diesen Projekten
2840 teilzunehmen, muss man sie auch finden können. Deshalb setzen wir uns für eine
2841 digitale Plattform ein, auf der alle Angebote gebündelt dargestellt werden. Damit
2842 sich niemand mehr fragen muss, wo er suchen soll.

2843 **Mobilität ist Lebensqualität**

2844 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Der
2845 Bewegungsradius nimmt im Alter, besonders nach Abgabe des Führerscheins, ab. Wir
2846 wollen die dringend benötigte Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben
2847 und die Barrierefreiheit in den Transportmitteln ausbauen. Damit dies schnell
2848 umgesetzt werden kann, müssen wir bürokratische Vorgänge vereinfachen. Zwar wird die
2849 Mobilität durch einen Ausbau des ÖPNV erhöht, doch auch die individuelle körperliche
2850 Bewegungsfähigkeit spielt eine zentrale Rolle. Wir wollen deshalb zusätzlich
2851 Präventivangebote, wie z.B. Sportkurse oder Gesundheitsberatungen, ausbauen, um damit
2852 Menschen im Alter besser zu unterstützen.

2853 **Alter im (Un-)Ruhestand: Lernen ist ein lebenslanger Prozess**

2854 Bildung ist auch im Alter der Schlüssel für soziale Teilhabe, psychische Gesundheit
2855 und damit einhergehende körperliche Fitness. Deshalb wollen wir Bildungsangebote für
2856 die ältere Generation gezielt fördern. Dafür setzen wir auch auf den Ausbau der
2857 digitalen Infrastruktur. Digitalisierung bedeutet, mit seiner Umwelt in Kontakt zu
2858 bleiben und nicht den Anschluss zu verlieren. Durch die Verlagerung vieler
2859 Lebensbereiche ins Netz verändert sich die gesellschaftliche Teilhabe. Damit alle von
2860 dieser neuen Entwicklung profitieren, setzen wir uns gezielt für auf die ältere
2861 Generation zugeschnittene Programme und Lernangebote ein, die den
2862 verantwortungsvollen Umgang mit neuer Technik fördern.

2863 **Arbeiten im Alter: Selbst entscheiden, wann der Ruhestand kommt**

2864 Wir wollen eine Rente, die sich dem Menschen anpasst. Wer sich auch im
2865 fortgeschrittenen Alter noch leistungsfähig fühlt und weiterarbeiten möchte, der soll
2866 auch die Chance dazu bekommen. Dazu wollen wir das Renteneintrittsalter flexibler
2867 gestalten. Damit das funktioniert, müssen auch unsere Arbeitsmodelle beweglicher
2868 werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass sich eine Arbeit in Teilzeit nicht
2869 negativ auf die Rente auswirkt. Unternehmen, die Teilzeit im Alter fördern, müssen
2870 gezielt unterstützt werden.

2871 **Demographie & Wirtschaft: Hand in Hand in eine sichere Zukunft**

2872 Mit steigender Lebenserwartung wächst der Anspruch an neue Gesundheits- und
2873 Wohnkonzepte. Seniorinnen und Senioren bilden schon heute die kaufkräftigste
2874 Bevölkerungsgruppe. Wir wollen barrierefreies Bauen aktiv fördern. Besonderes
2875 Entwicklungspotenzial sehen wir auch im Gesundheitssektor, der mit steigender
2876 Lebenserwartung der Menschen eine zunehmende Rolle spielen wird. Damit Schleswig-
2877 Holstein an dieser Entwicklung beteiligt ist, wollen wir unser Land als Standort für
2878 Unternehmen im Gesundheitssektor attraktiver machen.

2879 **Gegen Altersarmut - Für finanzielle Stabilität im Alter**

2880 Finanzielle Stabilität ist für die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens wichtig.
2881 Doch immer mehr Menschen können von ihrer Rente allein nicht mehr leben. Wir wollen
2882 deshalb mit der bundesweiten Einführung der „Basis-Rente“ gegen Altersarmut vorgehen.
2883 Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss auch im Alter davon leben können. Armut ist
2884 oft ein Katalysator für gesellschaftliche Isolation. Wir fordern, dass die Preise für
2885 Kultur- und Versorgungsangebote laufend an die Bedürfnisse der Senioren angepasst
2886 werden, damit niemand aus finanziellen Gründen von der Gesellschaft ausgeschlossen
2887 wird.

2888 **Freiheit und Rechtsstaat**

2889 **Wie wir die Freiheit im Rechtsstaat verstehen**

2890 Wir prägen die Innenpolitik im Sinne der Bürgerrechte, eines durchsetzungsfähigen
2891 Rechtsstaats und damit letztlich jedes Einzelnen. Das zentrale Ziel unserer Politik
2892 ist die Erhaltung und Stärkung der Freiheit. Einschränkungen individueller Freiheiten
2893 können notwendig sein, sind jedoch niemals ein Selbstzweck, sondern ausschließlich
2894 berechtigt, wenn sie der Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger insgesamt dienen. Das
2895 Grundgesetz und die Landesverfassung liefern das ausreichende Rüstzeug zur
2896 Bewältigung dieser Abwägungen, insbesondere die Grundrechte von Jedem betrachten wir
2897 selbst vor dem Hintergrund einer Pandemie nie als selbstverständlich oder
2898 andersherum, gar als Privilegien. Gerade in schwierigen Zeiten von großen
2899 grundrechtlichen Einschränkungen müssen und werden sich diese Grundsätze bewähren.
2900 Wir werden in diesem Bereich der Bürgerrechts- und Rechtsstaatspolitik weiterhin ein
2901 prägendes, freiheitssicherndes Korrektiv sein.

2902 **Freiheit braucht einen leistungsfähigen Rechtsstaat**

2903 Für uns Liberale ist eine effiziente Sicherheitsarchitektur, die sich an den
2904 tatsächlichen Gefahrenlagen orientiert und gleichzeitig das subjektive
2905 Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, grundlegend für die
2906 freie Entfaltung der Menschen in Schleswig-Holstein. Wir stellen uns dabei gegen
2907 überflüssige und unangemessene Eingriffe in die Grundrechte der Bürger und stehen
2908 insbesondere immer neuen bzw. erweiterten gesetzlicher Eingriffsbefugnissen kritisch
2909 gegenüber. Stattdessen setzen wir auf eine konsequente Anwendung des Rechts, eine
2910 gute Ausstattung und Personalstärke der Sicherheitsbehörden und die Beseitigung von

2911 Vollzugsdefiziten.

2912 Leistungsfähige Polizei

2913 Die schleswig-holsteinische Landespolizei genießt zu Recht ein hohes Ansehen und
2914 erhält regelmäßig entsprechende Zustimmungswerte. Wir stehen in guter Tradition an
2915 der Seite unserer Polizei als zentralen Stützpfeiler unserer „Freiheit in
2916 Sicherheit“. Respekt gegenüber Polizistinnen und Polizisten bedeutet für uns aber vor
2917 allem auch, für gute finanzielle Rahmenbedingungen, individuelle
2918 Entwicklungsmöglichkeiten sowie eine moderne Ausstattung zu sorgen. Daher wollen wir
2919 durch ein Bündel von Maßnahmen den Beruf in der Landespolizei noch attraktiver
2920 gestalten. Daneben werden wir die Leistungsfähigkeit der Polizei erhöhen durch die
2921 Schaffung zusätzlicher Stellen und die Entlastung von polizeifremden Aufgaben. Auch
2922 wollen wir die Dokumentationspflichten für die Einsatzkräfte, soweit es geht,
2923 verschlanken.

2924 Wir wollen die Polizistinnen und Polizisten in Krisensituationen und nach belastenden
2925 Einsätzen noch stärker unterstützen und die Angebote für die psychosoziale Beratung
2926 und Betreuung ausbauen. Die Zunahme von Aggressionsdelikten auch gegenüber
2927 Polizistinnen und Polizisten sehen wir mit Sorge und werden dies nicht hinnehmen -
2928 weder im täglichen Einsatzgeschehen noch bei Demonstrationen. Daher werden wir
2929 die hierzu eingeleiteten Schritte, wie z.B. eine Respektkampagne, konsequent
2930 fortsetzen. Die Verhinderung von Straftaten durch eine zielgerichtete und effektive
2931 Präventionsarbeit wollen wir ausbauen. Dazu werden wir bestehende Konzepte evaluieren
2932 und weiterentwickeln sowie durch Stadteilkonzepte ergänzen. Die „Kriminalpräventiven
2933 Räte“ wollen wir hier mehr als in der Vergangenheit in den Vordergrund stellen.

2934 Wir werden

- 2935 • dafür sorgen, dass die Personalstärke der Landespolizei angemessen erhöht wird.
2936 Wir sehen einen gemeinsam entwickelten Personalaufbaupfad vor und wollen
2937 hierdurch auch den Abbau von in der Vergangenheit geleisteten Mehrarbeitsstunden
2938 voranbringen.
- 2939 • die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung (PDAFB) und die Fachhochschule für
2940 Verwaltung und Dienstleistung (FHVD) entsprechend ausstatten.
- 2941 • die Praxisausbilder aufwerten, denn der polizeiliche Nachwuchs ist das Kapital
2942 der Zukunft.
- 2943 • die 2. Einsatzhundertschaft für Schleswig-Holstein vollenden.
- 2944 • im „Land zwischen den Meeren“ die Wasserschutzpolizei wieder aufwerten und
2945 angemessen ausstatten.
- 2946 • die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder einführen.
- 2947 • die Bewertung des „Höheren Dienstes“ in der Landespolizei evaluieren und ggf.
2948 aufwerten, so dass er sowohl dem horizontalen als auch vertikalen Vergleich in
2949 der Landesverwaltung Stand hält.
- 2950 • die Aufstiegsmöglichkeiten in die Laufbahngruppe 2 (erstes Einstiegsamt)
2951 erhöhen.

- 2952 • Stellenhebungen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst ermöglichen, um
- 2953 Perspektiven für die Personalentwicklung innerhalb der Polizei zu verbessern.
- 2954 • die Angebote für die psychosozialen Beratung und Betreuung, insbesondere nach
- 2955 belastenden Einsätzen, ausbauen.
- 2956 • durch Verlagerung der Zuständigkeiten die Polizei von polizeifremden Tätigkeiten
- 2957 entlasten.
- 2958 • durch Verschlankung der Dokumentationspflichten die Einsatzkräfte von unnötiger
- 2959 Bürokratie befreien und Verwaltungsaufgaben an Verwaltungskräfte übertragen.
- 2960 • die zeitgemäße, insbesondere auch digitale, Ausstattung fortlaufend überprüfen
- 2961 und sicherstellen.
- 2962 • eine Sportfördergruppe nach dem Vorbild anderer Bundesländer initiieren.

2963 **Bekämpfung von besonderen Erscheinungsformen der Kriminalität**

2964 Einzelne Erscheinungsformen der Kriminalität, wie (Wohnungs-)Einbruchsdiebstähle,
2965 insbesondere durch professionell agierende, reisende Tätergruppierungen, können das
2966 Vertrauen der Bürger in den staatlichen Schutz ihres unmittelbaren Lebensbereiches
2967 und ihres Eigentums nachhaltig erschüttern. Wir setzen uns daher weiterhin für die
2968 Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität als besonderen Schwerpunkt der
2969 Polizeiarbeit ein. Auch in diesem Zusammenhang darf die Sicherheit der Bürger nicht
2970 vom jeweiligen Wohnort abhängen. Um die öffentliche Sicherheit in unserem Land weiter
2971 zu verbessern, setzen wir uns für den Erhalt von Polizeidienststellen auf der
2972 Grundlage eines tragfähigen Konzeptes für die Flächenpräsenz ein.

2973 Neben den großen Chancen, welche die Digitalisierung uns bietet, rücken zunehmend
2974 auch deren Risiken in den Fokus. Hierzu gehören Straftaten, die im Internet begangen
2975 werden. Wir werden daher die personelle und sachliche Schwerpunktsetzung auf diesem
2976 Gebiet innerhalb der Landespolizei ausbauen. Dies gilt nicht nur für die bereits
2977 erfolgte Schwerpunktbildung im Landeskriminalamt, sondern auch in der täglichen
2978 Ermittlungsarbeit in den Polizeidienststellen. Hier setzen wir uns für eine
2979 flächendeckende Schwerpunktbildung mit stärkerer personeller Hinterlegung ein.

2980 Wir werden

- 2981 • die Flächenpräsenz der Landespolizei gewährleisten.
- 2982 • das Einbruchsschutzprogramm des Landes fortführen.
- 2983 • im Rahmen eines Modellprojekts mit (rechts-)wissenschaftlicher Unterstützung und
- 2984 unter besonderer Berücksichtigung grundrechtlicher Aspekte die objektbezogene
- 2985 Analyse von Falldaten zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger
- 2986 Straftaten („Predictive Policing“) und den Einsatz künstlicher Intelligenz
- 2987 ergebnisoffen erproben.
- 2988 • einen besonderen Schwerpunkt in der Bekämpfung der Kriminalität im Internet
- 2989 (Cyberkriminalität) legen sowie hierzu die personelle und sachliche Ausstattung
- 2990 der Landespolizei deutlich erhöhen. Hierbei werden wir insbesondere auch die
- 2991 erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, um entsprechende Spezialistinnen und

2992 Spezialisten für den Dienst bei der Landespolizei gewinnen zu können.

2993 **Bekämpfung von Extremismus**

2994 Die FDP Schleswig-Holstein steht für Vielfalt und liberale Werte in Schleswig-
2995 Holstein. Damit geht für uns unweigerlich der Kampf gegen jeden politischen,
2996 weltanschaulichen und religiösen Extremismus einher. Die Wehrhaftigkeit der
2997 Demokratie und des Rechtsstaates ist für uns nicht verhandelbar.

2998 Wir wollen, dass der Verfassungsschutz seine gesetzlichen Befugnisse wirksam zur
2999 Anwendung bringen kann. Neue Maßnahmen der Informationserhebung und der
Überwachung

3000 lehnen wir ab, solange nicht eine Bewertung in der Gesamtschau mit den bereits
3001 bestehenden Befugnissen ein zwingendes Erfordernis ergibt. Regelungen, die in ihren
3002 Auswirkungen alle unter Pauschalverdacht stellen, können in der Abwägung zwischen
3003 Sicherheit und Freiheit nicht erforderlich sein. Der in allen extremistischen Milieus
3004 erfolgte Rückzug in virtuelle Räume und die technische Komplexität der eingesetzten
3005 Mittel bedingen eine Ausstattung des Verfassungsschutzes mit Sachmitteln, die in der
3006 Qualität denen der Extremisten nicht nachstehen. Sie erfordern kompetentes und
3007 handhabungssicheres Personal, welches auch technisch komplexe Sachverhalte erkennen
3008 und bewerten kann.

3009 Ein besonderes Augenmerk in der Sicherheitsarchitektur Schleswig-Holsteins werden wir
3010 auf den Rechtsextremismus und damit einhergehende politisch motivierte Straftaten
3011 richten. In den letzten Jahren ist dieser konstant gestiegen und kam bereits in
3012 Terrornetzwerken wie dem NSU zum Ausdruck. Politische Forderungen dürfen dabei keine
3013 Lippenbekenntnisse bleiben, oberstes Ziel ist deswegen für uns auch hier die
3014 angemessene Ausstattung der Behörden, hinzu kommt die Förderung von Programmen gegen
3015 Rechtsextremismus sowie die unzweifelhafte Distanzierung von denjenigen politischen
3016 Organisationen in unserem Land, die Rechtsextremismus in ihren Reihen dulden oder gar
3017 hofieren.

3018 Eine weitere, wieder zunehmende Gefahr, geht vom Linksextremismus aus. Wir vernehmen
3019 hier leider immer wieder Verharmlosungen. Es gibt jedoch keinen „guten“ oder gar
3020 besseren oder schlechteren politischen Extremismus. Entsprechend distanzieren wir uns
3021 hier ebenso unzweifelhaft und wollen für unser Land gegen Linksextremismus politisch
3022 und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen.

3023 Zudem wenden wir uns gegen jeden religiösen sowie weltanschaulichen Extremismus.
3024 Insbesondere beobachten wir neue Bewegungen wie die sogenannten „Querdenker“ mit
3025 großer Sorge. Der notwendige Diskurs in Gesellschaft, Wissenschaft und Politik darf
3026 nicht durch Verschwörungstheoretiker und einseitige Feindbilder geschmährt werden.

3027 Extremistische Organisationen werden immer wieder, oftmals kaum transparent, indirekt
3028 oder versehentlich, auch staatlich gefördert. In Schleswig-Holstein werden wir dies
3029 genau überprüfen und Förderungen unterbinden.

3030 Wir wollen

- 3031 • die angemessene personelle und moderne Ausstattung des schleswig-holsteinischen
3032 Verfassungsschutzes sicherstellen und die Kooperation mit anderen Landesämtern,

3033 insbesondere zur Überwachung von extremistischen Aktivitäten im Internet,
3034 ausbauen.

3035 • die Förderung von Aussteigerprogrammen wie von KAST e.V. oder die Regionalen
3036 Beratungsteams gegen Rechtsextremismus fortsetzen und ggf. sogar ausweiten.

3037 • Förderungen konsequent überprüfen und unterbinden, wenn diese direkt oder
3038 indirekt in vom Verfassungsschutz beobachtete oder sich zu extremistischen
3039 Gebilden bekennende Organisationen fließen.

3040 Dienstleistungsorientierte und effiziente Justiz

3041 Leistungsfähige Gerichte und Staatsanwaltschaften

3042 Eine unabhängige und effektive Justiz ist das Fundament unseres Rechtsstaates. Unsere
3043 Gerichte sind für die Durchsetzung privater Ansprüche und die Verteidigung der
3044 Rechtsordnung gegen Kriminalität sowie vor allem auch für den Rechtsschutz gegen
3045 staatliche Eingriffe unerlässlich. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich dabei
3046 darauf verlassen können, dass sie ihre Rechte in überschaubaren Zeiträumen
3047 durchsetzen können. Überlange Verfahrensdauern hingegen führen zu einem Verlust des
3048 Vertrauens in die Justiz und wirken sich schädlich auf die wirtschaftliche
3049 Attraktivität des Landes aus. Eine gut funktionierende Justiz ist ein Standortvorteil
3050 für Schleswig-Holstein. Wir werden uns daher auch weiterhin nachdrücklich für eine
3051 sachlich moderne und personell gut ausgestattete Justiz einsetzen. Hierfür werden wir
3052 auch den Pakt für die Justiz mit der Bundesebene und insbesondere die hier
3053 angekündigte Erweiterung um einen Digitalpakt für die Justiz nutzen.

3054 Die Staatsanwaltschaften in unserem Land leisten durch eine konsequente Verfolgung
3055 von Straftaten einen ganz wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Bürgerinnen und
3056 Bürger. Auch sie müssen daher personell und materiell so gut ausgestattet sein, dass
3057 sie Straftaten zeitnah aufklären und Straftäter rasch einer Sanktion zuführen können.

3058 Wir werden

3059 • uns weiterhin für eine angemessene und wettbewerbsfähige Besoldung aller in der
3060 Justiz Beschäftigten einsetzen. Wir wollen leistungsstarkes Personal für
3061 Schleswig-Holstein gewinnen und Abwanderungen in andere Länder oder andere
3062 Berufe verhindern. Berufliche Vorerfahrungen müssen bei der Entlohnung ebenso
3063 berücksichtigt werden wie die Übernahme herausgehobener Tätigkeiten. Wir wollen
3064 zusätzliche Anreize schaffen, um die Besoldung attraktiver zu gestalten und
3065 Leistung zu belohnen. Dazu muss das Besoldungssystem ganzheitlich überprüft
3066 werden.

3067 • bis zum Ende der kommenden Wahlperiode alle Gerichte und Staatsanwaltschaften in
3068 Schleswig-Holstein auf eine elektronische Aktenführung umstellen und hierbei
3069 derzeit bestehende Medienbrüche insbesondere in der Zusammenarbeit mit allen
3070 Justiz-, Polizei- und Verwaltungsbehörden sowie den rechtsberatenden Berufen,
3071 möglichst umfassend beseitigen.

3072 • die für eine konsequente Digitalisierung der Justiz erforderliche Ausstattung

- 3073 aller Dienststellen mit IT-Technik und IT-Personal sicherstellen und für die
3074 notwendige Fortbildung der gesamten Mitarbeiterschaft sorgen. Besonderes
3075 Augenmerk ist darauf zu richten, dass eine wirksame Verfolgung der Cyber-
3076 Kriminalität gewährleistet wird.
- 3077 • die Durchführung von Gerichtsverhandlungen im Wege der Videokonferenz als
3078 bürgerfreundliche Form der Verfahrensgestaltung stärken und hierfür die
3079 rechtlichen und technischen Voraussetzungen verbessern.
 - 3080 • eine landesweite Servicestelle einrichten, bei der Bürgerinnen und Bürger
3081 niedrigschwellig und barrierefrei Fragen zur Justiz stellen können und Hinweise
3082 zum gerichtlichen Zugang erhalten.
 - 3083 • zur Sicherstellung der erforderlichen Bürgernähe weder Standortveränderungen
3084 oder -schließungen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, noch Zusammenlegungen
3085 von Gerichtszweigen, insbesondere der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit,
3086 durchführen, weil angesichts von nur vier Sozialgerichten und einem
3087 Verwaltungsgericht die Bürgernähe leiden würde und eine messbare Verbesserung
3088 der Arbeitsabläufe nicht zu erwarten ist. Im Hinblick auf die
3089 Verwaltungsgerichtsbarkeit werden wir sogar prüfen, ob ein zweites
3090 Verwaltungsgericht im Süden des Landes mit vertretbarem Aufwand realisierbar
3091 wäre.
 - 3092 • die von der Bundesregierung beabsichtigte Beschleunigung von Planungsverfahren
3093 unterstützen und damit den Wirtschafts- und Energiestandort Schleswig-Holstein
3094 stärken. Wir werden das Oberverwaltungsgericht personell so verstärken, dass es
3095 spezialisierte Senate für Bau- und Infrastrukturrecht einrichten kann.
 - 3096 • eine Überprüfung der Arbeitsabläufe von Richterinnen und Richtern zur Stärkung
3097 der Konzentration auf richterliche Kernaufgaben vornehmen und hierzu die
3098 Einführung von Standards für die sog. Richterassistenz, also der Unterstützung
3099 der Richter durch Vorarbeit der Geschäftsstellen, prüfen.
 - 3100 • alle Formen der gütlichen Streitbeilegung und die Stärkung von
3101 Schlichtungsstellen oder Schiedsgerichten, wie sie bei berufsständischen
3102 Kammern, Verbänden oder im Sport existieren, maßvoll ausbauen. Hier kann die
3103 Justiz noch mehr als bisher kompetent und effektiv entlastet werden.
 - 3104 • in der Justiz darf es nicht wegen Krankheit, Mutterschutz, Elternzeiten oder
3105 anderer Abwesenheiten zu längerfristigen Unterbesetzungen kommen. Es muss ein
3106 Stellenpuffer geschaffen werden, aus dem Personallücken mit versetzbarem
3107 Personal kurzfristig geschlossen werden können.
 - 3108 • die Ernennung sowie die Beförderung und Versetzung von Richterinnen und Richtern
3109 durch den Richterwahlausschuss und das Justizministerium ausschließlich am
3110 Maßstab der Bestenauslese orientieren. Das Beurteilungsrecht werden wir - im
3111 Einklang mit der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung - durch Gesetz neu
3112 regeln.
 - 3113 • die Werbung um den beruflichen Nachwuchs aller Dienste verstärken: Dazu
3114 muss sich die Justiz planmäßig in den relevanten Bildungseinrichtungen

3115 vorstellen, um junge Menschen frühzeitig vor der Berufswahl zu erreichen.
3116 Vor allem muss sich die Justiz wirkungsvoll online präsentieren und online
3117 qualifiziert erreichbar sein.

3118 **Für einen modernen Strafvollzug**

3119 Die FDP Schleswig-Holstein tritt für einen modernen Strafvollzug ein, der nicht nur
3120 die Gesellschaft vor gefährlichen Straftäterinnen und Straftätern schützt, sondern
3121 diese auch zu einem zukünftigen Leben ohne Straftaten befähigt. Hierfür bedarf es gut
3122 ausgebildeter und hoch motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich des
3123 Strafvollzugs. Zum Schutz der Opfer und zur Wiedereingliederung der Straffälligen in
3124 unsere Gesellschaft sind nicht nur pädagogische Angebote, sondern insbesondere
3125 berufliche Bildungs- und Entwicklungsmaßnahmen erforderlich. Gleichzeitig ist für uns
3126 der Opferschutz ein wichtiges Anliegen. Opfer von Kriminalität und ihre Angehörigen
3127 müssen durch konkrete Hilfsangebote unterstützt werden. Daher werden wir die
3128 Zusammenarbeit mit freien Trägern wie dem Weißen Ring, Vereinen oder den
3129 Interventionsstellen gegen Gewalt in sozialen Beziehungen sowie den
3130 Zeugenschutzprogrammen in den Gerichten weiter ausbauen.

3131 Wir werden

- 3132 • den begonnenen Personalaufbaupfad im Justizvollzug fortsetzen und diesen mit
3133 einer gezielten Werbekampagne zur Nachwuchsgewinnung unterstützen.
- 3134 • die Zusammenarbeit mit freien Trägern wie dem Weißen Ring, Vereinen oder den
3135 Interventionsstellen gegen Gewalt in sozialen Beziehungen sowie den Ausbau von
3136 Zeugenschutzprogrammen in den Gerichten weiter ausbauen.
- 3137 • den Schutz vor Gewalt in der Haft, sowohl für Beschäftigte als auch für
3138 Inhaftierte, sowie die Suizidprävention verbessern.
- 3139 • einen Epidemieplan für den Justizvollzug entwickeln, der Beschäftigte wie auch
3140 Inhaftierte schützt und gleichzeitig verhindert, dass nicht-infizierte
3141 Inhaftierte isoliert werden.
- 3142 • Resozialisierungs- und Rückfallevaluationen durchführen, die den Erfolg
3143 einzelner Maßnahmen rückblickend betrachten.
- 3144 • die Betreuung von Inhaftierten, die als Gefährder eingestuft werden, durch
3145 speziell auf die jeweilige Ideologie geschulte Vollzugsbeschäftigte durchführen
3146 lassen und nachweislich erfolgreiche De-Radikalisierungsprogramme nutzen. Wenn
3147 möglich, sind Gefährder von für Radikalisierung anfälligen Gefangenen, z.B.
3148 Erstinhaftierten, zu trennen.

3149 **Gewährleistung von Brand- und Katastrophenschutz**

3150 Der Brand- und der Katastrophenschutz nimmt für unsere Sicherheit eine herausragende
3151 Stellung ein. Die Menschen in Schleswig-Holstein sollen sich stets sicher sein, dass
3152 sich die öffentliche Hand kompetent auf Katastrophen- und Schadensfälle vorbereitet,
3153 sie im Einsatzfall professionell schützt und ihnen umfassend hilft. Die FDP
3154 Schleswig-Holstein steht fest an der Seite der überwiegend ehrenamtlichen

- 3155 Organisationen wie den Feuerwehren, der DLRG, dem Technischen Hilfswerk oder dem
3156 Deutschen Roten Kreuz (DRK) und weiteren Organisationen. Wir werden uns für eine
3157 moderne Ausstattung und Ausbildung einsetzen. Wir wollen die bestmöglichen
3158 Rahmenbedingungen für die „Blaulichtfamilie“ schaffen.
- 3159 Dabei werden die Herausforderungen größer und komplexer. Wir sehen den
3160 Katastrophenschutz deshalb immer als „lernende Organisation“ an und unterstützen
3161 diejenigen, die sich in diesem Bereich engagieren. In diesem Sinne werden wir die
3162 Neuausrichtung des Brand- und Katastrophenschutzes („10-Punkte-Plan“) in Schleswig-
3163 Holstein fortschreiben. Wir fordern in Bezug auf die Ausrichtung des
3164 Katastrophenschutzes eine bessere Koordination der Stäbe von Bund und Ländern bis in
3165 die Kreise, allerdings soll die föderale Zuständigkeit erhalten bleiben.
- 3166 Der Klimawandel kann zu einem häufigeren Auftreten von Naturkatastrophen führen,
3167 weshalb ein effektives Warnsystem dringend notwendig ist. Hierbei wollen wir auch die
3168 Chancen der Digitalisierung nutzen. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Ausrüstung
3169 der Katastrophenschutzeinheiten weiter zu modernisieren, um Gefahrenlagen effektiv
3170 bewältigen zu können.
- 3171 Eine nicht wegzudenkende Rolle nimmt dabei das ehrenamtliche Engagement von
3172 zehntausenden Bürgerinnen und Bürgern ein. Angesichts der demographischen Entwicklung
3173 und anderer Veränderungen in unserer Gesellschaft wird die Beibehaltung dieser
3174 Strukturen in den nächsten Jahren eine große Herausforderung werden. Durch die
3175 Pandemie wurden die Organisationen in ihrer Mitgliederwerbung eingeschränkt. Hier
3176 erkennen wir, dass die ehrenamtliche „Blaulichtfamilie“ in den nächsten Jahren auf
3177 mehr Unterstützung angewiesen sein wird, um ihren Personalbedarf zu decken. Wir
3178 sprechen uns daher für eine landesweite Strategie zur Entwicklung der
3179 Mitgliederwerbung aus, um das Ehrenamt nachhaltig attraktiver machen. Dazu zählt für
3180 uns auch die Förderung der Jugendarbeit in den Feuerwehren und Organisationen. Die
3181 Einführung von Pflichtfeuerwehren wollen wir nach Möglichkeit vermeiden und den
3182 Gestaltungsrahmen zur Organisation der Wehren nach den örtlichen Gegebenheiten
3183 verbessern.
- 3184 Viele Feuerwehren und Organisationen in Schleswig-Holstein haben in den letzten
3185 Jahren moderne digitale Technik zur Einsatzunterstützung (wie z.B. Drohnen)
3186 beschafft. Wir wollen hierzu mit dem Landesfeuerwehrverband entsprechende Lehrgänge
3187 entwickeln, um die Ausbildung zu vereinheitlichen und weiter zu professionalisieren.
- 3188 Wir wünschen uns, dass alle Einsatzkräfte unbeschadet aus ihren Einsätzen
3189 zurückkehren. Die belastenden Einsätze nehmen für diese Kräfte zu, weshalb wir die
3190 Betreuung nach belastenden Einsätzen weiter verbessern wollen.
- 3191 Wir werden
- 3192 • den Katastrophenschutz weiter modernisieren und strukturell verbessern und den
3193 10-Punkte-Plan der Landesregierung kontinuierlich fortschreiben.
 - 3194 • uns für die Entwicklung eines gemeindeübergreifenden Brandschutzes im ländlichen
3195 Raum einsetzen, um die gemeinsame Nutzung technischer und personeller Ressourcen
3196 besser zu koordinieren und die Verfügbarkeit zu gewährleisten.

- 3197 • gute Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendfeuerwehren schaffen und uns für
- 3198 weitere Neugründungen in diesem Bereich einsetzen.
- 3199 • den Landesfeuerwehrverband bei seiner Arbeit und insbesondere im Bereich der
- 3200 Mitgliederwerbung unterstützen.
- 3201 • die verschiedenen Organisationen und vor allem die vielen Freiwilligen
- 3202 Feuerwehren von unnötiger Bürokratie entlasten, damit sie sich auf ihre
- 3203 eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.
- 3204 • die Betreuung bei besonders belastenden Einsätzen ausbauen.
- 3205 • die Schaffung von neuen Lehr- und Ausbildungsinhalten unterstützen, um die
- 3206 Nutzung digitaler Technik in den Feuerwehren und Organisationen zu verbessern.

3207 **Sport hat einen hohen Wert – in allen Lebenslagen**

3208 In unserer Gesellschaft spielt Sport eine herausragende Rolle mit einer großen
3209 sozialen und kulturellen Bedeutung. Für uns stehen besonders die gesundheitlichen
3210 Vorteile und der präventive Charakter des Sports für unsere Bürgerinnen und Bürger,
3211 egal ob Jung oder Alt, im Vordergrund. Sport leistet zudem einen großen Beitrag zur
3212 Integration und Inklusion, vermittelt wichtige demokratische Werte und fördert den
3213 sozialen Zusammenhalt. Zudem spielt der Sport eine wichtige Rolle bei der
3214 Gewaltprävention. Bei uns in Schleswig-Holstein kommt dem Sport bereits ein sehr
3215 hoher Stellenwert zu, doch darf auch der wirtschaftliche Mehrwert des Sportes für
3216 unser Land nicht außer Acht gelassen werden.

3217 In den letzten Jahren haben wir bereits einiges erreicht: Der Sanierungsstau der
3218 Sportstätten wurde angepackt, die Erhaltung der kommunalen Sportinfrastruktur
3219 unterstützt und auch die Förderung der kommunalen eSport-Infrastruktur wurde in die
3220 Wege geleitet. Der Zukunftsplan „Sportland Schleswig-Holstein“ wurde gestartet und
3221 mit dem Sportförderungsgesetz finanziell hinterlegt. Dennoch besteht weiterhin ein großer
3222 Sanierungsbedarf unserer Sportstätten und Schleswig-Holstein ist weit davon entfernt,
3223 Austragungsort von Sportgroßveranstaltungen zu sein.

3224 Wir werden

- 3225 • Sportverbände und -vereine besser unterstützen.
- 3226 • Nachwuchstalente sowie Integration und Inklusion fördern.
- 3227 • unterstützen, dass überregionale und internationale Sportwettbewerbe in
- 3228 Schleswig-Holstein stattfinden.

3229 **Sportstättenanierung und Leistungssport**

3230 Wir werden die Sanierung der kommunalen Sport- und Schwimmstätten in unserem Land
3231 weiter befördern, so dass Schul- und Breitensport entsprechend profitieren können.
3232 Barrierefreiheit, Inklusion und Nachhaltigkeit sind Faktoren, die dabei zu
3233 berücksichtigen sind. Breitensport ist die Basis für Spitzensport, aber der
3234 Breitensport braucht zugleich auch den Spitzensport, denn ohne starke Vorbilder und
3235 sportliche Spitzenleistungen von Athletinnen und Athleten funktioniert der
3236 Breitensport nicht. Wir fördern daher moderne Stützpunkte und Leistungszentren für

3237 qualitativ hochwertige Spitzenleistungen.

3238 Wir werden

3239 • das Programm zur Sanierung und Modernisierung der kommunalen Sportstätten und
3240 Schwimmstätten fortsetzen.

3241 • im Rahmen des Zukunftsplans „Sportland Schleswig-Holstein“ die erforderliche
3242 Infrastruktur für die Durchführung von Sportgroßveranstaltungen weiter
3243 vorantreiben, indem wir für die Errichtung bzw. den Ausbau von entsprechend
3244 geeigneten Sportstätten sukzessive vorantreiben.

3245 • uns dafür einsetzen, dass auch auf Ebene des Bundes sowie der EU ein Programm
3246 für die sportpolitischen, planerischen und finanzpolitischen Entscheidungen zur
3247 Entwicklung der Sportinfrastruktur auflebt. Dabei gilt unser Augenmerk auch dem
3248 Erhalt der Schwimmbäder (als Teil der Daseinsvorsorge), der Bestandssicherung
3249 der Kunstrasenplätze oder dem Ausbau für Anlagen von Trendsportarten z.B. für
3250 Stadtteilprojekte.

3251 **Ohne Ehrenamt kein Sport**

3252 Wir setzen uns für eine angemessene Erhöhung der Pauschalen für Übungsleiter und
3253 Ehrenamtler ein. Das ehrenamtliche Engagement ist essenziell für den Sport und soll
3254 durch verbesserte Rahmenbedingungen die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen.
3255 Gerade jetzt muss der Breitensport gestärkt werden, um auch zukünftig noch weiterhin
3256 als gesellschaftlicher Begegnungsort fungieren zu können.

3257 Wir werden

3258 • uns für eine Stärkung des Ehrenamtes sowohl ideell als auch materiell mit einer
3259 landesweiten Ehrenamtskampagne und einer kontinuierlichen Fortschreibung der
3260 Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale einsetzen.

3261 • uns für den Abbau bürokratischer Hürden und die Minimierung der Haftungsrisiken
3262 einsetzen.

3263 **Für ein zeitgemäßes Zuwanderungsrecht**

3264 Wir setzen uns in allen Lebensbereichen für eine freiheitliche und moderne
3265 Gesellschaft ein. Religiöse oder ethnische Hintergründe von Menschen sollen keine
3266 Rolle dabei spielen, wie sich individuelle Biografien in Schleswig-Holstein
3267 entwickeln können. Wir setzen uns für ein tolerantes und weltoffenes Miteinander ein.
3268 Jeder soll auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Werte und Gesetze die
3269 Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft einzubringen und zu integrieren. Es gilt,
3270 klar zu trennen zwischen humanitärer Hilfe und subsidiärem Schutz, den wir
3271 Flüchtlingen zuteilwerden lassen und einer transparenten Zuwanderungspolitik. Wir
3272 unterstützen eine legale Zuwanderung nach klaren Kriterien. Demzufolge unterstützen
3273 wir die Vereinbarungen aus dem Ampel-Koalitionsvertrag auf Bundesebene zu einem
3274 Zuwanderungsgesetz, denn Deutschland ist ein Zuwanderungsland und benötigt
3275 dementsprechend ein gebündeltes Zuwanderungsgesetzbuch.

3276 Deshalb gilt für uns:

- 3277 • Wir brauchen ein sinnvolles Zuwanderungsgesetz und werden entsprechende
- 3278 Initiativen auf Bundesebene konstruktiv begleiten.
- 3279 • Wir brauchen schnellere und bundesweite Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- 3280 (Ausbildung und Studium) oder zumindest Teilanerkennungen, so dass hier keine
- 3281 ganzen Ausbildungsgänge noch einmal durchgeführt werden müssen.
- 3282 • Die brauchen sinnvolle Möglichkeiten, dass Betroffene eine doppelte
- 3283 Staatsangehörigkeit annehmen können.
- 3284 • Wir unterstützen Bestrebungen, eine beschleunigte Einbürgerung bei nachweislich
- 3285 sehr guter Integration zu ermöglichen.
- 3286 • Wir unterstützen eine schnelle Verbesserung von Sprachkenntnissen über ein
- 3287 breites und kostengünstiges Angebot von Sprach- und Integrationskursen.

3288 **Humanitäre Flüchtlingspolitik mit klaren Regeln**

- 3289 Menschen, die vor Krieg fliehen oder individueller Verfolgung (politisch, sexuelle
- 3290 Orientierung, Geschlecht, Ethnie, Religion) müssen die Möglichkeit behalten, in
- 3291 Deutschland Schutz zu suchen und zu erhalten.
- 3292 Damit Schleswig-Holstein schnell zu einem neuen Zuhause für Geflüchtete werden kann,
- 3293 muss ein schneller und einfacher Zugang zu Integrations- und Sprachkursen
- 3294 gewährleistet werden. Auch die Möglichkeit, sich in den Arbeitsmarkt einbringen zu
- 3295 können, wirtschaftlich unabhängig zu werden und sich darüber in die Gesellschaft zu
- 3296 integrieren, muss unkompliziert ermöglicht werden.
- 3297 Deshalb fordert die FDP Schleswig-Holstein
- 3298 • frühestmögliche Integrations- und Sprachkurse.
- 3299 • Möglichkeiten, um vom Flüchtlings- in einen Zuwandererstatus zu wechseln. Bei
- 3300 besonderen Integrationsleistungen und wirtschaftlicher Selbstständigkeit muss
- 3301 der Spurwechsel möglich werden.
- 3302 • eine angemessene Unterstützung der Kommunen auch durch den Bund, denn
- 3303 Unterbringung, Sprachkurse etc. verursachen enorme Kosten.
- 3304 • spezielle Aufklärungskurse für Frauen und Mädchen über ihre Rechte in
- 3305 Deutschland. Integrationsmaßnahmen müssen grundsätzlich auf Basis der Werte des
- 3306 Grundgesetzes erfolgen.
- 3307 • die Sicherung der Finanzierung ehrenamtlicher Integrationsprojekte über
- 3308 angemessene Förderungen und niedrige Hürden.
- 3309 • Kriterien für sichere Herkunftsstaaten stärker zu differenzieren und damit die
- 3310 Möglichkeit für Asylsuchende zu schaffen, auch nach einzelnen Kriterien Asyl zu
- 3311 beantragen (z.B. Religion, Sexualität, politische Überzeugungen, Geschlecht,
- 3312 etc.).
- 3313 • konsequente Rückführung, wenn weder akuter Schutz nach Kriterien des Asylrechts
- 3314 noch Kriterien des Zuwanderungsrechts erfüllt werden.
- 3315 • schnelle und konsequente Umsetzung von Entscheidungen zum Bleiberecht: Menschen
- 3316 können nicht jahrelang in einem Duldungsstatus verharren und in der Luft hängen

- 3317 gelassen werden. Wenn der deutsche Staat es nicht schafft, die Ausreisepflicht
3318 durchzusetzen, dann muss man den Menschen eine verlässliche Perspektive bieten,
3319 damit sie die Chance haben am Gesellschafts- und Wirtschaftsleben teilzuhaben.
3320 Ein Spurwechsel muss auch nach gescheitertem Asylverfahren möglich sein.
- 3321 • Sanktionen beim Missbrauch des Sozialrechts: Diese müssen bei missbräuchlicher
3322 Inanspruchnahme – wie überall - konsequent verhängt werden.
 - 3323 • beim Asylgrund „Verfolgung wegen sexueller Identität“, dass die Verfahren und
3324 die Unterbringung für LSBTIQ-Geflüchtete sicher sein müssen.

3325 **Gleichstellung und Queer: Demokratie braucht Vielfalt**

3326 Unser Schleswig-Holstein ist stark, weil es Vielfalt zulässt. Dadurch entstehen neue
3327 Möglichkeiten und neue Ideen. Demokratie braucht Menschen mit unterschiedlichen
3328 Erfahrungen und Perspektiven. Wir wollen, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, nach
3329 seinen Träumen und Bedürfnissen sein Leben mit anderen Menschen zu gestalten. Wo
3330 Menschen auf ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe reduziert und diskriminiert werden,
3331 stellen wir uns in den Weg. Respekt, Toleranz und Chancengerechtigkeit sind das
3332 Fundament unseres Zusammenlebens im Norden.

3333 **Selbstbestimmte Lebensgestaltung**

3334 Wir wollen Menschen ermutigen, den Lebensweg zu gehen, der für sie der richtige ist.
3335 Wir Freie Demokraten arbeiten für ein Land, in dem Menschen selbstbestimmt leben
3336 können. Familie und Beruf sollen miteinander vereinbar sein. Dafür erweitern wir die
3337 Möglichkeiten, fördern Respekt und beseitigen Diskriminierung.

3338 Wir werden

- 3339 • die Kinderbetreuung weiter insbesondere mit Blick auf die Betreuungszeiten
3340 ausbauen und gemeinsam mit den Sozialpartnern flexible Arbeitsmodelle stärken,
3341 etwa hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Arbeitsverteilung (z.B.
3342 Jobsharing).
- 3343 • die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wo immer möglich weiter verbessern: Dies
3344 gilt für alle Partnerschaften, inklusive Patchwork- und Regenbogenfamilien, und
3345 für alle Menschen, die Kinder erziehen.
- 3346 • die Bundesregierung bei der geplanten Modernisierung des Familienrechts
3347 unterstützen: Dazu gehört unter anderem, sicherzustellen, dass elterliche Sorge
3348 gleichberechtigt zum Wohle des Kindes ausgeübt werden kann sowie
3349 Mehrelternschaften anzuerkennen.
- 3350 • eine moderne Kultur der Gleichberechtigung fördern, um Bedingungen zu schaffen,
3351 die dem individuellen Menschen gerecht werden. Wir wollen den Menschen nicht zum
3352 Gegenstand von Quotenregelungen machen. Wir wenden uns gegen alle
3353 Benachteiligungen an sich. Dies gilt auch unabhängig davon, ob es sich um eine
3354 Benachteiligung von Frauen, Männern oder diversen Menschen handelt. In diesem
3355 Sinne wollen wir unter anderem ermöglichen, dass auch Männer und diverse
3356 Menschen sich für das Amt des/der Gleichstellungsbeauftragten bewerben können.

- 3357 • die Bundesregierung bei der Einführung des Instituts der
- 3358 Verantwortungsgemeinschaft unterstützen und damit jenseits von Liebesbeziehungen
- 3359 oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich
- 3360 füreinander Verantwortung zu übernehmen.
- 3361 • uns für das Equal Pay-Prinzip (Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit)
- 3362 einsetzen. Dafür unterstützen wir Initiativen zur Lohntransparenz in
- 3363 Unternehmen.
- 3364 • bei Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen Rücksicht auf spezielle
- 3365 Bedarfe nehmen, um z.B. auch mehr Frauen bei der Gründung von Unternehmen zu
- 3366 unterstützen.

3367 **LSBTIQ-Rechte leben**

3368 Wir stehen für LSBTIQ-Rechte ein. Diese Rechte sind Menschenrechte. Menschen sollen
3369 entsprechend ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität leben
3370 können, ohne diskriminiert zu werden.

3371 Wir werden

- 3372 • den Landesaktionsplan für die Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten in
- 3373 Zusammenarbeit mit der Community und anderen NGOs fortentwickeln und für eine
- 3374 bedarfsgerechte Finanzierung sorgen.
- 3375 • die Bundesregierung bei der Umsetzung der Erfolge im Koalitionsvertrag für
- 3376 LSBTIQ-Rechte unterstützen, z.B. bei der Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 des
- 3377 Grundgesetzes, um ein Verbot der Diskriminierung beim Adoptionsrecht und
- 3378 aufgrund der sexuellen Identität sowie eine Ersetzung des Transsexuellengesetzes
- 3379 durch ein Selbstbestimmungsgesetz durchzusetzen.
- 3380 • uns für ein vollständiges Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ einsetzen.
- 3381 • einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende unterstützen: Nicht die
- 3382 sexuelle Identität ist entscheidend, sondern das individuelle Risikoverhalten.
- 3383 • die Finanzierung von Beratungsleistungen und -stellen für LSBTIQ sichern: Wir
- 3384 wertschätzen insbesondere die Leistungen dieser Institutionen in der Pandemie.
- 3385 Gleiches gilt für die AIDS-Hilfen: Die regionale Verteilung von
- 3386 Beratungsangeboten wollen wir verbessern.
- 3387 • uns für eine LSBTIQ-sensible Altenpflege sowie eine entsprechende
- 3388 Berücksichtigung in der Ausbildung einsetzen.
- 3389 • weiterhin Schulen ermutigen, die Angebote von Schulaufklärungsprojekten
- 3390 wahrzunehmen für eine Jugendarbeit, die selbstbewusste Coming-Outs unterstützt.

3391 **Vielfalt in der Gesellschaft**

3392 Wir wollen, dass Schleswig-Holstein weiterhin selbstbewusst für die Stärke der
3393 Vielfalt einer Gesellschaft eintritt. Pflegen wir aktiv die freiheitliche Kultur
3394 unseres Zusammenlebens, damit sie eine Selbstverständlichkeit bleibt. Dazu gehört,
3395 dass das Land in der Verwaltung, in öffentlichen Unternehmen und öffentlichen
3396 Institutionen Vielfalt fördert. So erreichen wir bessere Entscheidungen. Wir wollen

3397 gesellschaftliche Repräsentanz sichern, ohne dabei die Gesellschaft in immer kleinere
3398 Gruppen zu unterteilen und Menschen auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe zu
3399 reduzieren.

3400 Wir werden

- 3401 • uns für Diversity-Management in der Verwaltung, in öffentlichen Unternehmen und
3402 öffentlichen Institutionen einsetzen. Wo möglich, wollen wir insbesondere kleine
3403 und mittelständische Unternehmen bei Diversity-Management-Maßnahmen
3404 unterstützen, um die Fachkräfteversorgung sicherzustellen.
- 3405 • weiter für eine umfassende Demokratiebildung, zielgruppen- und altersspezifisch,
3406 an Schulen sorgen. Dazu gehört ein umfassendes Bewusstsein über die Vielfalt der
3407 Gesellschaft. Dies soll auch bei Weiterbildungsangeboten für Lehrkräfte
3408 berücksichtigt werden. Projekte zur Toleranzförderung und Gewaltprävention
3409 werden wir weiter unterstützen.
- 3410 • uns für eine ausreichende Diversität im NDR-Rundfunkrat und im Medienrat
3411 Hamburg-Schleswig-Holstein einsetzen, um z.B. auch die ausreichende Repräsentanz
3412 von LSBTIQ zu gewährleisten.
- 3413 • Kommunen dabei unterstützen, ihre Städtepartnerschaften auch zum Dialog über
3414 Werte und Menschenrechte zu nutzen.
- 3415 • dafür Sorge tragen, dass die Einführung des Geschlechtseintrags „divers“ auf
3416 allen Ebenen der Landespolitik und der Verwaltung umgesetzt wird.

3417 Prävention, Schutz und Strafverfolgung

3418 Selbstbestimmtes Leben muss geschützt werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
3419 stellen wir uns genauso entschlossen entgegen wie sexualisierter Gewalt. Schleswig-
3420 Holstein schaut mit uns nicht weg, auch nicht bei Hass im Netz.

3421 Wir werden

- 3422 • gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfassend bekämpfen, unabhängig davon, ob
3423 es sich um Antisemitismus, Sexismus, Homophobie, Antiziganismus,
3424 Transfeindlichkeit, antimuslimischen Rassismus oder eine andere Ausprägung
3425 handelt.
- 3426 • die Polizei dabei unterstützen, entsprechendem strafrechtlich relevanten
3427 Verhalten, inklusive Stalking, besser zu begegnen. Wir werden ein
3428 Aktionsprogramm gegen Hasskriminalität entwickeln, das Hasskriminalität im Netz,
3429 wie Beleidigung und Mobbing mitumfasst, um insbesondere zu verhindern, dass es
3430 zu realer Gewalt kommt.
- 3431 • den Schutz vor Gewalt vorantreiben. Dazu unterstützen wir beispielsweise eine
3432 Politik im Sinne der Istanbul-Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt und
3433 werden Maßnahmen zur Gewaltprävention insb. an Schulen stetig evaluieren und
3434 ggf. neue Modelle testen.
- 3435 • die Frauenhäuser, inklusiver dazugehöriger Kinderschutzräume, und
3436 Frauenberatungsstellen in Schleswig-Holstein stärken. Die beratende,

3437 psychosoziale und nachsorgende Arbeit für die Frauen, ebenso wie die
3438 Unterstützung bei konkreten Gewaltschutzmaßnahmen und die Vermittlung von
3439 Rechtsbeiständen ist wertvoll. Wir wollen es Frauen erleichtern, nach einem
3440 Aufenthalt in einem Frauenhaus wieder ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.
3441 Dazu sind Unterstützungsangebote innerhalb und außerhalb von Frauenhäusern
3442 aufeinander abzustimmen. Wir wollen ein länderübergreifendes Onlineverzeichnis
3443 für freie Frauenhausplätze prüfen.

- 3444 • das Institut für Sexualmedizin und Forensische Psychiatrie und Psychotherapie an
3445 der Kieler Universität weiter sichern.
- 3446 • sicherstellen, dass das Amt des Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-
3447 Holstein ausreichend ausgestattet ist für entsprechende Beschwerden von Bürgern.
3448 In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen ein
3449 Landesantidiskriminierungsgesetz aus, das durch eine Beweislastumkehr insb. die
3450 Polizeiarbeit bürokratisch erschwert.
- 3451 • uns dafür einsetzen, dass die Polizei auf Landes- und Bundesebene LSBTIQ-
3452 feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfasst.
- 3453 • uns für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit
3454 einsetzen, der Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam
3455 entgegenzutreten soll, unter anderem durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im
3456 Bereich der Polizei und Justiz.

3457 **Suchtbekämpfung und -prävention**

3458 Suchterkrankungen wie z.B. Spielsucht oder Alkoholsucht soll vor allem durch eine
3459 stärkere Prävention begegnet werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das
3460 Steueraufkommen durch Glücksspiel, Alkohol, Tabak etc. verstärkt in die Suchtberatung
3461 fließt und die Strukturen insbesondere in der regionalen Verteilung sinnvoll
3462 aufgestellt werden. Wir unterstützen auch neuere Formen der Ansprache, wie z.B.
3463 digitale Angebote.

3464 Wir fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis: Wir setzen uns dafür ein, den
3465 Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Nur mit einem Verkauf in
3466 lizenzierten Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von
3467 verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Das
3468 Verbot von Cannabis kriminalisiert unzählige Menschen, bindet immense
3469 Polizeiresourcen und erleichtert durch illegalen Kontakt zu Dealern den Einstieg bei
3470 härteren Drogen. Die hierdurch zusätzlich ergehenden Steuereinnahmen sollen vorrangig
3471 für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden.

3472 **Für ein zeitgemäßes Glücksspielrecht**

3473 Der neue Glücksspielstaatsvertrag orientiert sich am liberalen Vorbild Schleswig-
3474 Holsteins und hat jetzt endlich in allen 16 Bundesländern das Online-Glücksspiel
3475 legalisiert. Damit gibt es endlich eine legale Alternative zu den vielen illegalen
3476 Anbietern – mit einer entsprechenden Besteuerung und wirksamen Kontrollen, wodurch

3477 Spielerschutz und Suchtprävention gestärkt und Gefahren früher erkannt werden. Wir
3478 werden uns daher auch weiterhin dafür einsetzen, dass es einen vernünftigen
3479 ordnungspolitischen Rechtsrahmen für den Glücksspielmarkt gibt und dass die legalen
3480 Angebote die attraktivere Alternative darstellen. In der Diskussion um zusätzliche
3481 Auflagen oder bürokratische Erfordernisse werden wir daher immer genau abwägen, ob
3482 solche Maßnahmen die Attraktivität legalen Glücksspiels gefährden und somit die
3483 Abwanderung ins Illegale befördern könnten.

3484 Die möglichen Gefahren des Glücksspiels sind uns sehr bewusst. Die Schutzbedürfnisse
3485 der Spielerinnen und Spieler liegen uns am Herzen. Jugend- und Spielerschutz sowie
3486 Suchtprävention nehmen deshalb für uns einen hohen Stellenwert ein. Wir werden den
3487 Spielerschutz kontinuierlich evaluieren und verbessern sowie das enge Netz an
3488 Suchtpräventions- und Suchtberatungsstellen stärken. Mit den Einnahmen aus dem
3489 Glücksspiel werden wir sowohl in Präventions- und Beratungsangebote als auch in
3490 Verbraucherschutz und den Sport investieren. Das novellierte Spielhallengesetz des
3491 Landes wollen wir beibehalten.

3492 **V. Nachhaltigkeit durch Innovation**

3493 Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Gehen wir es
3494 richtig an, kann er aber auch zu einer Jahrhundertchance für ein innovatives
3495 Schleswig-Holstein werden. Unser Land hat sehr gute Voraussetzungen zur erneuerbaren
3496 Energieerzeugung sowie -nutzung, jedoch stehen häufig rechtliche oder technische
3497 Vorgaben der Hebung weiterer Potenziale entgegen. Diese Hemmnisse gilt es zu
3498 beseitigen. Wir möchten zudem zeigen, dass ein Bundesland nachhaltig das Klima
3499 schützen kann, ohne die Bevölkerung mit hohen Kosten oder drastischen Einschränkungen
3500 der eigenen Lebensgestaltung links liegen zu lassen. Daher sollte die öffentliche
3501 Verwaltung immer in Vorleistung treten, bevor Bürgern und Unternehmen mit
3502 Verpflichtungen und Verboten begegnet wird.

3503 Wir bekennen uns zu den Pariser Klimaschutzzielen und treten für eine
3504 naturwissenschaftlich fundierte Energie- und Klimaschutzpolitik ein, die auf
3505 Innovationen, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt. Um die
3506 Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Energiepolitik technologieoffen und
3507 sektorenübergreifend auf die Reduktion von CO₂-Emissionen ausgerichtet sein. Hier
3508 geht es auch nicht nur um Strom, sondern ebenso um Wärme und Kälte für Gebäude, um
3509 Industrieprozesse sowie um den Verkehrssektor.

3510 **Energiewende mit Sinn und Verstand**

3511 Die Energieerzeugung ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in unserem Bundesland. Die
3512 Arbeitsplätze und das existierende Know-how sind zu erhalten und auch die Vorteile
3513 von Erneuerbaren Energien müssen stärker betont werden. Ebenso geht es aber auch
3514 darum, die Bezahlbarkeit von Energie künftig deutlich mehr in den Fokus zu rücken.
3515 Eine bezahlbare und sichere Energieversorgung ist für unsere Gesellschaft und für die
3516 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft von überragender Bedeutung.

3517 Dem Alarmismus um Ausrufung kommunaler Klimanotstände, die im Zweifel eher zu

3518 Fehlverwendung knapper Ressourcen in den Gemeinden führen, ist mit landesweit
3519 geltenden, wirksamen Vorgaben zu begegnen. Die Liegenschaften und Gebäude des Landes
3520 als auch perspektivisch die der Kommunen wollen wir klimaneutral bauen bzw. sanieren.
3521 Zudem ist der Fuhrpark des Landes, als auch perspektivisch die der Kommunen auf
3522 emissionsfreie Antriebe wie Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, E-Mobilität etc.
3523 umzustellen.

3524 Klimaschutz sollte nicht über Verbote, sondern über kluge und sinnvolle Innovationen
3525 stattfinden. Schleswig-Holstein hat das Potenzial, mit neuen Technologien Vorreiter
3526 für eine Energiewende zu sein, die alle mitnimmt und nicht zu sozialen Verwerfungen
3527 führt.

3528 Wir werden

- 3529 • Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Ressourcenschonung in eine vernünftige
3530 Balance bringen.
- 3531 • Klimaschutz und Energiepolitik technologieoffen und innovativ betreiben.
- 3532 • der Klimakleinstaaterei auf Landesebene und den Kommunen mit einem landesweiten
3533 Best-Practice-Modell für Klimaschutz begegnen.
- 3534 • einen Investitionsfonds für die deutliche Ausweitung von E-Ladesäulen als auch
3535 Wasserstofftankstellen im Land auflegen.
- 3536 • die Energieeffizienz und die Flexibilisierung des Verbrauchs durch konsequente
3537 Digitalisierung voranbringen.
- 3538 • das Energierecht entbürokratisieren sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren
3539 entschlacken und digitalisieren.
- 3540 • Speicher als eigenständige Säule des Energiesystems neben Produzenten, Netzen
3541 und Verbrauchern rechtlich definieren.
- 3542 • Energiespeicher für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen
3543 befreien.
- 3544 • Energie-Großspeichern eine höhere Priorität einräumen.
- 3545 • Forschung und Entwicklung im Bereich grüner Gase (Biomethan und biogener
3546 Wasserstoff) vorantreiben.
- 3547 • die Forschung und Herstellung von synthetischen Kraftstoffen (e-Fuels) z.B. für
3548 den Flugverkehr in Schleswig-Holstein vorantreiben.
- 3549 • den Netzausbau mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien synchronisieren.
- 3550 • die vorhandene Netzinfrastruktur sichern und bedarfsorientiert ausbauen, wobei
3551 Maßnahmen zur Netzverstärkung Vorrang vor dem Neubau von Leitungen und neuen
3552 Trassen haben sollen.
- 3553 • eine Reform der Netzentgeltsystematik anstoßen, um sie als bundeseinheitliche
3554 Infrastrukturkosten zu gestalten.
- 3555 • uns für eine Senkung der Stromsteuer auf das europäisch vorgegebene Mindestmaß
3556 einsetzen.
- 3557 • die Wertschöpfung der Region fördern, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu

3558 steigern, indem wir die Sektorenkopplung weiter beschleunigen.

- 3559 • eine Machbarkeitsstudie zur energetischen Nutzung der Tiefen Geothermie in
- 3560 Schleswig-Holstein in Auftrag geben und die Einrichtung eines „Reallabors für
- 3561 Tiefe Geothermie“ voranbringen.
- 3562 • die Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch frühzeitige Bürgerbeteiligung und
- 3563 transparente rechtsstaatliche Verfahren stärken.

3564 **Windenergie**

3565 Mit der Fertigstellung der Regionalpläne Wind haben wir in dieser Wahlperiode allen
3566 beteiligten Akteuren Planungssicherheit gegeben. Wir haben dabei unter anderem
3567 durchgesetzt, dass neue und bislang unbebaute Vorranggebiete 1000 anstelle von 800
3568 Metern Regelabstand zu Ortslagen einhalten müssen. Gleichwohl erfordert die
3569 Einhaltung der nationalen und internationalen Klimaziele einen weiteren Ausbau der
3570 Windenergie, den wir mit Augenmaß angehen werden. Durch technischen Fortschritt und
3571 gezieltes Repowering lässt sich mit weniger Anlagen unterm Strich mehr Energie
3572 erzeugen.

3573 Wir werden

- 3574 • den Windenergieausbau mit Sinn und Verstand voranbringen, um die Energieziele
- 3575 aus dem bestehenden Energiewende- und Klimaschutzgesetz zu erreichen.
- 3576 • Repowering von Bestandsanlagen flexibler machen, erleichtern und auch außerhalb
- 3577 von Vorrangflächen ermöglichen, um dadurch akzeptierte Standorte, beispielsweise
- 3578 in den Kögen an der Nordseeküste, für effizientes Repowering zu sichern.
- 3579 • die bestehenden Abstandsregelungen zur Wohnbebauung beibehalten.
- 3580 • die Interessen der Anwohner, der Umwelt und des Naturschutzes angemessen und
- 3581 abgewogen berücksichtigen.
- 3582 • keine Windkraftanlagen in Wäldern erlauben und Waldrodungen für Windkraft
- 3583 verhindern.
- 3584 • Genehmigungsverfahren verschlanken, beschleunigen und rechtssicher gestalten.
- 3585 • uns für eine deutliche Steigerung der Kapazitäten für Offshore-Windenergie
- 3586 einsetzen.

3587 **Solarenergie**

3588 Freiflächen-Photovoltaikanlagen leisten einen großen Beitrag zur Steigerung der
3589 Stromerzeugung. Die Bereitstellung von Solar-Freiflächen (Photovoltaik und
3590 Solarthermie) liegt in der Planungshoheit der Gemeinden. Daran wollen wir festhalten.
3591 Gleichwohl sollte in naher Zukunft gemeinsam mit allen Beteiligten bewertet werden,
3592 ob die energiepolitischen Effekte von Freiflächen-PV die Nachteile durch die Entnahme
3593 von Produktionsflächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung überwiegen. PV-
3594 Aufdachanlagen sind ebenso ein gewichtiger Baustein der Energiewende. Eine PV-Pflicht
3595 bei Wohngebäuden lehnen wir ab und wollen die Entscheidung bei den jeweiligen
3596 Eigentümern belassen. Wir setzen auf Freiwilligkeit und werden diese anreizen durch
3597 eine grundlegende Vereinfachung bei der steuerlichen Behandlung und Abrechnung sowie

3598 beim aufwändigen Anmeldeprozess. Den Eigenverbrauch wollen wir durch eine Befreiung
3599 von der EEG-Umlage stärken.

3600 Kernenergie

3601 Mit dem Kernkraftwerk Brokdorf ist Ende 2021 das letzte Kernkraftwerk in Schleswig-
3602 Holstein vom Netz gegangen. Der Rückbau der Anlagen Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf
3603 ist eine große Herausforderung mit vielen neuen Aspekten für die betroffene
3604 Wirtschaft und die zuständigen Behörden. Dieser Herausforderung stellen wir uns
3605 verantwortungsbewusst. Dazu gehört auch der Umgang mit den zu entsorgenden Abfällen.
3606 Aus den Zwischenlagern an den Kernkraftwerkstandorten dürfen keine Endlager werden.
3607 Die Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle darf daher nicht ins Stocken geraten.
3608 Gleichwohl sollte aber die Zeit auch dazu genutzt werden, um innovative Methoden zur
3609 Umwandlung des bereits vorhandenen Atom Mülls in weit weniger lang strahlende Elemente
3610 zu erforschen.

3611 Wasserstoff

3612 Wir wollen mehr Tempo beim Wasserstoff. Dieser ist als weitere Säule des künftigen
3613 Energiesystems aufzubauen. So kann der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft
3614 schnellstmöglich vorangetrieben werden. Darüber hinaus ist für das Multitalent
3615 Wasserstoff eine technologieoffene Energiewende, ein Emissionszertifikatehandel mit
3616 CO₂-Deckelung und eine innovationsfreundliche Reform des Energierechts vonnöten. Wir
3617 setzen uns dafür ein, dass die Chancen von Wasserstofftechnologien umfassend
3618 erforscht und erprobt werden, und dass sie so schnell wie möglich auch angewendet
3619 werden können.

3620 Wir werden

- 3621 • die vorhandene Wasserstoffstrategie des Landes konsequent umsetzen.
- 3622 • uns für die Einführung von klaren und einfachen Regelungen zur Umwidmung
3623 bestehender Erdgasleitungen zu Wasserstoffleitungen einsetzen.
- 3624 • eine langfristig integrierte Netzplanung aus Strom-, Gas- und Wasserstoffnetzen
3625 voranbringen.
- 3626 • uns für die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion stark machen.

3627 Methanol

3628 Methanol ist eine Flüssigkeit mit hoher Energiedichte und hat das Potenzial, ein
3629 Energieträger der Zukunft zu werden. Die Methanol-Herstellung ist ein sehr bekannter
3630 Prozess, der gut skalierbar ist und damit höchsten Verbräuchen angepasst werden kann.
3631 Zudem ist Methanol ein klimaneutraler Energieträger, wenn es aus Biomasse, Wind- und
3632 Solarenergie, grünem Wasserstoff oder Industrie-CO₂ produziert wird. Wir werden uns
3633 dafür einsetzen, dass die Produktion und Verwendung von Methanol als
3634 umweltfreundlichen, sehr vielfältig einsetzbaren, gut lager- und transportierbaren,
3635 wirtschaftlichen Energieträger deutlich stärker als bisher unterstützt wird, und zwar
3636 in Zusammenarbeit dem ChemCoastPark Brunsbüttel, den Windkraft- und
3637 Solaranlagenbetreibern, den Landwirten und Biogasanlagenbetreibern, den

3638 Wasserstoffproduzenten sowie den (Fach-)Hochschulen im Land.

3639 Liberale Umweltpolitik

3640 Wir sehen auch die Umweltpolitik als Innovationsmotor. Bei der Lösung für komplexe
3641 Umweltprobleme setzen wir auf die Kreativität der Vielen und den Wettbewerb der
3642 besten Ideen. Umweltschutz geht nur mit den Menschen, und nicht gegen sie. Zur
3643 Erhaltung einer lebenswerten Umwelt sind der Schutz unserer natürlichen
3644 Lebensgrundlagen, die Verminderung des Flächenverbrauchs, der Artenschutz sowie die
3645 Vermeidung von Schadstoffeinträgen in die Luft, den Boden und das Wasser unabdingbare
3646 Vorsorgemaßnahmen. Gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort darf es keine
3647 unterirdische Einlagerung von CO₂ und kein umwelttoxisches Fracking geben.

3648 Wir werden

- 3649 • die Biodiversitätsstrategie des Landes sowie die Landesstrategien zum
3650 Biologischen Klimaschutz und zum Bodenschutz gemeinsam mit allen Beteiligten
3651 umsetzen und nach einer Evaluation ggf. anpassen.
- 3652 • die Förderung von Umweltbildungsprojekten in Schleswig-Holstein auch weiterhin
3653 sicherstellen.
- 3654 • dem Vermeiden und Vermindern von Abfall weiterhin Priorität einräumen.
- 3655 • invasiven Arten konsequent begegnen.
- 3656 • das Blühflächenmanagement ausweiten und das Jakobskreuzkraut konsequenter
3657 bekämpfen.
- 3658 • Artenschutzbelange von z.B. Rotmilan vor Klimaschutzaspekte stellen.
- 3659 • privaten Flächeneigentümern finanzielle Anreize setzen, Waldbildung und
3660 Renaturierung bzw. Wiedervernässung von Mooren anzugehen.
- 3661 • uns für echte Nullnutzungszonen als Rückzugsräume für die Fischbestände in der
3662 Ostsee einsetzen, bei der sämtliche wirtschaftlichen Aktivitäten eingeschränkt
3663 sind und nicht nur einzelne Sparten.
- 3664 • die Nutzung und den Verbrauch von Kunststoff stärker reduzieren und somit den
3665 Anfall von Mikroplastik eindämmen.
- 3666 • den Nationalpark Wattenmeer stärken und fortentwickeln und in alle Planungen
3667 sind die Akteure vor Ort einbinden.

3668 Tierschutz

3669 Auf Initiative der FDP Schleswig-Holstein wurde seinerzeit der Tierschutz in die
3670 schleswig-holsteinische Landesverfassung aufgenommen. Aus gutem Grund: Schließlich
3671 ist der Tierschutz ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. In den letzten Jahren haben
3672 wir uns zudem erfolgreich für eine finanzielle Stärkung der Tierheime und
3673 Wildtierstationen eingesetzt. Wir setzen neben dem gesetzlichen Tierschutz auch auf
3674 die Selbstverantwortung von Tierhaltern und -nutzern. So muss der Tierschutz im
3675 Einklang mit der Landwirtschaft, den gesellschaftlichen Erwartungen und der
3676 wissenschaftlichen Erkenntnisse vorangebracht werden.

3677 Wir werden

- 3678 • die Tierheime und die Wildtierstationen weiter stärken und die Förderung
- 3679 verstetigen.
- 3680 • für eine kontinuierliche Verbesserung des Tierwohls sorgen.
- 3681 • uns für europaweit einheitlich hohe und verbindliche Standards für Tierhaltung
- 3682 und -transport einsetzen.
- 3683 • Tierversuche auf das absolut notwendige Mindestmaß reduzieren und alternative
- 3684 Versuchsmethoden fördern.
- 3685 • im schleswig-holsteinischen Hundegesetz eine Registrierungspflicht einführen.
- 3686 • das Programm zur Kastration von freilebenden Katzen ausweiten.
- 3687 • uns dafür einsetzen, dass der Bund die Einführung einer verpflichtenden
- 3688 Identitätsprüfung beim Onlinehandel mit Heimtieren zügig auf den Weg bringt.
- 3689 • ein Heimtierzuchtgesetz auf den Weg bringen, um die Sachkunde von Tierhaltern
- 3690 und Tierzüchtern zu stärken.
- 3691 • die Bildungsarbeit von Tierparks, zoologischen und botanischen Gärten
- 3692 unterstützen.
- 3693 • die allgemeine Tierschutzbildung voranbringen, auch unter Einbeziehung der
- 3694 Tierheime und anderer Tierschutzzentren als außerschulische Lernorte.

3695 Meeres-, Gewässer und Küstenschutz

3696 Der Schutz des wichtigsten Lebensmittels, des Wassers, ist eine elementar wichtige
3697 Aufgabe. Die Einträge müssen immer dort reduziert werden, wo eine Gefährdung
3698 vorliegt, wobei das Verursacherprinzip gilt. Am bestehenden Generalplan Abwasser und
3699 Gewässerschutz werden wir festhalten. Die Schwerpunkte der Abwasserreinigung liegen
3700 für die nächsten Jahre insbesondere auf der Reduzierung von Spurenstoffbelastungen
3701 und einer weiteren Verbesserung der Nährstoffbelastungen aus Kläranlagen sowie auf
3702 der Minimierung der Stoffeinträge und hydraulischer Belastungen aus
3703 Niederschlagswassereinleitungen. Wir werden den ordnungsgemäßen Zustand und die
3704 Funktion der Abwasseranlagen langfristig sichern, um eine bestmögliche
3705 Reinigungsleistung zu gewährleisten. Dem Küstenschutz kommt auch in den nächsten
3706 Jahren eine besondere Bedeutung zu. Es gilt, Küstenschutz, Naturschutz und Tourismus
3707 nachhaltig zu verbinden. Hierfür werden wir unter anderem auch die Schutzstreifen-
3708 Regelung im Landesnaturschutzgesetz abschaffen.

3709 Wir werden

- 3710 • den Generalplan Küstenschutz umsetzen und weiter fortschreiben.
- 3711 • mehr Mittel für den Küstenschutz (z.B. für Deichverstärkungen) bereitstellen.
- 3712 • die Wasser- und Bodenverbände unterstützen.
- 3713 • keine Küstenschutzabgabe erheben.
- 3714 • Sandvorspülungen an den nordfriesischen Inseln weiterhin durchführen.
- 3715 • das Projekt „Modellregion Schlei“ weiterführen und dabei auch der

3716 Faulschlammproblematik mit innovativen Konzepten begegnen.

3717 • Schadstoffemissionen im Schiffsverkehr durch Innovationen eindämmen.

3718 Munitionsaltlasten und Schiffswracks

3719 Allein im deutschen Teil von Nord- und Ostsee liegen rund 1,6 Mio. Tonnen Munition.

3720 Durch die fortschreitende Korrosion der Behälter gelangen immer mehr toxische
3721 Substanzen, wie TNT, DNB und Blei ins Meer. Die Altlasten müssen innerhalb der
3722 nächsten Jahre geborgen werden, da eine weitere Zersetzung der Stahlkörper und eine
3723 daraus folgende Freisetzung der enthaltenen Stoffe signifikante Schäden für das
3724 Ökosystem Ostsee zur Folge hätte. Aufgrund der Verantwortlichkeit des Bundes sind die
3725 hierfür benötigten Gelder durch diesen zur Verfügung zu stellen, die Erarbeitung
3726 eines umfassenden Bergungskonzepts muss mit den betroffenen Bundesländern erfolgen.
3727 Schleswig-Holstein verfügt über eine besondere Kompetenz, da führende involvierte
3728 Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft bereits ansässig sind. Gleichzeitig sehen wir
3729 in der Beseitigung der Munitionsaltlasten auch eine wirtschaftliche Chance für unsere
3730 Region. Für die Bergung wird eine Räumungsplattform benötigt, deren Entwicklung
3731 gerade in Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht wurde.

3732 Vor den deutschen Küsten liegen über 2500 Schiffswracks, die zum Großteil ebenfalls
3733 aus den Weltkriegen stammen. Die Tanks vieler Schiffe enthalten auch heute noch große
3734 Mengen Öl. Die Stahlkörper der Tanks korrodieren immer weiter, so dass große Mengen
3735 Öl in den kommenden Jahren ins Meer zu laufen drohen. Schnelles Handeln ist
3736 erforderlich, um einen Schaden von sensiblen Lebensräumen, wie beispielsweise dem
3737 Wattenmeer zu verhindern. Ein Abpumpen des Öls ist technisch nur so lange möglich,
3738 wie die Stahlkörper stabil sind.

3739 Wir werden

3740 • in Kooperation mit dem Bund und den betroffenen Ländern einen umfassenden
3741 Konzeptentwurf für eine langfristige und umweltschonende Beseitigung der
3742 Altlasten erarbeiten.

3743 • eine juristische Entität zur Koordination der großflächigen Munitionsräumung
3744 schaffen.

3745 • einen Sachverständigenrat aus Behörden, Wissenschaft und Industrie einrichten.

3746 • Pilotprojekte zur Beseitigung von versenkter Munition schnellstmöglich
3747 realisieren, wofür sich z.B. das Versenkungsgebiet Kolberger Heide eignet.

3748 • Schleswig-Holstein zur Leuchtturmregion für die Beseitigung von Munition im Meer
3749 machen und die wirtschaftliche Perspektive der Munitionsbeseitigung für die
3750 hiesigen Werften nutzen.

3751 • uns weiterhin auf Bundesebene für die Bereitstellung der für die Beseitigung
3752 notwendigen Gelder einsetzen und zusätzlich finanzielle Mittel von Landesseite
3753 zur Verfügung stellen.

3754 • Forschungsvorhaben, welche sich mit der Thematik Munition im Meer beschäftigen,
3755 weiter unterstützen.

- 3756 • die Aufnahme und Zusammenführung aller Daten zu versenkter Munition und
3757 Altlasten, sowie von Schiffswracks in einem umfassenden Kataster ermöglichen.
- 3758 • das Abpumpen von Altöl von vor der Küste liegenden Schiffswracks
3759 schnellstmöglich in die Wege zu leiten. Hierbei muss eine Risikoanalyse
3760 erfolgen, von welchen Schiffen im Falle eines Durchrostens und einer Freisetzung
3761 der enthaltenen Stoffe die größte Gefahr ausgeht.

3762 **Moderne Landwirtschaft**

- 3763 Wer das Land ernährt, verdient Respekt und politische Verlässlichkeit. Die Land- und
3764 Forstwirte, Garten- und Landschaftsbauer, Imker, Fischer sowie die Jäger in
3765 Schleswig-Holstein sind hervorragend ausgebildete Fachleute, an deren Seite wir
3766 stehen. Sie erbringen mit ihrer Leistung und durch ihre Produkte eine essenzielle
3767 Grundlage für unsere Ernährung, aber auch für die Umwelt und den gemeinschaftlichen
3768 Zusammenhalt auf dem Land.
- 3769 Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft ein, die sich rechnet. Wir
3770 wollen die Chancen der Landwirtinnen und Landwirte auf wirtschaftlichen Erfolg
3771 vermehren. Unsere Agrarpolitik setzt auf eine unternehmerische und vielfältige
3772 Landwirtschaft, in der unterschiedliche Betriebsformen und Wirtschaftsweisen ihre
3773 spezifischen Chancen nutzen.
- 3774 Die Ergebnisse des Dialogprozesses „Zukunft der Landwirtschaft“ in Schleswig-Holstein
3775 wie auch die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft auf Bundesebene haben
3776 das Potenzial, eine gute Basis für eine Landwirtschaft zu bilden, die zukunftsfähig
3777 ist, uns weiterhin mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln versorgt und
3778 gleichzeitig hohe Wertschätzung in der Bevölkerung genießt. Die Ergebnisse der
3779 Dialoge werden die Leitlinie für unsere Agrarpolitik sein, wobei der Dialog nicht
3780 enden soll. Ganz im Gegenteil: Wir fordern die Einrichtung einer Enquete-Kommission
3781 zur Landwirtschaft im Schleswig-Holsteinischen Landtag, um auch mit dem Parlament im
3782 Dialog zu bleiben. Gerade praktische Erfahrungen aus der Landwirtschaft sollen für
3783 einen Realitätscheck genutzt und Verordnungsentwürfe durch die Praktiker vor
3784 Inkrafttreten noch mehr auf Umsetzbarkeit überprüft werden.
- 3785 Bauvorhaben können dabei nicht nur im Sinne des Hofs eine künftige finanziell
3786 rentable Investition sein, sondern bringen in der Regel auch Verbesserungen im
3787 Bereich Nachhaltigkeit und Tierschutz mit sich. Leider wird der Wille zur Investition
3788 in Bauvorhaben oft durch lange und teure Genehmigungsprozesse gebremst. Oft sind
3789 Landwirtinnen und Landwirte der Bürokratie vollkommen ausgeliefert und müssen teils
3790 jahrelang warten, bis sie ihr Bauvorhaben umsetzen können. Zudem kann die Beantragung
3791 viele Tausend Euro kosten und letztlich auch deshalb eingestellt werden. Aus diesem
3792 Grund fordern wir, dass Anträge für Bauvorhaben, die eine Verbesserung in
3793 Nachhaltigkeit und Tierschutz mit sich bringen sollen, künftig von Gebühren befreit
3794 werden. Zudem sollen Anträge künftig in einer bestimmten und für alle einsehbaren
3795 Zeit bearbeitet werden. Nach Ablauf der Frist soll eine Genehmigungsfiktion gelten.
- 3796 Die Weidetierhaltung wollen wir sichern. Wir setzen uns für eine Definition von
3797 wolfsfreien Regionen ein, ähnlich dem System der Go- und No-Go-Areas bei Wildgänsen.

3798 Darauf ist ein regional differenziertes Bestandsmanagement einführen. Im Zuge der
3799 Gänsefraßproblematik wollen wir eine bewusste Anpassung der Gänsebejagung
3800 ermöglichen, um so zu einer Unterstützung der Schadensabwehr in der Landwirtschaft
3801 durch bestandsorientiertes Gänsemanagement zu kommen.

3802 Die Landwirte in Schleswig-Holstein sind bei einem Teil der Bevölkerung zu Unrecht in
3803 Verruf geraten und eine Vielzahl der Umweltprobleme wird auf sie abgewälzt. Es wurde
3804 in den vergangenen Jahrzehnten zudem mit vielen politischen Entscheidungen darauf
3805 hingewirkt, dass Betriebe immer größer wurden. Im Bereich der Tierhaltung war es
3806 gewünscht, dass auf geringer Fläche möglichst viele Tiere gehalten wurden, um
3807 Lebensmittel zu einem möglichst geringen Preis anzubieten. Aktuell findet auf
3808 politischer und gesellschaftlicher Ebene ein Umdenken in Richtung einer
3809 umweltfreundlicheren Landwirtschaft und mehr Tierwohl statt. Wir werden den
3810 Landwirten die Chance geben, sich auf diese neuen Rahmenbedingungen einzustellen. Wir
3811 werden dafür sorgen, dass die Betriebe in dieser Zeit des Wandels unterstützt und ihr
3812 Fortbestand gesichert wird. Nur so können wir die Versorgung mit Nahrungsmitteln
3813 bester Qualität auf den Höfen sichern.

3814 Wir stehen fest an der Seite der Landwirte und setzen uns dafür ein, dass
3815 Landwirtschaft und das Leben im ländlichen Raum auch in Zukunft eine Perspektive in
3816 Schleswig-Holstein haben. Als Gunstandort hat Schleswig-Holstein die beste
3817 Voraussetzung, um auch in Zukunft, wenn der voranschreitende Klimawandel die
3818 Produktion von Lebensmittel in vielen Regionen erschweren oder gänzlich unmöglich
3819 machen wird, weiterhin als Standort für den Anbau von Lebensmitteln zu dienen. Diese
3820 Lage gilt es nachhaltig zu nutzen und Perspektiven für den Agrarsektor zu entwickeln.
3821 Wir sehen ein großes Potenzial, Gründungen speziell im Agrarsektor zu fördern. Die
3822 Aus- und Weiterbildung im Agrarbereich ist eine Stärke von Schleswig-Holstein.

3823 Wir werden

- 3824 • den Dialog „Zukunft der Landwirtschaft“ beibehalten und die gemeinsam
3825 erarbeiteten Thesen zur Umsetzung verhelfen.
- 3826 • eine stärkere Einbindung der Landwirtschaft in den politischen Prozess
3827 organisieren.
- 3828 • den Abbau bürokratischer Hürden und Dokumentationspflichten voranbringen.
- 3829 • uns für ein Auflagenmoratorium einsetzen.
- 3830 • bundes- oder landesrechtliche Vorschriften, die über die EU-Vorschriften für den
3831 gemeinsamen Binnenmarkt hinausgehen, abschaffen, um für einen wirklich
3832 chancengleichen Wettbewerb zu sorgen.
- 3833 • konventionellen und ökologischen Landbau nicht gegeneinander ausspielen,
3834 - uns für die Auflösung von Widersprüchen zwischen Tierwohl und Immissionsschutz
3835 im Baurecht einsetzen.
- 3836 • eine kostenlose Beantragung und eine garantierte Rückmeldezeit bei
3837 Tierwohlställen einführen.
- 3838 • eine neutrale Instanz („Clearingstelle“) schaffen, die einmal abgelehnte Anträge
3839 gegen eine geringe Gebühr überprüfen kann.

- 3840 • die Einführung einer klaren Haltungs- und Herkunftskennzeichnung unterstützen
- 3841 und die Verbraucherbildung stärken.
- 3842 • kooperative Vertragsnaturschutzprogramme und die Allianz Gewässerschutz
- 3843 fortsetzen.
- 3844 • das Vorkaufsrecht für den Naturschutz abschaffen.
- 3845 • einen Dialog zum Thema Flächentausch zwischen Landwirtschaft und Stiftung
- 3846 Naturschutz initiieren.
- 3847 • Digitalisierung und technischen Fortschritt und damit Bürokratieabbau
- 3848 ermöglichen.
- 3849 • die Situation für Junglandwirte und Hofnachfolger verbessern durch und eine
- 3850 dementsprechende landesrechtliche Ausgestaltung von Bundes- und
- 3851 Landesförderprogrammen.
- 3852 • die Existenzgründungsberatung ausbauen und einen organisierten Wissensaustausch
- 3853 zwischen Gründern und Landwirten fördern.
- 3854 • die Landwirtschaftskammer weiter stärken und deren Forschungs- und
- 3855 Beratungsleistungen ausbauen.
- 3856 • eine Weidetierprämie einführen.
- 3857 • ein echtes und wirksames Wolfs-, Gänse- sowie Kormoranmanagement schaffen.
- 3858 • uns für eine Ausweitung der tierschonenden Weideschlachtung einsetzen.
- 3859 • die Nutzung und Verbreitung mobiler Schlachthanlagen stärken, um damit
- 3860 strapaziöse Fahrten zum Schlachthof zu reduzieren.
- 3861 • die Forschung im Bereich Grüne Gentechnik auf Bundesebene vorantreiben.
- 3862 • die Förderung der Forschung zu klimaschonenden Pflanzenschutzmitteln
- 3863 unterstützen.
- 3864 • europäische Mittel, wie beispielsweise die Europäische Innovationspartnerschaft,
- 3865 für die Entwicklung von Zukunftstechnologien stärker einsetzen.
- 3866 • Fördermittel zur Forschung an emissionsmindernden Haltungstechniken in der
- 3867 Tierhaltung zur Verfügung stellen.
- 3868 • einen Teil der Fördertöpfe mit einem klar vorgegebenen Entwicklungsziel so
- 3869 ausgestalten, dass ein niedrighwelliger Zugang zu kleineren Fördersummen
- 3870 ermöglicht wird, um kurze Testphasen für die Erprobung neuer Ideen zu
- 3871 ermöglichen.
- 3872 • eine Imagekampagne für die Landwirtschaft starten, um das Arbeiten in diesem
- 3873 Sektor attraktiv zu gestalten und Fachkräfte für diesen Bereich zu gewinnen.

3874 **Forstwirtschaft und Aufforstung**

3875 Die Wälder sind Garant für ein stabiles und vielfältiges Ökosystem. Zudem spielen die
3876 Wälder als CO₂-Speicher bei der Bewältigung des Klimawandels eine herausragende
3877 Rolle. Wir setzen uns für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ein, die die
3878 Erfordernisse der stofflichen und energetischen Holznutzung sowie der Artenvielfalt

3879 berücksichtigt. Wir bekennen uns zu den Landesforsten und zum Privatwald
3880 gleichermaßen und werden uns für attraktive Rahmenbedingungen für die Holzvermarktung
3881 und für qualifiziertes Personal samt optimaler materieller Ausstattung einsetzen. Die
3882 Waldbewirtschaftung muss den Holzbedarf berücksichtigen und die richtige
3883 Baumartenzusammensetzung soll wissenschaftlich abgestimmt werden. Wir wollen keine
3884 Bevormundung, sondern setzen uns für eine Forstpolitik ein, welche die bestmögliche
3885 Unterstützung der Waldbesitzer bei der nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege ihrer
3886 Wälder in den Mittelpunkt stellt.

3887 Wir werden

- 3888 • uns für eine Wald-Klima-Prämie einsetzen.
- 3889 • die Landesforsten und den Privatwald stärken.
- 3890 • mehr Forschung voranbringen, um weitere Möglichkeiten der Verwertung von
3891 Laubholz zu erschließen.
- 3892 • nicht zulassen, dass zur Schaffung neuer Biotope Wald gerodet wird.
- 3893 • uns dafür einsetzen, dass der Waldanteil in Schleswig-Holstein auf 12%
3894 gesteigert wird und hierfür die bestehenden Förderprogramme weiterführen und
3895 auch den Einsatz von Ausgleichsgeldern ermöglichen.
- 3896 • der natürlichen Sukzession auf Naturschutzflächen Raum lassen.
- 3897 • gesetzliche Einschränkungen bei der forstlichen Baumartenwahl abschaffen.

3898 **Fischerei**

3899 Als Land zwischen den Meeren soll Schleswig-Holstein Vorreiter für eine nachhaltige
3900 als auch auskömmliche Fischerei sein. Dies gilt sowohl für die Meere, als auch für
3901 die Binnengewässer sowie die Aquakulturen. Die Angelei ist nicht nur ein
3902 naturverbundenes Hobby. Es dient auch dem Schutz von Gewässern sowie deren Flora und
3903 Fauna und darüber hinaus auch der Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. Die
3904 hunderttausenden Anglerinnen und Angler in unserem Land - überwiegend in Vereinen
3905 organisiert - kümmern sich um Hege und Besatz der Gewässer und überwachen die
3906 Wasserqualität. Der europäische Flusaaal ist für uns in Schleswig-Holstein nicht nur
3907 ein edler Speisefisch, sondern auch Kulturgut. Den Aal in seinem Bestand zu erhalten
3908 und hierüber eine dauerhafte Befischung zu ermöglichen, muss wichtige Aufgabe für die
3909 Fischereiverwaltung des Landes sein. Die Sterblichkeit des Aals, insbesondere durch
3910 Wasserkraftanlagen oder durch die stetig wachsende Kormoranpopulation, muss reduziert
3911 werden.

3912 Wir werden

- 3913 • uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Fischerei mit Fangkörben und
3914 Reusen innerhalb von Offshore-Windparks wie in anderen europäischen Ländern
3915 ermöglicht wird.
- 3916 • den Wegfall von Fanggründen durch Baumaßnahmen oder Umweltzonen nur akzeptieren,
3917 wenn dies den Fischern finanziell ausgeglichen wird.
- 3918 • einen einmaligen Investitionsfonds aufsetzen, mit dem die Berufsfischer und die

- 3919 Angelkutter ihre Fangflotte modernisieren können.
- 3920 • eine konsequentere Zertifizierung der verkauften Fische und transparente
3921 Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher schaffen, damit nachhaltiger
3922 Fischkonsum möglich wird.
- 3923 • die Forschung an alternativen Fischfangmethoden unterstützen.
- 3924 • die Schonmaße für Meeresfische möglichst einheitlich mit Mecklenburg-Vorpommern
3925 sowie dem Königreich Dänemark festsetzen.
- 3926 • uns dafür einsetzen, dass das Mindestmaß beim Ostseedorsch in der gewerblichen
3927 Fischerei von derzeit 35 auf 40 Zentimeter erhöht wird.
- 3928 • die Hamburger Sedimentmanagementmittel transparent und primär für die Förderung
3929 und Weiterentwicklung der Küstenfischerei in der Elbe und der Nordsee einsetzen.
- 3930 • eine Reformierung und Überprüfung der Fischereiabgabe anstoßen, so dass diese
3931 nur für anglerische Zwecke verwendet werden darf, wie z.B. für Besitzmaßnahmen,
3932 Bau- und Renaturierungsmaßnahmen, die die Fischwanderung erleichtern oder für
3933 Vergrämungsmaßnahmen von Kormoranen.
- 3934 • die Ausbildung von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Fischereiaufsehern stärken.
- 3935 • uns für die Aufnahme des Kormorans in das Jagdrecht einsetzen.
- 3936 • mehr Eigenverantwortung für die gut ausgebildeten Angler im Hinblick auf den
3937 Umgang mit maßigen Fischen (Rücksetzen oder Entnahme) im Fischereirecht
3938 zulassen.
- 3939 • eine gesetzliche Einschränkung des Nachtangelns wie in anderen Bundesländern
3940 nicht zulassen.
- 3941 • eine landesweite Nutzung von Elektromotoren für alle Angler zulassen.
- 3942 • die Schonmaße moderat anpassen und bei einigen Arten ein „Küchenfenster“ /
3943 Entnahmefenster einführen.
- 3944 • das Angeln von Minderjährigen ohne Fischereischein mit einer sorgeberechtigten
3945 Person, die den Sachkundenachweis hat, bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres
3946 erlauben.

3947 **Jagd**

3948 Wir stehen zu den Jägerinnen und Jägern. Sie sind aktive und staatlich geprüfte
3949 Naturschützer und unverzichtbare Partner im Natur- und Artenschutz. Daher verdienen
3950 sie verlässliche und wertschätzende politische Rahmenbedingungen. Wir sprechen uns
3951 gegen Verschärfungen des Jagd- sowie des Waffenrechtes aus und wollen auch weiterhin
3952 die Jägerschaft im Land unterstützen. So haben wir im Landeshaushalt dafür gesorgt,
3953 dass die Schwerpunktschießstände finanziell gefördert werden. Das wollen wir
3954 verstätigen und darüber hinaus die Schießstände mit einem Bestandsschutz durch eine
3955 planungsrechtliche Absicherung versehen. Den Landesjagdverband (LJV) wollen wir
3956 künftig auch institutionell bei seiner Jagd- und Naturschutzarbeit fördern sowie ein
3957 Förderprogramm für die Jungtierrettung durch Drohnen auch für nicht vereinsrechtlich
3958 organisierte Träger, wie beispielsweise die örtliche Jägerschaft, auf den Weg

3959 bringen.

3960 Wir werden

- 3961 • praxisgerechte Jagd- und Schonzeiten schaffen.
- 3962 • die Gebühren bei der verdachtsunabhängigen Kontrolle der Waffenaufbewahrung
3963 abschaffen.
- 3964 • einen landesweiten Wildzustandsbericht sowie im fünfjährigen Rhythmus eine
3965 Erarbeitung eines Wildtier-Katasters Schleswig-Holstein finanzieren.
- 3966 • darauf hinwirken, dass auf die Bildung von Eigenjagdbezirken auf öffentlichen
3967 Liegenschaften verzichtet wird, so dass die öffentlichen Liegenschaften in den
3968 örtlichen Jagdgenossenschaften verbleiben.
- 3969 • den Aufbau einer Landesjagdschule als zentrale Bildungs- und
3970 Weiterbildungseinrichtung für Jägerinnen und Jäger unter der Trägerschaft des
3971 LJV unterstützen.
- 3972 • die Hundesteuer für brauchbare Jagdhunde im Kommunalabgabengesetz abschaffen.

3973 **VI. Freiheit und Menschenrechte**

3974 **Europa: Gute Nachbarschaft in schwierigen Zeiten**

3975 Schleswig-Holstein ist das Drehkreuz Deutschlands und Europas nach Skandinavien sowie
3976 zum Baltikum. Der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung wird die Verbindungen
3977 insbesondere nach Skandinavien deutlich stärken und nochmals mehr Handel, Begegnung
3978 und Austausch mit den Menschen in Dänemark, Norwegen und Schweden möglich machen.

Der

3979 Ostseeraum wird durch die Feste Fehmarnbeltquerung noch mehr zu einem europäischen
3980 Zentrum.

3981 **Geeintes Europa auf dem Fundament gemeinsamer Werte**

3982 Wir wollen in einem starken, geeinten Europa leben. Dafür wollen wir
3983 grenzüberschreitenden Austausch auf allen Ebenen fördern und Demokratie gemeinsam
3984 erlebbar machen. Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind die Basis für ein
3985 geeintes demokratisches Europa.

3986 Wir werden daher

- 3987 • uns dafür einsetzen, die Konferenz für die Zukunft Europas zu einem dauerhaften
3988 Format zu entwickeln, in dem alle Europäischen Bürger grenzüberschreitend im
3989 Dialog bleiben und Vorschläge zur Weiterentwicklung Europas machen können.
- 3990 • die grenzübergreifende Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum fördern und
3991 verstärken.
- 3992 • uns dafür einsetzen, dass Schleswig-Holstein sich an europäischen Debatten
3993 insbesondere in der Region beteiligt und dabei klar und eindeutig für Frieden,
3994 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eintritt.

- 3995 • den europäischen Gedanken auf allen Ebenen fördern, einschließlich und
- 3996 insbesondere im Jugendaustausch, den Städte- und Gemeindepartnerschaften, der
- 3997 Beteiligungen junger Menschen in den Gremien der Ostseekooperationen und der
- 3998 Kooperation von Unternehmen und Start-Ups im Ostseeraum. Die Europa-Schulen im
- 3999 Land Schleswig-Holstein leisten einen wertvollen und wichtigen Beitrag dazu,
- 4000 grenzübergreifend zu denken und zu handeln.
- 4001 • uns fortlaufend klar und eindeutig für die gemeinsamen Werte von Frieden,
- 4002 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit im ganzen Ostseeraum einsetzen.
- 4003 • einen EU-Welcome-Desk in Schleswig-Holstein einrichten, mit dem Ziel, unser Land
- 4004 für den Zuzug von Fachkräften aus den EU-Staaten attraktiver zu machen.

4005 **Mitwirken und Mitentscheiden: Schleswig-Holstein braucht eine starke** 4006 **Stimme in Europa**

4007 Im Zentrum der Schleswig-Holsteinischen Europapolitik steht auch die aktive
4008 Mitwirkung und Beteiligung an den Entscheidungsprozessen innerhalb der Europäischen
4009 Union und der Ostseeregion.

4010 Dazu werden wir

- 4011 • das Hanse-Office als gemeinsame Vertretung der Länder Schleswig-Holstein und
- 4012 Hamburg bei der EU in Brüssel stärken. Für Mitarbeiter aus Landes- und
- 4013 Kommunalverwaltungen muss z.B. eine Abordnung an das Hanse-Office eine echte
- 4014 Karrierechance darstellen, ebenso wie die Teilnahme an Austauschprogrammen mit
- 4015 den Verwaltungen unserer Nachbarländer. Besonders wichtig ist uns, dass das
- 4016 Hanse-Office in die Lage versetzt wird, Kommunen und mittelständischen
- 4017 Unternehmen den Zugang zu europäischen Fördermitteln zu erleichtern.
- 4018 • die aktive Mitarbeit Schleswig-Holsteins bei bedeutenden Institutionen wie dem
- 4019 Ostseerat, dem Nordischen Rat, der Ostseeparlamentarierkonferenz, dem
- 4020 Parlamentsforum südliche Ostsee sowie dem Ausschuss der Regionen stärken sowie
- 4021 den regelmäßigen Austausch mit den norddeutschen Abgeordneten im europäischen
- 4022 Parlament suchen.
- 4023 • die nötigen Institutionellen Reformen der Europäischen Gemeinschaft
- 4024 vorantreiben, insbesondere hinsichtlich einer starken Rolle des Europäischen
- 4025 Parlaments gegenüber der EU-Kommission und einer klaren Aufgabenverteilung
- 4026 zwischen den unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Was besser vor Ort
- 4027 entschieden werden kann, muss auch vor Ort entschieden werden
- 4028 (Subsidiaritätsprinzip).

4029 Besondere Interessen Schleswig-Holsteins liegen insbesondere in den Bereichen der EU-
4030 Förderpolitik, der Meerespolitik, Landwirtschaft und Fischerei, Digitalisierung,
4031 grenzübergreifende Zusammenarbeit, Minderheitenpolitik sowie Freiheits- und
4032 Bürgerrechte. Gleichzeitig ist die Ostseeregion eine Region neuer Spannungen und
4033 Probleme, insbesondere aufgrund der zunehmend problematischen Beziehungen zu Russland

4034 und Belarus. Für Schleswig-Holstein als wichtiges Anrainerland der Ostseeregion
4035 entstehen damit Konflikte, die klare und eindeutige Positionierungen gemeinsam mit

4036 unseren Partnerländern in EU und NATO erfordern. Der Erhalt von Frieden, Freiheit und
4037 Rechtsstaatlichkeit in der Ostseeregion ist von höchster Priorität und gleichzeitig
4038 die Basis für jede konstruktive Zusammenarbeit.

4039 **Medien: Freiheit und Vielfalt durch fairen Wettbewerb**

4040 Die FDP Schleswig-Holstein betrachtet die Pressefreiheit und die damit verbundene
4041 Arbeit von digitalen wie analogen Medien als konstitutives Element der Demokratie.
4042 Moderne Medien spielen beim Wandel der Medienwelt eine besondere Rolle. Wir wollen
4043 allen Akteuren eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen.

4044 Um die Medienlandschaft auch für die Zukunft zu stärken und frei agieren zu lassen,
4045 werden wir

4046 • weiterhin konsequent Freiräume für Medienschaffende gewährleisten und, wo
4047 möglich und nötig, erweitern.

4048 • gegen Quotierungen eintreten, wie bspw. die Vorgabe, eine bestimmte Zahl
4049 deutschsprachiger Lieder im Radio zu spielen oder auch die Verpflichtung zur
4050 Sendezeit für religiöse Gemeinschaften eintreten.

4051 • uns für einen schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk einsetzen, dessen
4052 Kernaufgaben wir bei Kultur, Bildung und Information sehen, jedoch nicht bei
4053 teuren Formaten, die gleichermaßen von privaten Anbietern übernommen werden
4054 können.

4055 Damit einher geht für uns eine Reform der Finanzstruktur, die eine spürbare Senkung
4056 des Rundfunkbeitrages sowie eine Befreiung vom Rundfunkbeitrag für Schüler,
4057 Studierende & Auszubildende vorsieht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in
4058 besonderem Maße der politischen und weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Wir
4059 werden uns dafür einsetzen, dass Regularien zur Vermeidung von Extremismus und
4060 Antisemitismus auch im Rundfunkstaatsvertrag festgehalten werden. Mehr niederdeutsche
4061 Kulturangebote und Berichterstattung über die schleswig-holsteinische Landespolitik
4062 würden wir befürworten.

4063 Medienpluralität setzt zudem faire Wettbewerbsbedingungen in den verschiedenen
4064 Verbreitungswegen voraus. Dies sehen wir insbesondere in den digitalen Medien
4065 gefährdet, wo beitragsfinanzierte, kostenfreie Medienangebote mit
4066 privatwirtschaftlichen Medienangeboten konkurrieren, die nicht dauerhaft
4067 unentgeltlich angeboten werden können. Deshalb muss der Telemedienauftrag des
4068 öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Beachtung des verfassungsrechtlichen
4069 Rundfunkauftrags dahingehend angepasst werden, dass ein Wettbewerb zu ungleichen und
4070 unfairen Bedingungen mit privatwirtschaftlichen Angeboten vermieden wird.

4071 **Religionsfreiheit stärken**

4072 Die FDP Schleswig-Holstein sieht in der Religionsfreiheit und damit der
4073 grundsätzlichen Trennung von Staat und Religion einen wichtigen Grundpfeiler für den
4074 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dies schützt einerseits die Religion als
4075 Privatsache, verpflichtet uns jedoch in gleichem Maße, die Religionsausübung im

4076 Rahmen der Gesetze zu achten. Diese Leitlinien sind für uns die Grundlage von
4077 Religionspolitik.

4078 Daraus folgend werden wir

- 4079 • den Religionsunterricht durch einen Ethik- und Religionskundeunterricht
- 4080 ersetzen, der einen neutralen und offenen Einblick in verschiedene
- 4081 Weltanschauungs- und Religionsmodelle eröffnet.
- 4082 • das Staatskirchenrecht zu einem Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln.
- 4083 Dadurch wollen wir mittelfristig die Ablösung der Staatsleistungen durch die
- 4084 Länder erreichen, was auf Grundlage eines Bundesgesetzes möglich sein soll.
- 4085 • den Austritt aus einer Religionsgemeinschaft grundsätzlich bis zur Vollendung
- 4086 des 21. Lebensjahres kostenfrei möglich machen.
- 4087 • jüdisches Leben nicht nur aus historischer Verantwortung heraus weiter fördern
- 4088 und unterstützen. Entsprechend werden wir antisemitische Tendenzen weiterhin
- 4089 klar ansprechen – unabhängig davon, ob diese politisch rechts oder links oder
- 4090 auch religiös motiviert sind.
- 4091 • der Anerkennung des Islams offen gegenüberstehen. Hierfür bedarf es einer
- 4092 Organisation des Islam, die weithin legitimiert ist und ohne Zweifel auf dem
- 4093 Boden des Grundgesetzes sowie der Landesverfassung steht. Für vertragliche
- 4094 Beziehungen mit dem Land Schleswig-Holstein ist ein klares Bekenntnis zur
- 4095 freiheitlich-demokratischen Grundordnung für uns selbstverständlich.
- 4096 • eine deutsche Imam-Ausbildung fördern, um etwaige verfassungsfeindliche
- 4097 Einflussnahmen zu minimieren.

4098 **Minderheiten bereichern unsere Gesellschaft**

4099 Die Minderheiten bereichern unsere Gesellschaft. Wir werden diesen Vorteil gegenüber
4100 anderen Regionen in Deutschland weiterhin aktiv pflegen und nutzen. Wir haben dazu
4101 beigetragen, die nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein durch
4102 einen Verfassungsauftrag zu schützen und zu fördern. Dadurch wurde die seit Jahren
4103 vorbildliche Minderheitenarbeit in Schleswig-Holstein auch für die Zukunft
4104 abgesichert. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Einrichtungen der
4105 dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der Minderheit der deutschen
4106 Sinti und Roma in Schleswig-Holstein weiterhin aktiv gefördert und auskömmlich
4107 finanziert werden. Wir halten die sozialen und kulturellen Angebote des
4108 Landesverbands Schleswig-Holstein des Verbands Deutscher Sinti und Roma als Teil der
4109 Tätigkeiten der Landesgeschäftsstelle für einen wichtigen Beitrag zur Integration und
4110 zur Teilhabe dieser Minderheit und bekennen uns zu der bestehenden institutionellen
4111 Förderung. Wir werden das bewährte System der Bildungsberaterinnen und -berater des
4112 Landesverbands Schleswig-Holstein des Verbands Deutscher Sinti und Roma weiterhin
4113 unterstützen.

4114 **Deutsche Minderheit in Dänemark**

4115 Wir fühlen uns auch der deutschen Minderheit in Nordschleswig verpflichtet, die für

4116 uns ein wichtiges Bindeglied für die deutsch-dänischen Beziehungen ist. Wir werden
4117 uns dafür einsetzen, diese Verpflichtung in die Landesverfassung aufzunehmen. Wir
4118 befürworten den Vertrag über die Förderung und Finanzierung der deutschen Volksgruppe
4119 und ihrer Aufgaben in Dänemark zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Bund
4120 Deutscher Nordschleswiger und treten für eine Fortschreibung ab 2024 ein. Wir werden
4121 darauf hinwirken, dass die Unterstützung des Bundes für den Deutschen Schul- und
4122 Sprachverein an die tatsächlichen Bedarfe angepasst werden. Insbesondere werden wir
4123 dabei mithelfen, die Folgen der jahrzehntelangen Unterfinanzierung durch den Bund an
4124 den Kindergärten und Schulgebäuden zu beseitigen.

4125 **Liberaler Verbraucherschutz: Den mündigen Bürger stärken**

4126 Wir orientieren uns am mündigen und verantwortungsbewussten Verbraucher, der
4127 selbstbestimmt und eigenverantwortlich über seinen Konsum und die von ihm genutzten
4128 Dienstleistungen und Produkte entscheidet. Dies erfordert transparente Märkte,
4129 umfassende Verbraucherbildung und -aufklärung sowie faire und ausgewogene
4130 Vertragsverhältnisse zwischen Anbietern und Verbrauchern. Hierzu leistet die
4131 Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein einen unverzichtbaren Beitrag. Wir werden –
4132 auch nach den besonderen Belastungen der Beratungsangebote durch die Pandemie – die
4133 bereits stark verbesserte finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale
4134 systematisch fortschreiben. Es darf jedoch niemals Ziel der Politik sein, Verbraucher
4135 zu bevormunden und in ihren Konsumententscheidungen zu entmündigen.

4136 Wir werden daher

- 4137 • die Verbraucherbildung und -aufklärung weiter fördern und unterstützen – auch
4138 und gerade für Jugendliche und junge Erwachsene.
- 4139 • die Verbraucherzentrale in die Lage versetzen und weiter zu ermutigen, digitale
4140 Medien konsequent und umfangreich für die Verbraucherbildung zu nutzen und auch
4141 im Sinne einer „aufsuchenden digitalen Beratung“ zu bewerben.
- 4142 • die persönlichen Beratungsangebote sowohl über digitale Wege als auch über die
4143 Beratungsstellen vor Ort in Flensburg, Heide, Kiel, Norderstedt und Lübeck
4144 weiter fördern und sicherstellen.
- 4145 • gemeinsam mit der Verbraucherzentrale prüfen, welchen Nutzen eine mobile
4146 Beratungsstelle insbesondere für den ländlichen Raum, für aufsuchende
4147 Schwerpunktberatung und für die Verbraucherbildung z.B. an Schulen schaffen
4148 kann.
- 4149 • gemeinsam mit der Verbraucherzentrale prüfen, inwiefern geplante bundes- und EU-
4150 rechtliche Änderungen hinsichtlich z.B. von Sanierungspflichten an Wohngebäuden
4151 höheren Informations- und Beratungsbedarf zur Folge haben könne.
- 4152 • wirksame, transparente und für die Bürgerinnen und Bürger verständliche und
4153 akzeptierte Lebensmittel- und Produktkennzeichnungen fördern.
- 4154 • die Durchsetzung von Verbraucherrechten weiter vereinfachen und fördern, z.B.
4155 durch eine Initiative zur Weiterentwicklung der Musterfeststellungsklage und
4156 einer deutlichen Verkürzung der Dauer von Gerichtsverfahren.

- 4157 • für Gastronomie und Lebensmittelhandel, insbesondere auch in touristischen
4158 Gebieten, ein einfaches, bürokratiearmes und für Verbraucher verständliches
4159 Verfahren zur Information über die Einhaltung von Hygienestandards einführen,
4160 basierend z.B. auf dem dänischen „Smiley“-System. Hierbei wollen wir
4161 insbesondere auch die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen nutzen, wo ein
4162 ähnliches Gesetz 2018 aufgehoben wurde, da es sich in der Umsetzung als
4163 verfehlt, schlecht umsetzbar und zu bürokratisch herausgestellt hat. Eine
4164 Benachteiligung insbesondere handwerklich arbeitender Betriebe werden wir
4165 verhindern.

4166 **Bundeswehr in Schleswig-Holstein: Partner und Freund der Region**

4167 Die Bundeswehr ist und bleibt trotz der Um- und Reorganisationen der vergangenen
4168 Jahrzehnte ein wichtiger Partner und Freund unseres Bundeslandes. Die in Schleswig-
4169 Holstein stationierten Einheiten der Bundeswehr tragen nicht nur erheblich zum Erhalt
4170 der Sicherheit unseres Landes bei, sondern sind ein wertvoller Partner für unser
4171 gesamtes Bundesland, nicht zuletzt auch in der Corona-Pandemie. Wir danken den
4172 Soldaten der Bundeswehr auch für ihren Einsatz bei den zahlreichen schwierigen
4173 Auslandseinsätzen, die zum Erhalt bzw. zur Schaffung von Frieden und Freiheit
4174 beitragen. Gleichzeitig müssen auch die Soldaten in ihren schwierigen Aufgaben der
4175 Unterstützung und des Respekts durch die Zivilgesellschaft und den Landtag sicher
4176 sein.

4177 Wir werden

- 4178 • die in Schleswig-Holstein stationierten Einheiten der Bundeswehr und ihre
4179 Soldatinnen und Soldaten als sehr bedeutenden Teil unserer Gesellschaft
4180 wahrnehmen.
- 4181 • auch weiterhin die Patenschaften des Landtages (Gorch Fock) sowie der Kommunen
4182 des Landes zu Einheiten der Bundeswehr pflegen und unterstützen.
- 4183 • werden den Austausch mit dem Landeskommmando und den Einheiten der Bundeswehr
4184 konsequent und partnerschaftlich fortführen.
- 4185 • uns für den Erhalt und Weiterbetrieb der erforderlichen Infrastruktur,
4186 insbesondere der Standortübungsplätze einsetzen, um auch weiterhin einen
4187 optimalen Ausbildungsbetrieb zu ermöglichen.
- 4188 • auch weiterhin die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr
4189 werden, einschließlich der Arbeit der Jugendoffiziere in den Schulen.

Begründung

erfolgt mündlich.